

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2012 – 2015

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 29. März 2011, RRB Nr. 2011/684

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Sach- und Aufsichtskommissionen

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Ausgangslage	5
1.1 Finanzpolitische Vorgaben und Entstehungsprozess.....	5
1.2 Gesetzliche Grundlagen	5
2. Zukunftsperspektive und Massnahmen	5
3. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates.....	6
4. Rechtliches.....	6
5. Antrag.....	6
6. Beschlussesentwurf	7

Anhang/Beilagen

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2012 - 2015

Kurzfassung

Eckdaten der Planjahre 2012 – 2015

Finanzkennzahlen

	RE 10	VA 11	FP 2012	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
in Mio. Fr. bzw. %	HRM1	HRM1	HRM1	HRM2	HRM2	HRM2	HRM2
Cash Flow	168.7	93.2	-40.7	-74.4	-133.0	-133.0	-109.7
Abschreibungen auf Investitionen	-89.2	-94.5	-100.9	-67.5	-79.4	-73.6	-73.2
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	79.5	-1.3	-141.6	-141.9	-212.4	-206.6	-182.9
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	79.5	-1.3	-141.6	-141.9	-212.4	-206.6	-182.9
Nettoinvestitionen	111.4	138.9	148.8	148.8	155.3	140.3	140.7
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	57.3	-45.7	-189.5	-223.2	-288.3	-273.3	-250.4
Selbstfinanzierungsgrad	151%	67%	-27%	-50%	-86%	-95%	-78%
Nettoverschuldung ¹	-42.7	3.0	192.6	-173.5	115.0	388.4	638.9
Dito, in Fr. pro Einwohner ¹	166	-12	-745	671	-443	-1'492	-2'449
Eigenkapital ohne Aufwertung per 31.12	552.3	551.0	409.1	409.1	196.7	-9.9	-192.8
Aufwertung nach HRM2				1175.0	1175.0	1175.0	1175.0
Eigenkapital nach Aufwertung per 31.12	552.3	551.0	409.1	1584.1	1371.7	1165.1	982.2
Einwohner Ende Jahr in Tausend ²	256.8	257.7	258.5	258.5	259.4	260.3	260.9

¹ Zahlen im Voranschlag 2011 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2010 aktualisiert.

² Anpassungen aufgrund der Bevölkerungsprognose.

Zum ersten Mal wurde ab dem Planjahr 2012 das neue Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 für Kantone und Gemeinden (HRM2) angewendet. Zur besseren Nachvollziehbarkeit wird das Finanzplanjahr 2012 bei den Finanzkennzahlen sowohl nach der „alten“ Rechnungslegung HRM1 und der neuen HRM2 dargestellt. Wesentlich ist, dass eine Neubewertung des Gesamtvermögens (insbesondere Liegenschaften, Strassen und Alpiq-Aktien) auf den 1.1.2012 im geschätzten Umfang von über einer Milliarde Franken stattfinden wird. Trotz veränderter Abschreibungspraxis (lineare Abschreibungen nach betriebswirtschaftlicher Lebensdauer), welche zu gesamthaft deutlich tieferen Abschreibungen führt, entsteht nur eine minime Differenz im operativen Ergebnis 2012 von lediglich 0.3 Mio. Fr.. Die geringeren Abschreibungen entstehen dadurch, dass die Investitionen im Strassenbau unter HRM2 nicht mehr sofort zu 100% abgeschrieben werden. Sie entlasten dadurch den Strassenbaufonds (Spezialfinanzierung), sind jedoch in der Staatsrechnung nicht erfolgswirksam.

Wie sich bereits im letzten IAFP abzeichnete, findet ab dem Planjahr 2012 eine entscheidende Verschlechterung der Finanzlage statt. Das operative Defizit beträgt 141.9 Mio. Fr. und der Finanzierungsfehlbetrag 223.5 Mio. Fr.. Die Investitionen können nicht mehr aus den erarbeiteten Mitteln (Cash flow), sondern müssen über eine Neuverschuldung finanziert werden. Erstmals seit 1994 droht die Rechnung mit einem Cash drain abzuschliessen, was bedeutet, dass die laufenden Ausgaben nicht aus den Erträgen finanziert werden können. Ohne die Aufwertungsreserve nach HRM2 ist bereits im Jahr 2014 sämtliches erarbeitetes Eigenkapital verzehrt. In den Planjahren verschlechtern sich das operative Resultat und der Finanzierungsfehlbetrag deutlich. Dies weist auf ein strukturelles Defizit von rund 150 – 200 Mio. Fr. hin, welches nur mit entsprechenden strukturellen Massnahmen aufgefangen werden kann.

Das Defizit ist überwiegend durch exogene Faktoren und teilweise durch beschlossene Mehrausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales begründet. Die KVG-Revision wird aus heutiger Sicht Mehrkosten von rund 60 Mio. Fr. für den Kanton mit sich bringen. Zudem ist davon auszugehen, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) die bisherigen jährlichen Ausschüttungen an die Kantone für 2012 wahrscheinlich aussetzen, für die übrigen Planjahre stark reduzieren wird (-54 Mio. Fr.). Gespräche zwischen der SNB und der EFV unter Einbezug der Kantone finden im Laufe dieses Jahres statt.

Sehr geehrte Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2012 – 2015 zur Kenntnisnahme.

1. Ausgangslage

1.1 Finanzpolitische Vorgaben und Entstehungsprozess

Im Legislaturplan 2009-2013 wurde am 9. Dezember 2009 unter C.1.4 Nachhaltige Finanzpolitik, S.12 festgelegt, dass „aufgrund der schlechten Finanzentwicklung im IAFP“ eine Massnahmenplanung vorzunehmen sei (KRB 148/2009 Planungsbeschluss 10).

Im RRB vom 30. März 2010 Nr. 2010/616 zum Integrierter Aufgaben und Finanzplan 2011 –2014, wurden die Departemente beauftragt einen Massnahmenplan für das Planjahr 2012 zu erarbeiten. Die Koordination lag beim Finanzdepartement, welches entsprechende Weisungen zum Ablauf erteilte. Die Regierung wurde durch das Finanzdepartement am 23. August und 2. November 2010 über die Jahresendprognosen informiert. Gleichzeitig wurde auch über das weitere Vorgehen betreffend Massnahmenplanung diskutiert.

In den Vorentscheiden zum vorliegenden Finanzplan hat die Regierung am 11. Januar 2011 (RRB Nr. 2011/81) definiert, es sei in der Erfolgsrechnung möglichst einen Verzehr des Eigenkapitals zu vermeiden. Nach den ersten Eingabe aller Departemente wurde die Regierung am 22. Februar 2011 durch das Finanzdepartement über ein hohes Defizit in der Finanzplanung ab 2012 informiert, worauf der Finanzplan nochmals überarbeitet wurde. Die Resultate liegen nun im IAFP 2012 – 2015 vor.

Die wesentlichen Ergebnisse des integrierten Aufgaben- und Finanzplans sind im Anhang detailliert dargelegt.

1.2 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan bildet § 16 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1).

2. Zukunftsperspektive und Massnahmen

Wie sich bereits im letzten IAFP abzeichnete, findet ab dem Planjahr 2012 eine entscheidende Verschlechterung der Finanzlage statt. Das operative Defizit beträgt 141.9 Mio. Fr. und der Finanzierungsfehlbetrag 223.5 Mio. Fr.. Die Investitionen können nicht mehr aus den erarbeiteten Mitteln (Cash flow), sondern müssen über eine Neuverschuldung finanziert werden. Erstmals seit 1994 droht die Rechnung mit einem Cash drain abzuschliessen, was bedeutet, dass die laufenden Ausgaben nicht aus den Erträgen finanziert werden können. Ohne die Aufwertungsreserve nach HRM2 ist bereits im Jahr 2014 sämtliches erarbeitetes Eigenkapital verzehrt. In den Planjahren verschlechtern sich das operative Resultat und der Finanzierungsfehlbetrag deutlich. Dies weist auf ein strukturelles Defizit von rund 150 – 200 Mio. Fr. hin, welches nur mit entsprechenden strukturellen Massnahmen aufgefangen werden kann.

Das Defizit ist überwiegend durch exogene Faktoren und teilweise durch beschlossene Mehrausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales begründet. Die KVG-Revision wird

aus heutiger Sicht Mehrkosten von rund 60 Mio. Fr. für den Kanton mit sich bringen. Zudem ist davon auszugehen, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) die bisherigen jährlichen Ausschüttungen an die Kantone für 2012 wahrscheinlich aussetzen, für die übrigen Planjahre stark reduzieren wird (-54 Mio. Fr.). Gespräche zwischen der SNB und der EFV unter Einbezug der Kantone finden im Laufe dieses Jahres statt.

3. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates

Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für die politische Planung insgesamt, der Kantonsrat nimmt davon Kenntnis und ist befugt, die Prioritäten zu verschieben oder andere Ziele zu setzen. Der Kantonsrat hat die Aufgabe, die Planung des Regierungsrates zu beaufsichtigen und zu korrigieren. Mittels Planungsbeschlüssen kann er den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in einer bestimmten Richtung zu entwickeln. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den IAFP im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbeschluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen (§ 17 Absatz 1 und Absatz 3 WoV-G). Ein Planungsbeschluss zum IAFP kann nach § 88^{sexies} des Geschäftsreglementes des Kantonsrates vom 10. September 1991 (BGS 121.2) jederzeit von einer ständigen Kommission, einer Fraktion oder 17 Ratsmitgliedern beantragt werden. Für die Einreichung von Planungsbeschlüssen zum IAFP gibt es keine zeitlichen Restriktionen.

4. Rechtliches

Nach § 16 Absatz 3 WoV-G nimmt der Kantonsrat vom IAFP Kenntnis. Nach § 148 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996 (BGS 113.111) sind Kantonsratsbeschlüsse, welche lediglich auf Kenntnisnahme lauten, vom fakultativen Referendum ausgeschlossen.

5. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Christian Wanner
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

6. **Beschlussesentwurf**

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2012 - 2015

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹ und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003², nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 29. März 2011 (RRB Nr. 2011/684), beschliesst:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2012 – 2015 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen (5)
Departemente (5)
Staatskanzlei
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste
Aktuarin Finanzkommission (16)

¹ BGS 111.1.

² BGS 115.1.

Inhaltsverzeichnis

0.	Botschaft und Entwurf des Regierungsrates	3
1.	Einleitung	9
1.1	Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	9
1.2	Zielhierarchie der Planungsinstrumente	9
1.3	Zeitliche Koordination	10
1.4	Neuerungen gegenüber dem IAFP 2011 – 2014	10
1.5	Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells II (HRM2)	10
1.6	Planungsgrundlagen	11
2.	Finanzielle Übersichten	13
2.1	Gesamtschau	13
2.2	Ergebnisse	14
2.3	Finanzkennzahlen	23
2.4	Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2011 – 2014	25
2.5	Eingeschränkte Handlungsautonomie	28
3.	Verwaltungseinheiten	30
3.1	Behörden und Staatskanzlei	30
3.2	Bau - und Justizdepartement	32
3.3	Departement für Bildung und Kultur	40
3.4	Finanzdepartement	52
3.5	Departement des Innern	57
3.6	Volkswirtschaftsdepartement	65
3.7	Gerichte	75
4.	Anhang 1: Details zu den Finanzen Erfolgsrechnung	77
4.1	Behörden und Staatskanzlei	77
4.2	Bau- und Justizdepartement	78
4.3	Departement für Bildung und Kultur	80
4.4	Finanzdepartement	82
4.5	Departement des Innern	84
4.6	Volkswirtschaftsdepartement	85
4.7	Gerichte	87

1. Einleitung

1.1 Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert.

Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen.

Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauf folgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2 Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- a) die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung
- b) die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im IAFP
- c) die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.

Die einzelnen WoV-Instrumente sind so konzipiert, dass sie aufeinander Bezug nehmen und im Zusammenspiel ihre Wirkung entfalten. Der IAFP hat eine koordinierende Schnittstellenfunktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten

Der IAFP wird gemäss der bestehenden und gelebten Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet (Behörden und Staatskanzlei, 5 Departemente, Gerichte, RRB 2008/43). Der IAFP ist somit vergleichbar mit dem Voranschlag und dem Geschäftsbericht, welche die gleichen Strukturen aufweisen. Die Aufgabensicht ist in der ausgewiesenen „Funktionalen Gliederung“ gemäss dem Harmonisierten Rechnungsmodell 2, HRM2 ersichtlich.

Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrössen aufteilen. Für die Globalbudgets sind entsprechende Leistungsaufträge und Saldovorgaben mit den mehrjährigen Globalbudget-Vorlagen verabschiedet worden. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Dienststellen beeinflusst werden kann, wie zum Beispiel Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw. wurde den sogenannte Finanzgrössen zugewiesen. Im Anhang 1 sind die finanziellen Zahlenwerte der einzelnen Globalbudgets und Finanzgrössen aufgeführt.

1.3 Zeitliche Koordination

Der IAFP wird jedes Frühjahr vor dem Voranschlag erstellt. Die Finanzkommission hat damit aktuelle Grundlagen für die Bestimmung der Budgetvorgaben zur Verfügung (Rechnung 2010 und der vorliegende IAFP). Der vorliegende IAFP bezieht sich auf den Legislaturplan 2009 - 2013.

1.4 Neuerungen gegenüber dem IAFP 2011 – 2014

Es sind keine wesentlichen inhaltlichen oder strukturellen Änderungen im IAFP-Bericht vorgenommen worden. Die Einführung vom HRM2 auf den 1. Januar 2012 im Kanton Solothurn führte in verschiedenen Kapiteln zu ergänzenden Bemerkungen.

1.5 Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells II (HRM2)

Der Kanton Solothurn führte auf den 1. Januar 1982 das von der Finanzdirektorenkonferenz im 1981 beschlossene Harmonisierte Rechnungsmodell der öffentlichen Haushalte ein. Letztmals per 31. Dezember 2004 wurde eine Bilanzbereinigung vorgenommen. Mit der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) per 1. Januar 2005 wurde erneut ein wichtiger Fortschritt realisiert.

Am 25. Januar 2008 hat die Finanzdirektorenkonferenz das Harmonisierte Rechnungsmodell 2 (HRM2) verabschiedet. Es wird mit einer Frist von 10 Jahren für die öffentlichen Verwaltungen zur Einführung empfohlen. Mit RBB Nr. 944 vom 26. Mai 2009 wurde beschlossen, das neue Rechnungsmodell HRM2 im Kanton Solothurn auf den 1. Januar 2012 einzuführen.

Die wichtigsten Neuerungen sind folgende:

Bilanzstruktur

Es wird ein neuer Kontenplan eingeführt mit sieben-stelligen Kostenarten.

Bewertung Finanzvermögen

Positionen mit einem stark schwankenden Marktwert sollen jährlich neu bewertet werden. Beim Übergang auf HRM2 wird das bestehende Finanzvermögen auf Basis der Verkehrswerte neu bewertet.

Bewertung Verwaltungsvermögen

Um in der Bilanz aktuelle Werte ("true and fair view") ausweisen zu können, wird eine Neubewertung der bestehenden Anlagegüter des Verwaltungsvermögens vorgenommen.

Anlagenbuchhaltung

Die Anlagenbuchhaltung wird eingeführt. Damit können die Vermögenswerte des Verwaltungsvermögens einzeln erfasst und über die Nutzungsdauer abgeschrieben werden.

Abschreibungen über die Nutzungsdauer

Gemäss RRB Nr. 944 vom 26. Mai 2009 soll die Abschreibung der Anlagen im Verwaltungsvermögen linear auf der Basis der Nutzungsdauer nach Anlagekategorien (Anlageklassen) erfolgen. Dies gilt auch für Anlagen der Spezialfinanzierungen. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen.

Unterdeckung der Pensionskasse

Diese wird als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Sobald die Fälligkeit aufgrund gesetzlicher Bestimmungen eintritt, wird die Bilanzierung als passive Rechnungsabgrenzung vorgenommen.

Berichterstattung

Die Jahresrechnung enthält bereits heute Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und einen Anhang. Der Anhang wird mit der Einführung von HRM2 ergänzt um die Deklaration der Rechnungslegungsgrundsätze, den Eigenkapitalnachweis, den Rückstellungs-, Beteiligungs- und Anlagenspiegel und weiteren wichtigen Angaben für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

1.6 Planungsgrundlagen

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

Die Schweizer Wirtschaft kam relativ glimpflich durch die Rezession 2009 und verzeichnete 2010 eine kräftige Erholung (BIP-Wachstum von 2,6%). Trotz der bislang noch lebhaften Wachstumsdynamik der Schweizer Wirtschaft verdichten sich aber die Anzeichen einer Verschlechterung der Exportentwicklung. Als Folge davon rechnet die Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes (seco) für 2011 mit einer spürbaren Konjunkturabschwächung in der Schweiz. Dank einer anhaltend robusten Konjunktur im Inland dürfte die Abschwächung insgesamt aber in relativ mildem Rahmen verlaufen. Für das BIP-Wachstum im Jahr 2011 wird eine Verlangsamung auf 1,5% prognostiziert. Der weitere Ausblick für das Jahr 2012 hängt vor allem an der weltwirtschaftlichen Verfassung und an der Wechselkursentwicklung. Unter der Voraussetzung einer allmählichen Verbesserung der aussenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürfte das Wachstum 2012 langsam wieder an Schwung gewinnen (+1,9%).

In den kommenden Monaten könnte der Rückgang bei der Arbeitslosigkeit noch weiter anhalten, im Verlauf von 2011 dürfte aber die Luft für eine Verbesserung am Arbeitsmarkt angesichts des erwarteten tieferen BIP-Wachstums zunehmend dünn werden. Für die Arbeitslosenquote werden Jahresdurchschnittswerte von 3,4% für 2011 und 2012 prognostiziert.

Teuerung

Aufgrund steigender Rohstoffpreise rechnet das Bundesamt für Statistik für 2011 mit einer durchschnittlichen Jahresteuierung von rund 1.0%. Für 2012 wird die Teuerung auf rund 0.9% geschätzt. Der weiterhin sehr starke Schweizer Franken hat die Entwicklung bei der Inflationsrate verschärft.

Die Lohnmassnahmen werden alljährlich von den Sozialpartnern ausgehandelt, deshalb ist in den Planjahren 2012 – 2015 keine zusätzliche Teuerung berücksichtigt. Die Lohnkosten sind damit auf dem Stand des Voranschlages 2011 in alle Planjahre fortgeschrieben.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in gehen wir davon aus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Solothurn jährlich um rund 1'000 Einwohner/innen zunimmt. Als Basis dienen die aktuellen Bevölkerungszahlen per 31.12.2010.

Steuerertrag

Das Kantonale Steueramt geht von einer weiteren Erholung der Konjunktur aus und rechnet mit jährlichen Wachstumsraten bei den Steuern von 2,5%. Die Auswirkungen der am 1.1.2008 in Kraft getretenen Änderungen des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern sind in den Finanzplanjahren 2012 - 2015 berücksichtigt. Per 1. Januar 2012 tritt Teil 2 der kantonalen Steuergesetzrevision in Kraft. Er beinhaltet Steuerentlastungen bei den Vermögens- und Gewinnsteuern. Die jährlichen Mindereinnahmen dürften bei 12 Mio CHF liegen. Da die Handänderung von selbst genutztem Wohneigentum per 1.1.2011 steuerbefreit wurde, ist in diesem Bereich mit relevanten Mindererträgen zu rechnen. Voraussichtlich per 1.1.2013 wird die kalte Progression ausgeglichen, was zu einem Einnahmefall von rund 20 Mio. CHF führen wird. Auf Bundesebene traten auf 2011 verschiedene Änderungen des Gesetzes über die direkte Bundessteuer in Kraft, die sich ab 2012 wegen des Kantonsanteils von 17% auch auf die kantonalen Finanzen auswirken. Der vorgezogene und künftig jährlich vorzunehmende Ausgleich der kalten Progression wird in den Jahren 2012 - 2014 Mindererträge von je 2.5 Mio. CHF zur Folge haben, die Entlastung von Familien mit Kindern je 4 Mio. CHF.

Steuerfuss

Im vorliegenden integrierten Aufgaben- und Finanzplan ist der Steuerfuss für die allgemeine Staatssteuer mit 104% eingesetzt (bis 2010: 105%).

Berücksichtigung bundespolitischer Vorhaben

Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2012 - 2015 hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche am 1.1.2008 in Kraft getreten ist. Die Berechnung des Ressourcenausgleichsbetrages ist sehr komplex. Der Anteil des Kantons Solothurn ist abhängig von der Entwicklung des eigenen Ressourcenindex, aber auch massgeblich von den Bewegungen der anderen 25 Kantone. Deshalb sind bereits mittelfristige Prognosen ungenau. 2012 sind auch die erstmaligen Auswirkungen der Finanz-

und Wirtschaftskrise in den Berechnungsgrundlagen (Steuerdaten 2006-2008) berücksichtigt. Zurzeit läuft die parlamentarische Beratung auf Bundesebene zum Wirksamkeitsbericht NFA und der Dotierung der Ausgleichsgefässe für die Jahre 2012-15. Der Bericht kommt zum Schluss, dass der NFA die Finanzautonomie der Kantone gestärkt hat und die ressourcenschwachen Kantone eine minimale Ausstattung an finanziellen Mitteln gewährleistet. Alle weiteren, noch nicht definitiv beschlossenen Vorhaben auf Bundesebene, welche den Finanzhaushalt des Kantons teilweise in einem beträchtlichen Masse beeinflussen können (Aufgabenüberprüfung des Bundes, Unternehmens- und Familienbesteuerungsreform, etc.), sind hingegen im vorliegenden IAFP noch nicht berücksichtigt.

Stichtage

Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 30. März 2011. Berücksichtigt sind die Daten des verabschiedeten Geschäftsbericht 2010 (RRB Nr. 2011 / 572 vom 15. März 2011) und des Voranschlags 2011 (KRB Nr. 139/2010 vom 15. Dezember 2010).

Legislaturplan

Bei jedem Aufgabenbereich sind die Vorgaben aus dem Legislaturplan 2009 - 2013 explizit aufgeführt. Die Vorgaben basieren auf dem im August 2009 verabschiedeten Legislaturplan (SGB 148/2009), ergänzt und / oder abgeändert um die vom Kantonsrat eingereichten Planungsbeschlüsse, denen der Regierungsrat teilweise zugestimmt hat .

Massnahmenplan 2012

Im Legislaturplan 2009 – 2013 wurde unter C.1.4 Nachhaltige Finanzpolitik, S.12 festgelegt, dass „aufgrund der schlechten Finanzentwicklung im IAFP“ eine Massnahmenplanung 2012 vorzunehmen sei (KRB 148/2009, Planungsbeschluss 10).

Mit dem letztjährigen IAFP hat der Regierungsrat am 30. März 2010 die Departemente beauftragt, einen Massnahmenplan für das Planjahr 2012 zu erarbeiten (RRB Nr. 2010/616).

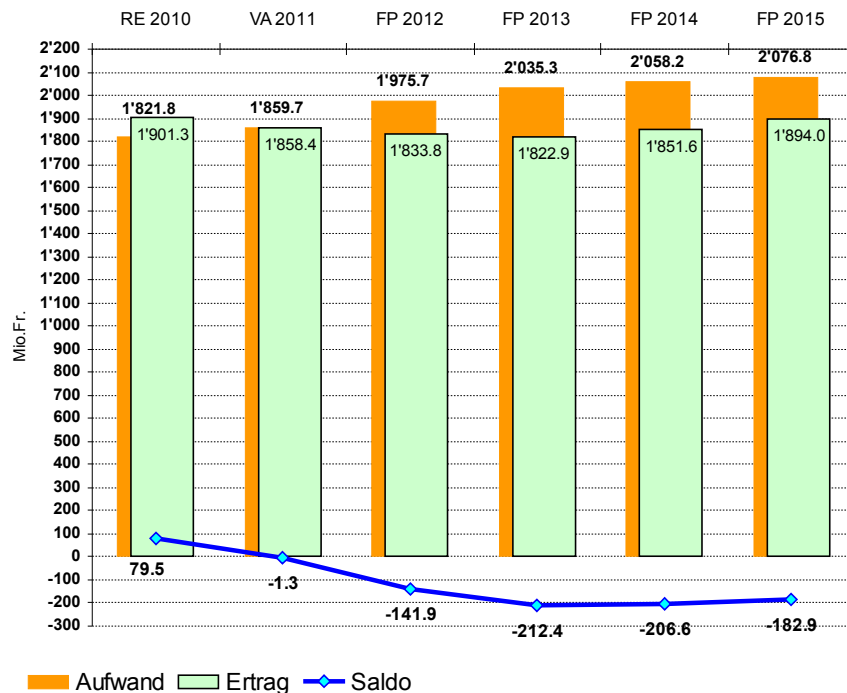
Die Regierung hat am 11. Januar 2011 mit den Finanzplanvorentscheiden I (RBB Nr. 2011/81) die Departemente beauftragt im vorliegenden IAFP 2012 – 2015 Massnahmen zu entwickeln, mit dem Ziel, einen Verzehr des Eigenkapitals möglichst zu vermeiden. Die wesentlichen Ergebnisse dieser Bemühungen liegen in diesem Dokument vor.

2. Finanzielle Übersichten

2.1 Gesamtschau

Die Sicht auf die Leistungen mit den entsprechenden Massnahmen sind in den einzelnen Bereichen aufgelistet und werden hier nicht weiter kommentiert.

Erfolgsrechnung IAFP

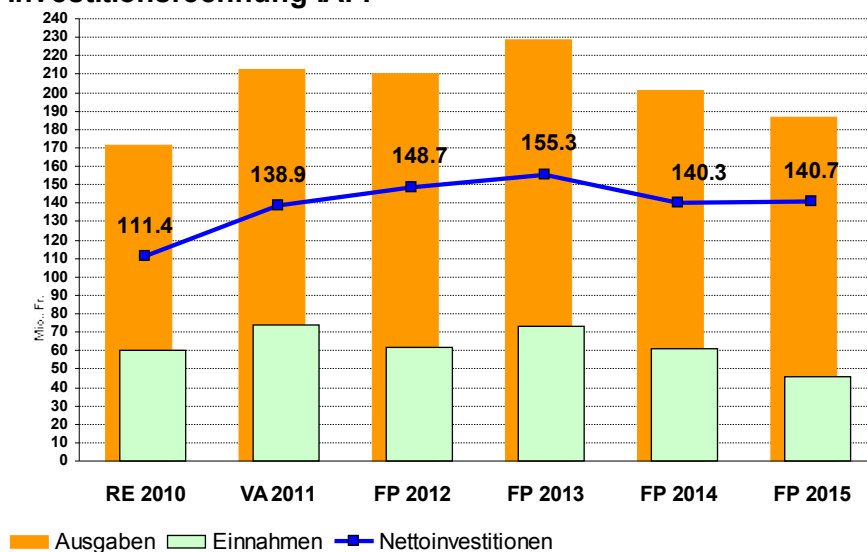


Das Planjahr 2012 schliesst in der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von 141.9 Mio. Fr. ab. Die weiteren Planjahre weisen eine weitere Verschlechterung aus. Im Jahr 2015 reduziert sich das Defizit auf 182.9 Mio. Fr.

Die Finanzplanjahre sind geprägt durch ein strukturelles Defizit im Jahr 2012, welches stark von exogenen Faktoren geprägt wird. Zu erwähnen ist hier die KVG-Revision, welche aus heutiger Sicht Mehrkosten von rund 60 Mio. Fr. für den Kanton bedeuten und der voraussichtliche Verzicht der Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank an die Kantone, was Mindererträge von rund 54 Mio. Fr. ausmacht.

Geringere Erträge sind auch aufgrund der Realisierung der beschlossenen Staatssteuerreform für Unternehmen zu erwarten. Hauptsächliche Kostensteigerungen basieren auf den beschlossenen Reformprojekten in der Bildung, Gesundheit und Sozialen Sicherheit.

Investitionsrechnung IAFP



Die Investitionsrechnung ist geprägt von verschiedenen laufenden Grossprojekten im Strassenbau (Entlastung Region Olten ERO) und im Hochbau (Neubau FHNW Olten, Bürgerspital Solothurn, Straf- und Massnahmenvollzugsanstalt 'im Schache'). Im Mehrjahresvergleich plant der Kanton in den nächsten Jahren relativ hohe Investitionen im Bereich der Wasserschutzbauten und dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Eine leichte Reduktion der Investitionstätigkeit ist auf die Planjahre 2014 und 2015 vorgesehen.

2.2 Ergebnisse

in Mio. Fr	RE 2010	VA 2011	FP 2012 HRM1	FP 2012 HRM2	FP 2013 HRM2	FP 2014 HRM2	FP 2015 HRM2
1. Erfolgsrechnung							
Total Aufwand	1'821.8	1'859.7	2'009.3	1'975.8	2'035.3	2'058.2	2'076.8
Total Ertrag	-1'901.3	-1'858.4	-1'867.7	-1'833.9	-1'822.9	-1'851.6	-1'893.9
Operativer Ertragsüberschuss (-)							
Aufwandüberschuss (+)	-79.5	1.3	141.6	141.9	212.4	206.6	182.9
2. Investitionsrechnung							
Total Ausgaben	171.4	212.9	210.3	210.2	228.2	201.4	186.7
Total Einnahmen	-60.0	-74.0	-61.5	-61.5	-72.9	-61.1	-46.0
Nettoinvestitionen	111.4	138.9	148.8	148.7	155.3	140.3	140.7
3. Finanzierung							
Nettoinvestitionen	111.4	138.9	148.8	148.7	155.3	140.3	140.7
- Abschreibung Verwaltungsvermögen	-39.9	-41.9	-48.3	-48.7	-59.9	-53.2	-51.9
- Abschreibung Spezialfinanzierungen	-49.3	-52.6	-52.6	-18.8	-19.5	-20.4	-21.3
+/- Zuweisung ins Eigenkapital	-79.5	1.3	141.6	141.9	212.4	206.6	182.9
Finanzierungsüberschuss (-)							
Finanzierungsfehlbetrag (+)	-57.2	45.7	189.5	223.1	288.3	273.3	250.4
4. Eigenkapital (EK)							
Stand EK per 01.01.	472.8	552.3	551.0	551.0	409.1	196.7	-9.9
Ertrags- bzw. Aufwandüberschuss	79.5	-1.3	-141.6	-141.9	-212.4	-206.6	-182.9
Eigenkapital ohne Aufwertung per 31.12.	552.3	551.0	409.4	409.1	196.7	-9.9	-192.8
Aufwertung HRM2				1'175.0	1'175.0	1'175.0	1'175.0
Eigenkapital nach Aufwertung per 31.12.				1'584.1	1'371.7	1'165.1	982.2
5. Nettoverschuldung	-42.7	3.0	192.5	-173.7	114.6	387.8	638.0
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	-166	12	745	-672	442	1'490	2'445
6. Selbstfinanzierungsgrad	151%	67%	-27%	-50%	-86%	-95%	-78%
(= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)							
7. Eigenfinanzierungsgrad	33.8%	34.8%	24.9%	56.2%	48.9%	41.6%	34.9%
in % der Bilanzsumme							

* Die Zahlen im VA 11 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2010 aktualisiert.

Auswirkungen von HRM2 im IAFP 2012

Der IAFP 2012 bis 2015 wird zum ersten Mal nach den neuen Rechnungslegungsgrundsätzen HRM2 erstellt. Das erste Finanzplanjahr wird in der Uebersicht nach HRM1 und HRM2 abgebildet. Die Zahlen, insbesondere die Neubewertungen der Sachgüter und Beteiligungen, können zum jetzigen Zeitpunkt erst grob geschätzt werden und können sich daher noch verändern. Aufgrund dieser Annahmen und Schätzungen ergeben sich gegenüber der alten Darstellung nach HRM1 folgende Abweichungen:

Ergebnis

Die Abweichungen des ersten Finanzplanjahres 2012 gegenüber der alten HRM1-Darstellung sind sehr gering. Der Aufwandüberschuss zeigt eine Differenz von 0.3 Mio. Franken, welche auf die unterschiedliche Abschreibungspraxis zurückzuführen ist.

Abschreibungen

Die Abschreibungen betrugen bisher 10% auf dem abzuschreibenden Verwaltungsvermögen, jene von Spezialfinanzierungen 100%. Da die Abschreibung dem erwarteten Verlauf des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens des Vermögenswertes entsprechen soll, werden die Anlagen im Verwaltungsvermögen nach HRM2 neu linear auf der Basis der Nutzungs-

dauer abgeschrieben.

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen weichen gegenüber HRM1 nur sehr geringfügig um 0.3 Mio. Franken ab. Die Abschreibungen Spezialfinanzierungen sind mit HRM2 zwar um 33.8 Mio. Franken kleiner, da neu linear aufgrund der Nutzungsdauer abgeschrieben wird. Diese Differenz wirkt sich aber auf das Rechnungsergebnis nicht aus, da diese Abschreibung der Spezialfinanzierung belastet wird und deshalb nicht erfolgswirksam ist.

Eigenkapital

Das erarbeitete Eigenkapital unter HRM1 und die Aufwertungsreserven unter HRM2 werden separat ausgewiesen.

Das Eigenkapital nimmt einmalig um ca. 1'175 Mio. Fr. aufgrund der Neubewertungen des Verwaltungsvermögens (HRM2) zu. Grosse Aufwertungen erfahren vor allem der Hochbau, der Strassenbau und die Alpiq-Aktien.

Sollte das erarbeitete Eigenkapital aufgebraucht werden, kommen die Bestimmungen der Schuldenbremse zur Anwendung.

Nettoverschuldung

Die Neubewertung der Aktiven wirkt sich derart positiv auf die Verschuldung aus, dass ein Nettovermögen im 2012 von 173.7 Mio. Franken entsteht. Durch die schlechten Ergebnisse der Folgejahre verwandelt sich das Vermögen wieder zu einer rasant steigenden Nettoschuld.

2.2.1 Erfolgsrechnung nach Departemente in Mio. Franken

	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Total alle Departemente						
Aufwand	1'821.8	1'859.7	1'975.7	2'035.3	2'058.2	2'076.8
Ertrag	-1'901.3	-1'858.4	-1'833.8	-1'822.9	-1'851.6	-1'894.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-79.5	1.3	141.9	212.4	206.6	182.9
1. Behörden und Staatskanzlei						
Aufwand	16.5	18.5	18.5	18.4	18.4	18.4
Ertrag	-3.7	-3.4	-3.3	-3.3	-3.1	-3.1
Verrechnungen	-7.3	-7.6	-7.5	-7.5	-7.7	-7.7
Saldo	5.5	7.5	7.6	7.6	7.6	7.6
2. Bau- und Justizdepartement						
Aufwand	223.9	233.5	253.3	269.0	265.7	268.7
Ertrag	-109.5	-118.1	-88.7	-90.1	-90.5	-91.2
Verrechnungen	-82.6	-78.8	-104.6	-105.4	-106.1	-106.8
Saldo	31.8	36.6	60.0	73.6	69.2	70.7
3. Bildung und Kultur						
Aufwand	428.5	454.8	473.6	499.2	503.1	505.9
Ertrag	-49.3	-44.2	-43.0	-41.6	-40.8	-41.0
Verrechnungen	26.9	26.2	26.2	26.2	26.2	26.2
Saldo	406.2	436.9	456.8	483.8	488.5	491.0
4. Finanzdepartement						
Aufwand	164.8	158.1	131.0	136.9	141.3	145.2
Ertrag	-1'278.4	-1'237.7	-1'214.0	-1'193.4	-1'211.8	-1'241.9
Verrechnungen	-3.5	-10.0	21.8	19.5	20.1	20.1
Saldo	-1'117.0	-1'089.6	-1'061.2	-1'037.0	-1'050.5	-1'076.6
5. Departement des Innern						
Aufwand	783.4	777.8	875.8	889.9	903.2	917.0
Ertrag	-327.5	-325.8	-353.8	-363.4	-374.3	-386.5
Verrechnungen	68.8	69.0	67.2	67.9	68.6	69.3
Saldo	524.7	521.0	589.3	594.4	597.5	599.8
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Aufwand	181.9	194.0	200.4	198.7	203.3	198.5
Ertrag	-127.7	-123.7	-125.6	-125.7	-125.7	-124.8
Verrechnungen	-4.8	-1.4	-6.8	-4.5	-4.9	-4.9
Saldo	49.4	68.8	68.0	68.5	72.6	68.8
7. Gerichte						
Aufwand	22.9	23.0	23.2	23.2	23.2	23.2
Ertrag	-5.3	-5.4	-5.4	-5.4	-5.4	-5.4
Verrechnungen	2.4	2.6	3.7	3.7	3.7	3.7
Saldo	20.1	20.2	21.5	21.5	21.5	21.5

2.2.2 Investitionsrechnung nach Departementen in Mio. Franken

	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Total alle Departemente						
Ausgaben	171.4	212.9	210.3	228.2	201.4	186.7
Einnahmen	-60.0	-74.0	-61.5	-72.9	-61.1	-46.1
Nettoinvestitionen	111.4	138.9	148.7	155.3	140.3	140.7
 1. Behörden und Staatskanzlei						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
 2. Bau- und Justizdepartement						
Ausgaben	148.6	191.8	189.4	208.1	181.4	166.8
Einnahmen	-51.7	-68.2	-55.7	-67.1	-55.3	-40.2
Nettoinvestitionen	96.9	123.6	133.7	141.0	126.1	126.5
 3. Departement für Bildung und Kultur						
Ausgaben	2.5	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Einnahmen	-1.8	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Nettoinvestitionen	0.6	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
 4. Finanzdepartement						
Ausgaben	7.1	9.1	10.3	9.5	9.5	9.5
Einnahmen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	6.8	9.1	10.3	9.5	9.5	9.5
 5. Departement des Innern						
Ausgaben	4.0	2.1	0.6	0.7	0.5	0.5
Einnahmen	-1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.9	2.1	0.6	0.7	0.5	0.5
 6. Volkswirtschaftsdepartement						
Ausgaben	9.3	7.9	8.0	8.0	8.0	8.0
Einnahmen	-5.2	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3
Nettoinvestitionen	4.1	3.6	3.7	3.7	3.7	3.7
 7. Gerichte						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

2.2.3 Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung in Mio. Franken

Nach HRM2	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
0 Allgemeine Verwaltung						
Aufwand	146.1	152.0	166.6	168.2	169.4	168.1
Ertrag	-72.3	-69.7	-71.3	-71.2	-70.7	-70.7
Verrechnung	-55.8	-54.9	-63.6	-63.6	-63.6	-63.5
Saldo	18.0	27.4	31.7	33.5	35.0	33.9
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Aufwand	185.6	189.0	196.4	198.1	200.1	200.4
Ertrag	-84.7	-86.5	-84.0	-84.0	-84.0	-84.0
Verrechnung	8.8	8.9	5.8	5.8	5.8	5.8
Saldo	109.8	111.4	118.2	120.0	122.0	122.2
2 Bildung						
Aufwand	422.7	449.3	468.5	494.0	497.5	500.3
Ertrag	-49.3	-44.5	-43.0	-41.5	-40.7	-41.0
Verrechnung	28.1	27.5	27.5	27.5	27.5	27.5
Saldo	401.5	432.2	453.0	479.9	484.2	486.8
3 Kultur und Freizeit						
Aufwand	14.8	13.8	15.3	15.6	15.7	15.8
Ertrag	-4.4	-3.4	-3.7	-3.7	-3.7	-3.7
Verrechnung	1.8	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7
Saldo	12.2	12.1	13.3	13.5	13.7	13.7
4 Gesundheit						
Aufwand	313.3	297.5	335.7	332.1	325.2	318.3
Ertrag	-3.9	-3.6	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7
Verrechnung	1.2	1.2	1.0	1.0	1.0	1.0
Saldo	310.5	295.1	336.0	332.4	325.5	318.6
5 Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	340.3	348.2	400.8	417.0	435.5	456.2
Ertrag	-201.0	-195.9	-227.8	-236.8	-247.0	-258.5
Verrechnung	1.8	2.2	2.2	2.2	2.2	2.2
Saldo	141.1	154.5	175.3	182.5	190.7	199.9
6 Verkehr						
Aufwand	133.8	140.4	131.7	143.1	139.5	142.1
Ertrag	-30.5	-34.5	-21.1	-21.8	-22.2	-22.9
Verrechnung	-67.6	-63.2	-68.1	-68.9	-69.6	-70.3
Saldo	35.8	42.6	42.5	52.5	47.7	48.9
7 Umwelt, Raumordnung						
Aufwand	27.3	31.4	35.0	35.7	34.0	34.3
Ertrag	-22.0	-23.3	-22.8	-22.9	-21.0	-21.1
Verrechnung	5.7	6.8	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	10.9	14.9	14.1	14.8	15.0	15.2
8 Volkswirtschaft						
Aufwand	125.0	124.2	127.1	127.7	127.8	126.9
Ertrag	-105.4	-103.4	-105.6	-105.7	-105.7	-104.9
Verrechnung	5.2	5.3	2.8	2.8	2.8	2.8
Saldo	24.8	26.1	24.3	24.8	24.9	24.9
9 Finanzen und Steuern						
Aufwand	112.9	113.9	98.6	103.8	113.4	114.4
Ertrag	-1'327.9	-1'293.5	-1'253.7	-1'234.7	-1'255.9	-1'286.6
Verrechnung	70.9	64.6	88.7	89.5	90.2	90.8
Saldo	-1'144.1	-1'115.0	-1'066.5	-1'041.4	-1'052.3	-1'081.3
Gesamttotal						
Aufwand	1'821.8	1'859.7	1'975.7	2'035.3	2'058.2	2'076.8
Ertrag	-1'901.3	-1'858.4	-1'833.8	-1'822.9	-1'851.6	-1'894.0
Verrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-79.5	1.3	141.9	212.4	206.6	182.9

2.2.4 Funktionale Gliederung Investitionsrechnung in Mio. Franken

Nach HRM2	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
0 Allgemeine Verwaltung						
Ausgaben	9.3	9.1	10.3	9.5	9.5	9.5
Einnahmen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	9.1	9.1	10.3	9.5	9.5	9.5
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Ausgaben	4.0	2.1	0.8	0.7	1.5	6.0
Einnahmen	-1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.9	2.1	0.8	0.7	1.5	6.0
2 Bildung						
Ausgaben	29.3	50.1	61.3	80.0	60.8	34.7
Einnahmen	-5.1	-13.1	-13.1	-17.4	-14.2	-4.6
Nettoinvestitionen	24.2	37.0	48.2	62.6	46.6	30.1
3 Kultur und Freizeit						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Gesundheit						
Ausgaben	20.5	20.1	34.0	20.0	21.6	34.4
Einnahmen	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	20.5	20.1	34.0	20.0	21.6	34.4
5 Soziale Wohlfahrt						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Verkehr						
Ausgaben	90.7	101.3	75.9	93.7	88.3	76.9
Einnahmen	-41.3	-44.0	-34.2	-43.5	-38.1	-30.1
Nettoinvestitionen	49.4	57.3	41.7	50.2	50.2	46.8
7 Umwelt, Raumordnung						
Ausgaben	10.6	22.2	20.1	16.4	11.8	17.3
Einnahmen	-7.1	-12.6	-9.9	-7.7	-4.5	-7.1
Nettoinvestitionen	3.5	9.7	10.2	8.7	7.3	10.2
8 Volkswirtschaft						
Ausgaben	8.4	7.7	7.7	7.7	7.7	7.7
Einnahmen	-5.2	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3
Nettoinvestitionen	3.2	3.4	3.4	3.4	3.4	3.4
9 Finanzen und Steuern						
Ausgaben	-1.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-1.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Gesamttotal						
Ausgaben	171.4	212.9	210.3	228.2	201.4	186.7
Einnahmen	-60.0	-74.0	-61.5	-72.9	-61.1	-46.1
Nettoinvestitionen	111.4	138.9	148.7	155.3	140.3	140.7

2.2.5 Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung in Mio. Franken

Aufwand nach HRM2	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
3 Aufwand	1'821.8	1'859.7	1'975.7	2'035.3	2'058.2	2'076.8
30 Personalaufwand	407.2	419.2	424.6	427.4	430.3	430.8
300 Behörden, Kommissionen und Richter	7.5	7.9	7.9	7.9	7.9	7.9
301 Löhne des Verwaltungs-u.Betriebspersonal	251.8	259.4	259.6	261.8	264.4	265.0
302 Löhne der Lehrkräfte	72.6	71.4	75.4	75.5	75.3	75.1
303 Temporäre Arbeitskräfte	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
304 Zulagen	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
305 Arbeitgeberbeiträge	64.5	68.9	68.7	69.2	69.6	69.6
306 Arbeitgeberleistungen	4.9	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0
309 Übriger Personalaufwand	5.5	6.2	7.5	7.7	7.8	7.8
31 Sach-und übriger Betriebsaufwand	171.1	169.9	175.8	174.7	175.7	175.4
310 Material-und Warenaufwand	21.2	20.6	20.9	20.9	20.9	20.9
311 Nicht aktivierbare Anlagen	8.7	9.4	9.7	9.7	9.5	9.6
312 Wasser, Energie, Heizmaterial	4.7	5.1	5.4	5.4	5.4	5.4
313 Dienstleistungen und Honorare	45.8	47.6	56.6	56.8	56.5	56.6
314 Baulicher Unterhalt	29.9	27.9	27.7	26.3	27.0	27.1
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anl.	8.1	8.6	9.5	9.3	9.4	9.3
316 Mieten,Leasing,Pachten,Benützungsgebühre	14.0	14.8	14.5	14.7	15.5	15.0
317 Spesenentschädigungen	3.9	4.0	4.2	4.2	4.2	4.2
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	21.0	18.0	21.0	21.0	21.0	21.0
319 Verschiedener Betriebsaufwand	13.8	13.9	6.3	6.3	6.3	6.3
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	89.2	94.5	57.5	61.0	60.6	60.4
330 Sachanlagen VV	89.2	94.5	57.5	61.0	60.6	60.4
34 Finanzaufwand	23.1	20.7	16.6	21.8	27.1	32.0
340 Zinsaufwand	17.6	15.6	9.9	15.0	20.1	25.0
342 Kapitalbeschaffungs-und Verwaltungskoste	0.1	0.1	0.1	0.1	0.2	0.2
343 Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	0.5	0.6	1.8	1.9	2.0	2.0
349 Verschiedener Finanzaufwand	4.9	4.4	4.8	4.8	4.8	4.8
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierung	3.2	2.0	21.8	20.7	21.0	20.7
350 Einl.in Fonds u.Spez.finanz.im Fremdkapital	3.2	2.0	21.8	20.7	21.0	20.7
36 Transferaufwand	1'044.3	1'077.8	1'202.1	1'252.3	1'266.1	1'280.1
360 Ertragsanteile an Dritte	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	90.2	88.7	93.2	97.2	99.2	99.5
3611 Entschädigungen an Kantone und Konkordat	75.3	76.2	76.8	79.8	81.8	82.1
3612 Entschädigungen an Gemeinde und Zweckver	14.9	12.5	16.4	17.4	17.5	17.5
362 Finanz- und Lastenausgleich	14.8	11.0	10.5	10.9	10.9	10.9
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	939.2	978.0	1'088.3	1'125.6	1'142.7	1'156.6
3630 Beiträge an den Bund	10.9	10.4	11.7	12.0	12.2	12.5
3631 Beiträge an Kantone und Konkordate	7.3	10.8	13.2	19.2	14.3	13.3
3632 Beiträge an Gemeinden u.Gem.Zweckverb.	156.8	192.7	204.7	217.7	223.7	221.8
3634 Beiträge an öffentliche Unternehmungen	403.2	410.2	450.8	452.0	449.3	446.1
3635 Beiträge an private Unternehmungen	46.1	35.5	35.5	36.2	36.4	36.5
3637 Beiträge an private Haushalte	314.9	318.4	372.4	388.5	406.8	426.4
37 Durchlaufende Beiträge	77.6	77.4	77.4	77.4	77.4	77.4
370 Durchlaufende Beiträge	77.6	77.4	77.4	77.4	77.4	77.4
3702 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
3707 Privat Haushalte	76.8	76.9	76.9	76.9	76.9	76.9
38 Ausserordentlicher Aufwand	6.1	-1.7	0.0	0.0	0.0	0.0
389 Einlagen in das Eigenkapital	6.1	-1.7	0.0	0.0	0.0	0.0

Ertrag Volkswirtschaftliche Gliederung
nach HRM2

	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
4 Ertrag	-1'901.3	-1'858.4	-1'833.8	-1'822.9	-1'851.6	-1'894.0
40 Fiskalertrag	-912.6	-877.5	-920.8	-892.1	-905.3	-928.0
400 Direkte Steuern natürliche Personen	-614.2	-621.5	-633.1	-631.1	-638.1	-660.1
401 Direkte Steuern juristische Personen	-163.4	-126.0	-158.8	-131.5	-136.9	-136.9
402 übrige direkte Steuern	-69.8	-65.1	-62.6	-62.6	-62.6	-62.6
403 Besitz- und Aufwandsteuern	-65.1	-64.9	-66.3	-67.0	-67.7	-68.4
41 Regalien und Konzessionen	-62.7	-62.4	-9.0	-9.0	-9.0	-9.0
410 Regalien	-7.8	-7.5	-8.3	-8.3	-8.3	-8.3
411 Schweiz.Nationalbank	-54.2	-54.2	0.0	0.0	0.0	0.0
412 Konzessionen	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7
42 Entgelte	-153.3	-149.8	-149.7	-149.7	-149.5	-149.5
421 Gebühren für Amtshandlungen	-72.7	-72.7	-71.7	-71.6	-71.6	-71.6
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-12.3	-13.3	-13.5	-13.5	-13.5	-13.5
423 Schul- und Kursgelder	-3.8	-3.9	-3.5	-3.5	-3.6	-3.6
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-13.9	-12.8	-13.3	-13.1	-12.9	-12.9
425 Erlös aus Verkäufen	-8.2	-6.8	-7.7	-7.7	-7.7	-7.7
426 Rückerstattungen	-10.8	-9.5	-9.1	-9.3	-9.2	-9.2
427 Bussen	-30.2	-29.7	-29.8	-29.8	-29.8	-29.8
429 übrige Entgelte	-1.4	-1.1	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
43 Verschiedene Erträge	-6.4	-5.6	-6.3	-6.3	-6.3	-6.3
430 Verschiedene betriebliche Erträge	-3.7	-3.2	-3.1	-3.1	-3.1	-3.1
431 Aktivierung Eigenleistungen	-2.8	-2.4	-3.2	-3.2	-3.2	-3.2
44 Finanzertrag	-69.5	-70.5	-55.0	-55.3	-57.3	-57.1
440 Zinsertrag	-12.3	-10.3	-10.1	-9.9	-9.7	-9.5
441 Realisierte Gewinne FV	-0.6	-5.2	-2.5	-1.0	-1.0	-1.0
443 Liegenschaftenertrag FV	-3.0	-2.7	-3.7	-3.5	-3.3	-3.3
445 Finanzertrag aus Darlehen und Bet.des VV	-13.3	-13.2	-13.4	-13.4	-13.4	-13.4
446 Finanzertrag von öffentl.Unternehmungen	-1.6	-0.6	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
447 Liegenschaftenertrag VV	-38.8	-38.6	-25.0	-27.1	-29.5	-29.5
45 Entnahme aus Fonds und Spezialfinanzieru	-23.9	-28.9	-9.5	-9.7	-7.7	-7.8
450 Ent.aus Fonds und Spezialfinanz.im FK	-23.9	-28.9	-9.5	-9.7	-7.7	-7.8
46 Transferertrag	-595.3	-586.3	-606.2	-623.4	-639.1	-658.9
460 Ertragsanteile	-103.1	-97.7	-99.9	-103.0	-107.2	-110.5
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	-24.0	-22.7	-21.7	-21.0	-20.6	-20.3
4610 Entschädigungen vom Bund	-6.0	-6.1	-6.5	-6.6	-6.5	-6.4
4611 Entsch.von Kantonen und Konkordaten	-14.6	-13.3	-11.9	-11.0	-10.8	-10.6
4612 Entsch.von Gemeinden und Gem.Zweckverb.	-3.2	-3.2	-3.2	-3.2	-3.2	-3.2
4613 Entsch. von öffentlichen Sozialvers.	-0.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
462 Finanz- und Lastenausgleich	-186.8	-193.5	-203.7	-210.4	-212.8	-218.4
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-277.2	-269.0	-277.3	-285.4	-295.0	-306.1
4630 Beiträge vom Bund	-163.2	-160.2	-179.0	-185.0	-192.4	-200.6
4631 Beiträge von Kantonen und Konkordaten	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6
4632 Beiträge von Gemeinden	-109.7	-104.9	-97.4	-99.6	-101.7	-104.6
4634 Beiträge von öffentlichen Unternehmungen	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
4635 Beiträge von privaten Unternehmungen	-3.3	-3.0	0.0	0.0	0.0	0.0
469 Verschiedener Transferertrag	-4.3	-3.3	-3.6	-3.6	-3.6	-3.6
47 Durchlaufende Beiträge	-77.6	-77.4	-77.4	-77.4	-77.4	-77.4
470 Durchlaufende Beiträge	-77.6	-77.4	-77.4	-77.4	-77.4	-77.4
4700 Durchlaufende Beiträge vom Bund	-77.1	-76.9	-76.9	-76.9	-76.9	-76.9
4702 Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Gesamttotal						
3 Aufwand	1'821.8	1'859.7	1'975.7	2'035.3	2'058.2	2'076.8
4 Ertrag	-1'901.3	-1'858.4	-1'833.8	-1'822.9	-1'851.6	-1'894.0
Saldo	-79.5	1.3	141.9	212.4	206.6	182.9

2.2.6 Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung in Mio. Franken

Nach HRM2	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
5 Investitionsausgaben	171.4	212.9	210.3	228.2	201.4	186.7
50 Sachanlagen	153.9	187.2	186.5	185.9	171.3	159.1
501 Strassen	90.2	106.0	67.1	65.5	73.5	64.9
504 Hochbauten	50.3	69.5	94.8	100.0	81.7	72.6
506 Mobilien	13.1	11.7	10.9	10.2	10.0	10.0
509 Übrige Sachanlagen	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
54 Darlehen	5.3	11.9	9.0	11.1	10.0	10.0
544 Öffentliche Unternehmungen	0.0	9.9	7.0	9.1	8.0	8.0
545 Private Unternehmungen	3.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
547 Private Haushalte	1.8	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
56 Eigene Investitionsbeiträge	8.2	8.3	8.7	25.6	15.0	12.5
560 Bund	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
562 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	1.6	1.9	2.3	2.7	2.7	2.7
564 Öffentliche Unternehmungen	3.8	4.0	5.6	22.1	11.5	7.4
565 Private Unternehmungen	2.0	1.6	0.0	0.0	0.0	1.6
567 Private Haushalte	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	6.2	5.5	6.0	5.6	5.1	5.1
572 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	1.0	1.2	1.7	1.3	0.8	0.8
574 Öffentliche Unternehmungen	2.9	2.8	2.8	2.8	2.8	2.8
577 Privat Haushalte	2.3	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
6 Investitionseinnahmen	-111.4	-74.0	-61.5	-72.9	-61.1	-46.1
60 Übertragung von Sachanlagen in das FV	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
606 Übertragung Mobilien	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-49.4	-64.4	-43.1	-51.2	-43.0	-36.0
630 Bund	-34.8	-40.0	-22.1	-23.9	-17.9	-12.3
631 Kantone und Konkordate	0.0	0.0	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
632 Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-13.6	-21.7	-18.8	-23.6	-23.5	-23.0
634 Öffentliche Unternehmungen	-0.8	0.0	-1.6	-2.1	-1.2	-0.1
637 Private Haushalte	-0.2	-2.7	-0.2	-1.1	0.0	-0.3
64 Rückzahlung von Darlehen	-4.2	-4.1	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0
644 Öffentliche Unternehmungen	-0.1	-1.3	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4
645 Private Unternehmungen	-2.6	-1.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
647 Private Haushalte	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-6.2	-5.5	-14.5	-17.9	-14.6	-7.0
670 Bund	-6.2	-5.5	-14.5	-17.9	-14.6	-7.0
Gesamttotal						
5 Investitionsausgaben	171.4	212.9	210.3	228.2	201.4	186.7
6 Investitionseinnahmen	-60.0	-74.0	-61.5	-72.9	-61.1	-46.1
Nettoinvestitionen	111.4	138.9	148.7	155.3	140.3	140.7

2.3 Finanzkennzahlen

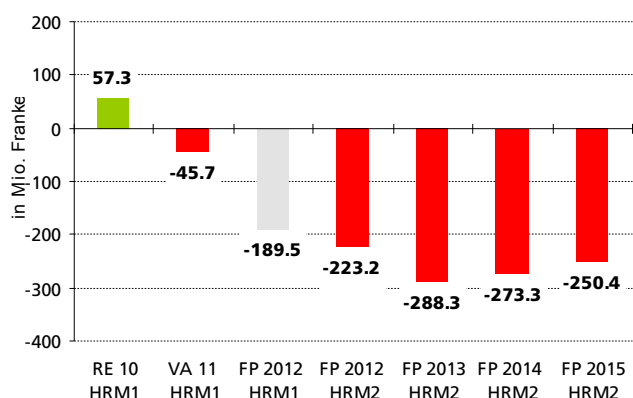
	RE 10	VA 11	FP 2012	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
in Mio. Fr. bzw. %	HRM1	HRM1	HRM1	HRM2	HRM2	HRM2	HRM2
Cash Flow	168.7	93.2	-40.7	-74.4	-133.0	-133.0	-109.7
Abschreibungen auf Investitionen	-89.2	-94.5	-100.9	-67.5	-79.4	-73.6	-73.2
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	79.5	-1.3	-141.6	-141.9	-212.4	-206.6	-182.9
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	79.5	-1.3	-141.6	-141.9	-212.4	-206.6	-182.9
Nettoinvestitionen	111.4	138.9	148.8	148.8	155.3	140.3	140.7
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	57.3	-45.7	-189.5	-223.2	-288.3	-273.3	-250.4
Selbstfinanzierungsgrad	151%	67%	-27%	-50%	-86%	-95%	-78%
Nettoverschuldung ¹	-42.7	3.0	192.6	-173.5	115.0	388.4	638.9
Dito, in Fr. pro Einwohner ¹	166	-12	-745	671	-443	-1'492	-2'449
Eigenkapital ohne Aufwertung per 31.12	552.3	551.0	409.1	409.1	196.7	-9.9	-192.8
Aufwertung nach HRM2				1175.0	1175.0	1175.0	1175.0
Eigenkapital nach Aufwertung per 31.12	552.3	551.0	409.1	1584.1	1371.7	1165.1	982.2
Einwohner Ende Jahr in Tausend ²	256.8	257.7	258.5	258.5	259.4	260.3	260.9

¹ Zahlen im Voranschlag 2011 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2010 aktualisiert.

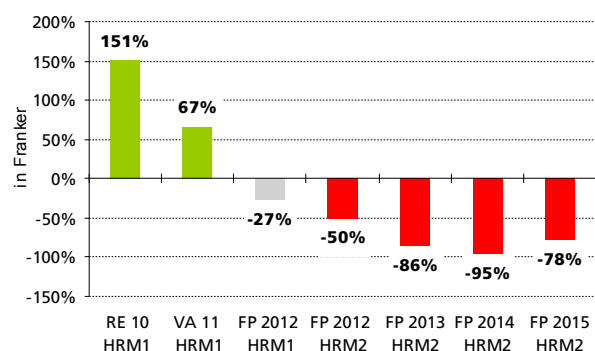
² Anpassungen aufgrund der Bevölkerungsprognose.

Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag

(in Mio. Franken)



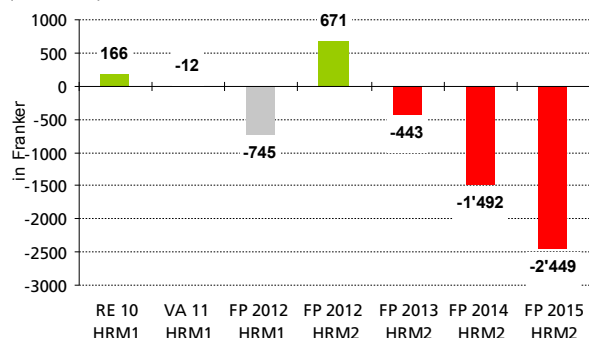
Ab dem Planjahr 2012 besteht ein deutlicher Finanzierungsfehlbetrag von knapp 190 Mio. Fr., welcher bis zum Planjahr 2013 auf knapp 290 Mio. Fr. zunimmt und sich nur geringfügig reduziert. Dies weist auf ein strukturelles Defizit von 150 – 200 Mio. Fr. ab dem Planjahr 2012 hin.

Selbstfinanzierungsgrad

Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt das Verhältnis von Selbstfinanzierung (erarbeitetes Kapital: Cash flow) zu den Nettoinvestitionen. Bei einem Selbstfinanzierungsgrad zwischen 0 -100% können die Investitionen wenigstens teilweise selbst finanziert werden. Bei einem negativen Selbstfinanzierungsgrad entsteht ein Cash loss. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von minus 50% ab 2012 würden allein aus der Investitionstätigkeit die Schulden zunehmen. Dies war zuletzt 1994 im Kanton der Fall.

Nettovermögen, -schulden je Einwohner

(in Franken)



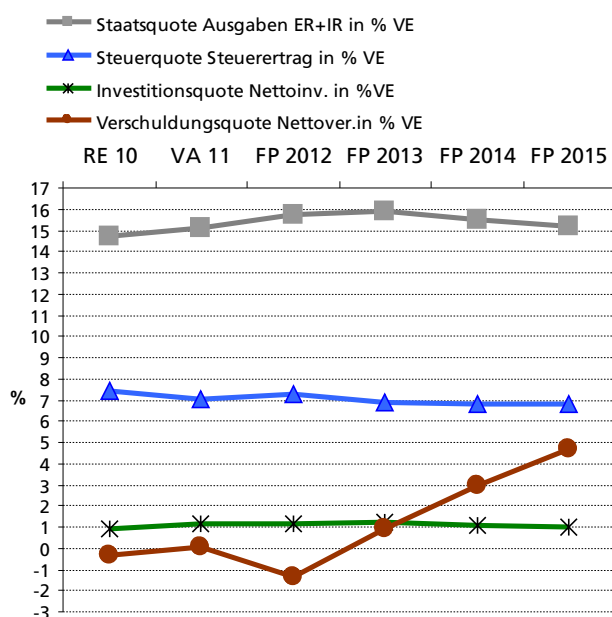
Die Nettoverschuldung würde ohne die ausserordentliche Aufwertung des Verwaltungsvermögens unter HRM2, bereits ab 2012 wieder massiv zunehmen. Die einmalige Aufwertung wird aber ab dem Planjahr 2013 bereits überkompensiert und der negative Trend würde in den weiteren Planjahren die Nettoschulden massiv erhöhen.

2.3.1 Kennzahlen in % vom Volkseinkommen (VE)

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen (VE)

in Mio. Fr. bzw. %	RE 10	VA 11	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Geschätzte Zunahme VE in % ⁴	2.6%	1.5%	1.9%	2.5%	2.5%	2.5%
Volkseinkommen VE	12'220	12'403	12'639	12'955	13'279	13'611
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	14.7	15.1	15.8	15.9	15.5	15.2
Steuerertrag (inkl. MfZ-Steuer)	912.6	877.5	920.8	892.1	905.3	928.0
Steuerquote Steuerertrag in % VE	7.5	7.1	7.3	6.9	6.8	6.8
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	111.4	138.9	148.8	155.3	140.3	140.7
Investitionsquote Nettoinv. in % VE	0.9	1.1	1.2	1.2	1.1	1.0
Nettoverschuldung	-42.7	3.0	-173.5	115.0	388.4	638.9
Verschuldungsquote Nettover. in % VE	-0.3	0.0	-1.4	0.9	2.9	4.7

⁴ Basis provisorische Zahlen 2007 vom Bundesamt für Statistik.

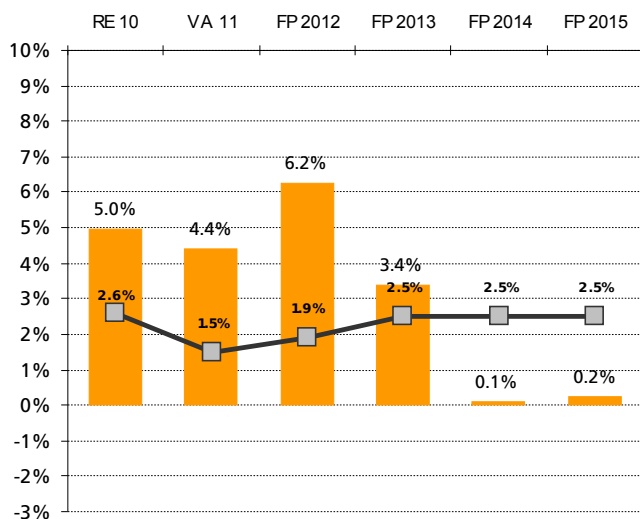


In den Finanzplanjahren steigt die Verschuldungsquote von -1.4% auf 4.7% im Jahr 2015. Die Staatsquote erhöht sich im Planjahr 2012 um 0.6%.

Ausgabenwachstum in % zum BIP

■ Ausgabenwachstum ER +IR zum Vorjahr

■ Prog. nom. BIP und Annahme AFIN



Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und ist ein interessanter Wert im Vergleich zum Ausgabenwachstum des Kantons.

Das SECO prognostiziert eine Verlangsamung der BIP-Wachstums von 2.6% 2010 auf 1.5% 2011. Unter Voraussetzung einer allmählichen Verbesserung der aussenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, dürfte das Wachstum 2012 langsam wieder an Schwung gewinnen (+1.9%). Ab 2012 nehmen wir ein nominelles BIP von 2.5% an. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP ist. Dieser Grundsatz wäre nur in den Planjahren 2014 und 2015 erfüllt.

2.4 Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2011 – 2014

2.4.1 Erfolgsrechnung

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.	
Total alle Departemente									
Aufwand	1'821.8	1'859.7	1'909.0	1'975.7	66.8	1'944.5	2'035.3	90.8	
Ertrag	-1'901.3	-1'858.4	-1'788.6	-1'833.8	-45.2	-1'812.9	-1'822.9	-10.0	
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Saldo	-79.5	1.3	120.3	141.9	21.6	131.6	212.4	80.8	

Beim Vergleich zur Vorjahresplanung „FP Vorjahr 2012“ zu „FP 2012 und 2013“ ist zu beachten, dass in den Vorjahren keine Teuerung gemäss dem VA 2011 eingerechnet ist. Im aktuellen „FP 2012“ ist die Teuerung von 0.7% (rund 4.9 Mio.Fr.) aufgerechnet. Die Lohnmassnahmen werden von den Sozialpartnern alljährlich ausgehandelt.

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.	
1. Behörden und Staatskanzlei					Diff.			Diff.	
Aufwand	16.5	18.5	16.9	18.5	1.5	16.9	18.4	1.5	
Ertrag	-3.7	-3.4	-3.3	-3.3	0.0	-3.3	-3.3	0.0	
Verrechnungen	-7.3	-7.6	-7.4	-7.5	-0.1	-7.4	-7.5	-0.1	
Saldo	5.5	7.5	6.2	7.6	1.4	6.2	7.6	1.4	

Durch den Transfer der bisherigen Abteilung Rechtsdienst Justiz vom Bau- und Justizdepartement in die Staatskanzlei per 1.1.2011 erhöht sich der Aufwand um 1.4 Mio Fr.

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.	
2. Bau- und Justizdepartement					Diff.			Diff.	
Aufwand	223.9	233.5	223.9	253.3	29.4	224.1	269.0	44.9	
Ertrag	-109.5	-118.1	-107.9	-88.7	19.2	-106.4	-90.1	16.3	
Verrechnungen	-82.6	-78.8	-78.3	-104.6	-26.3	-78.4	-105.4	-27.0	
Saldo	31.8	36.6	37.7	60.0	22.4	39.3	73.6	34.3	

Mit der Einführung des neuen Rechnungslegungsstandards HRM2 im Jahr 2012 werden die Nettoinvestitionen Hochbau neu linear nach Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibungen werden als Finanzgrösse ausserhalb des Globalbudgets Hochbauamt belastet und verursachen einen höheren Aufwand von rund 23.4 Mio. Fr..

Die Neubewertung der Mietzinse der Solothurner Spitäler AG nach REKOLE (Rechnungslegungsstandards der Spitäler) verursacht ab 2012 einen Minderertrag von rund 13.0 Mio. Fr..

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.	
3. Bildung und Kultur					Diff.			Diff.	
Aufwand	428.5	454.8	468.9	473.6	4.7	479.0	499.2	20.2	
Ertrag	-49.3	-44.2	-39.9	-43.0	-3.1	-38.9	-41.6	-2.7	
Verrechnungen	26.9	26.2	26.5	26.2	-0.3	26.7	26.2	-0.5	
Saldo	406.2	436.9	455.5	456.8	1.3	466.8	483.8	17.0	

Vergleich Finanzplan 2012 Stand Februar 2011 mit dem Stand Februar 2010

Der Mehraufwand ist hauptsächlich Folge des Schulversuchs Spezielle Förderung. Die Besoldungen der Logopädinnen und Fachlehrkräfte (FLK) verbleibt beim Kanton.

Der Mehrertrag fällt hauptsächlich bei den kantonalen Schulen aufgrund höherer Beiträge an progymnasialen Unterricht und höherer Pauschalsubventionen BBT an.

Vergleich Finanzplan 2013 Stand Februar 2011 mit dem Stand Februar 2010

Der Mehraufwand ist zurückzuführen: Höherer Beitrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz 1.7 Mio. Fr. und Bereich Volksschule 17.1 Mio. (Besoldung Logopädinnen und FLK als Folge des Schulversuchs 5.2 Mio., regionale Kleinklassen 5.0 Mio., Beiträge an Gemeinden für Lehrerbessoldungen und geleitete Schulen 3.6 Mio., Projekte Bildungsraum 1.3 Mio., Weiterbildung Sek I und spezielle Förderung 0.8 Mio., Beiträge an Gemeinden für Musikschulen 1.2 Mio.). Der Mehrertrag fällt hauptsächlich bei den kantonalen Schulen aufgrund höherer Beiträge an progymnasialen Unterricht und höherer Pauschalsubventionen BBT an.

	Vorjahr				Vorjahr			
	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.
4. Finanzdepartement					Diff.			Diff.
Aufwand	164.8	158.1	163.1	131.0	-32.1	174.1	136.9	-37.2
Ertrag	-1'278.4	-1'237.7	-1'189.9	-1'214.0	-24.1	-1'212.6	-1'193.4	19.2
Verrechnungen	-3.5	-10.0	-11.2	21.8	33.0	-10.9	19.5	30.4
Saldo	-1'117.0	-1'089.6	-1'038.0	-1'061.2	-23.2	-1'049.4	-1'037.0	12.4

Vergleich Finanzplan 2012 Stand Februar 2011 mit dem Stand Februar 2010

Auf der Aufwandseite werden die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens ab 2012 den Dienststellen direkt belastet -28.3 Mio.Fr. Bei den Zinsen auf langfristigen Darlehen und Vorschüssen wird mit einem Minderaufwand von -9.9 Mio.Fr. gerechnet.

Auf der Ertragsseite wurden die Staatssteuern angepasst (NP +38 Mio.Fr., JP +25 Mio.Fr., FA-Steuer JP +2.4 Mio.Fr., Erbschaftssteuer und Nachlasssteuer -2.5 Mio.Fr., Quellensteuer +2 Mio.Fr.). Der Ertrag der SNB von -54.5 Mio.Fr. entfällt. Der Anteil der Direkten Bundessteuer wurde um +7.2 Mio.Fr. angepasst.

Abweichung zum FP2013 des Vorjahres aufgrund:

Auf der Aufwandseite macht die direkte Belastung der Abschreibungen -26.7 Mio.Fr. aus. Die Aufwendungen für Zinsen auf langfristigen Darlehen reduzieren sich um -15 Mio.Fr. Auf der Ertragsseite wurden die Staatssteuern angepasst (NP +19 Mio.Fr., Staatssteuer JP -5 Mio.Fr., Quellensteuer +2 Mio.Fr., Erbschaftssteuer und Nachlasssteuer -2.5 Mio.Fr., Anteil Direkte Bundessteuer +10.1 Mio.Fr., Anteil Verrechnungssteuer +5.2 Mio.Fr., NFA Ressourcenausgleich +7.2 Mio.Fr.). Die Ausschüttungen der SNB von -54.5 Mio. Fr. entfallen voraussichtlich vollständig.

	Vorjahr				Vorjahr			
	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.
5. Departement des Innern					Diff.			Diff.
Aufwand	783.4	777.8	841.0	875.8	34.8	854.8	889.9	35.1
Ertrag	-327.5	-325.8	-324.1	-353.8	-29.7	-328.1	-363.4	-35.3
Verrechnungen	68.8	69.0	70.0	67.2	-2.7	70.0	67.9	-2.0
Saldo	524.7	521.0	586.8	589.3	2.4	596.6	594.4	-2.2

Der Saldo des Ddl nimmt im Vergleich zum FP 2012 des Vorjahres nur um 2,4 Mio. Fr. oder 0,4% zu.

	Vorjahr				Vorjahr			
	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.
6. Volkswirtschaftsdepartement					Diff.			Diff.
Aufwand	181.9	194.0	171.7	200.4	28.7	172.2	198.7	26.5
Ertrag	-127.7	-123.7	-118.2	-125.6	-7.5	-118.1	-125.7	-7.6
Verrechnungen	-4.8	-1.4	-1.9	-6.8	-4.9	-2.4	-4.5	-2.1
Saldo	49.4	68.8	51.6	68.0	16.3	51.7	68.5	16.8

Die Veränderungen ergeben sich aufgrund der zusätzlichen jährlichen 15 Mio. Franken Beiträge des Kantons an den Finanzausgleich Einwohnergemeinden. Weitere Schwankungen sind auf die erwarteten Gemeindefusionsbeiträge zurückzuführen.

	Vorjahr				Vorjahr			
	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.
7. Gerichte					Diff.			Diff.
Aufwand	22.9	23.0	23.4	23.2	-0.3	23.4	23.2	-0.3
Ertrag	-5.3	-5.4	-5.4	-5.4	0.1	-5.4	-5.4	0.1
Verrechnungen	2.4	2.6	2.4	3.7	1.3	2.4	3.7	1.3
Saldo	20.1	20.2	20.4	21.5	1.1	20.4	21.5	1.1

2.4.2 Investitionsrechnung

	RE 2010	VA 2011	Diff.	Vorjahr			Vorjahr		
				FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.
Total alle Departemente									
Ausgaben	171.4	212.9	4.0	214.3	210.3	-4.1	230.8	228.2	-2.6
Einnahmen	-60.0	-74.0	-3.7	-64.0	-61.5	2.4	-74.0	-72.9	1.1
Nettoinvestitionen	111.4	138.9	0.4	150.3	148.7	-1.6	156.8	155.3	-1.5

Die Veränderungen der Investitionsrechnung sind deutlich geringer als in der Erfolgsrechnung. Behörden und Staatskanzlei sowie die Gerichte führen keine Investitionsrechnung.

	RE 2010	VA 2011	Diff.	Vorjahr			Vorjahr		
				FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.
2. Bau- und Justizdepartement									
Ausgaben	148.6	191.8	3.8	193.6	189.4	-4.1	209.9	208.1	-1.8
Einnahmen	-51.7	-68.2	-3.7	-58.1	-55.7	2.4	-68.1	-67.1	1.0
Nettoinvestitionen	96.9	123.6	0.0	135.4	133.7	-1.7	141.8	141.0	-0.8

Die Nettoinvestitionen weichen zum FP2012 des Vorjahres nicht nennenswert ab. Projektverschiebungen des öffentlichen Verkehrs in FP2013 und die Verschiebung der Sanierung des Bürgerspitals Solothurn werden durch höhere Investitionen im Hochbau (Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten) kompensiert. Die Nettoinvestitionen FP2013 weichen ebenfalls nicht nennenswert zum FP 2013 des Vorjahres ab.

	RE 2010	VA 2011	Diff.	Vorjahr			Vorjahr		
				FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.
3. Departement für Bildung und Kultur									
Ausgaben	2.5	2.0	0.0	2.0	2.0	0.0	2.0	2.0	0.0
Einnahmen	-1.8	-1.5	0.0	-1.5	-1.5	0.0	-1.5	-1.5	0.0
Nettoinvestitionen	0.6	0.5	0.0	0.5	0.5	0.0	0.5	0.5	0.0

	RE 2010	VA 2011	Diff.	Vorjahr			Vorjahr		
				FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.
4. Finanzdepartement									
Ausgaben	7.1	9.1	0.5	8.6	10.3	1.7	8.6	9.5	0.9
Einnahmen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	6.8	9.1	0.5	8.6	10.3	1.7	8.6	9.5	0.9

	RE 2010	VA 2011	Diff.	Vorjahr			Vorjahr		
				FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.
5. Departement des Innern									
Ausgaben	4.0	2.1	0.3	1.8	0.6	-1.2	1.9	0.7	-1.3
Einnahmen	-1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.9	2.1	0.3	1.8	0.6	-1.2	1.9	0.7	-1.3

Die Fahrzeuge werden unter HRM2 nicht mehr aktiviert.

	RE 2010	VA 2011	Diff.	Vorjahr			Vorjahr		
				FP 2012	FP 2012	Diff.	FP 2013	FP 2013	Diff.
6. Volkswirtschaftsdepartement									
Ausgaben	9.3	7.9	-0.5	8.4	8.0	-0.4	8.4	8.0	-0.4
Einnahmen	-5.2	-4.3	0.1	-4.4	-4.3	0.1	-4.4	-4.3	0.1
Nettoinvestitionen	4.1	3.6	-0.4	4.0	3.7	-0.4	4.0	3.7	-0.4

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen in diesen Departementen.

2.5 Eingeschränkte Handlungsautonomie

Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzungsaufgaben oder Kooperationen mit anderen Kantonen) teilweise oder vollständig gebunden. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kanton Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten haben. Die Rechnung 2010 und das Finanzplanjahr 2015 wurde auf diese Fragestellung hin ausgewertet, um allfällige Tendenzen festzustellen. Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen zugeordnet:

1. Kanton Solothurn
2. Spezialfinanzierungen
3. Kooperationen (mit anderen Kantonen oder Institutionen)
4. Dritte (Bund, Gemeinden).

Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter beinhaltet einen Ermessensspielraum. Zusätzlich wurden die Profitcenter nach Globalbudgets und Finanzgrössen unterschieden. Damit entstehen acht Felder, welche den Grad der Einflussmöglichkeiten respektive der Handlungsautonomie aufteilt in hoch, neutral, geteilt und gering.

Wesentliche Veränderungen RE 2010 zu FP 2015

in % zum Gesamtaufwand und Ertrag

	Kanton Solothurn				Spezialfinanzierungen				Kooperationen mit anderen Kt. halbprivaten Instit.				Dritte Bund, Gemeinden, usw.			
	RE 10	FP 15	Diff.		RE 10	FP 15	Diff.		RE 10	FP 15	Diff.		RE 10	FP 15	Diff.	
Finanzgrössen																
Aufwand	6%	8%	2%		5%	5%	0%		12%	13%	0%		25%	38%	13%	
Ertrag	49%	49%	0%		5%	5%	0%		1%	2%	0%		27%	28%	0%	
Globalbudgets																
Aufwand	27%	24%	-3%		1%	1%	0%		22%	10%	-11%		2%	1%	0%	
Ertrag	13%	12%	-1%		1%	1%	0%		2%	2%	0%		1%	1%	0%	
Autonomie KTSO	hoch				neutral				geteilt				gering			

In den einzelnen Feldern ist der Prozentsatz und die Differenz der Rechnung 2010 und dem Finanzplan 2015 auf ganze Prozent gerundet aufgelistet.

Betrachtet man die grössten Veränderungen, fallen zwei Tendenzen auf.

1) Der Aufwand der Globalbudgets im direkten Einfluss des Kantons wird zunehmend in die Finanzgrössen verlagert. Die Dienststellen haben die Finanzanteile, welche sie nicht durch ihre Leistung direkt beeinflussen können den Finanzgrössen zuzuweisen.

2) Die Spitalfinanzierung nach heutigem Modell (RE 10) ist dem Bereich der Kooperationen zugeteilt. Mit der neuen Finanzierung werden die Spitäler über Fallpauschalen finanziert und der direkte Einfluss des Kantons reduziert sich in diesem Bereich.

Der Aufwand der Finanzgrössen im Feld „Dritte“ betrug im Voranschlag 2008 noch 20% und im „FP 2015“ sind es heute 38% des Gesamtaufwandes. Daraus bestätigt sich die Tendenz, dass der Aufwand zunehmend aus dem direkten Einflussbereich des Kantons gerät.

2.5.1 Beurteilung und Konsequenz

Weiterhin ist es so, dass die zuständigen Gremien des Kanton Solothurn direkt und eher kurzfristig maximal 30%-35% des Gesamtaufwandes (inklusive Finanzgrössen) beeinflussen können. Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim Ertrag rund 60% des Gesamtertrages, welche eher langfristig (verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder –senkung) veränderbar sind. Der Kanton verliert tendenziell an direktem Einfluss bei den Aufwendungen (30%), kann aber über einen deutlich höheren Anteil (60%) der Erträge bestimmen.

3. Verwaltungseinheiten

3.1 Behörden und Staatskanzlei

3.1.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit. Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

Staatskanzlei (inkl. Staatsarchiv, Datenschutz, Medien, Legistik und Justiz)

Parlamentsdienste (Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat)

Drucksachen / Lehrmittelverlag

Ausserhalb der Globalbudgets werden – in administrativer Verantwortung der Staatskanzlei – die Finanzgrössen für die kantonalen Behörden (Regierungsrat und Kantonsrat) geführt.

3.1.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.7. Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

1.7.3 Konzept für E-Government im Kanton Solothurn erstellen

1.8 Image des Kantons fördern

1.8.1 Förderung eines einheitlichen Erscheinungsbildes

3.1.3 Politische Ziele und Leistungen

Aus heutiger Sicht verändern sich Umfang und Ausmass der Leistungen im Aufgabenbereich Behörden / Staatskanzlei im Planungszeitraum nur unwesentlich. Entsprechend gleichmässig verläuft der ausgewiesene Bedarf an finanziellen Ressourcen in den Jahren 2012-15. Der ursprünglich auf den Beginn der neuen Globalbudgetperiode 2010-12 geplante personelle Ausbau der regierungsrätlichen Stabsdienste wird aus Spargründen vorerst nicht umgesetzt. Hingegen erfolgte per 1.1.2011 der Transfer des bisherigen Rechtsdienstes Justiz vom Bau- und Justizdepartement zur Staatskanzlei in die neue Abteilung „Legistik und Justiz“, was im Vergleich zum letzten IAFP 2011-14 zu einer Erhöhung des ausgewiesenen Saldos im Umfang von 1,4 Mio. Fr. führt.

Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regierungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Amtsblatt, Merkblätter und Musterschreiben Datenschutz etc.) soll auch in den kommenden Jahren die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung weiter erhalten bleiben. Zudem soll die Einführung von E-Voting – darunter wird das Abstimmen und Wählen per Internet verstanden – als Teil der vom Bund und den Kantonen im 2007 verabschiedeten e-Government Strategie Schweiz im Kanton Solothurn ab 2011 oder 2012 zunächst versuchsweise für den relativ beschränkten Kreis der ca. 2300 Auslandschweizer erfolgen.

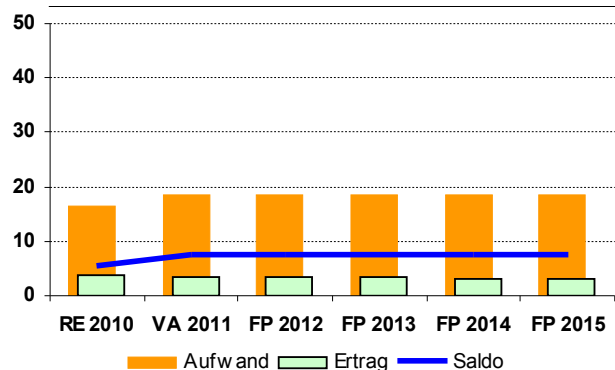
3.1.4 Massnahmen

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin
1808	Corporate Identity Konzept zur Förderung eines einheitlichen Erscheinungsbildes des Kantons Konzept	I.A.	10					Dez. 13
1419	Reorganisation Regierungsdienste Aufbau Fachstellen Kommunikation / E-Government und Planung / Monitoring Aufnahme in GB-Vorlage 2010-2012	Sis	09		Dez. 10			
		t		Massnahme aus Spargründen zurückgestellt	Jun. 09	Jun. 09		

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Soll-Termin	IST-Termin	Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren				Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin
1432	Realisierung E-Voting Einführung elektronische Abstimmungslösung für Auslandschweizer (ca. 2200 Personen) Zusammenarbeitsverträge mit sechs Kantonen; Beteiligung an Software-Lösung Kanton Zürich Erledigt, RRB 2009/1259 vom 30.6.09 1. Phase für Auslandschweizer	I.A.	09			Jun. 09	Jun. 09		Dez. 12
1440	Einführung Geschäftskontrolle Ambassador Ablösung Geschäftsdatenbank Konsul durch linux-basiertes Nachfolgeprodukt Ambassador Produktiv start Aufgrund zu vieler Mängel in der Testphase und des Projektstops Linux-Desktop wurde auf die Umstellung definitiv verzichtet.	Sis	09			Jun. 09			
		t				Apr. 10	Okt. 10		
1444	Elektronische Archivierung Einführung elektronischer Langzeitarchivierung digitaler Unterlagen Zwischenbericht mit Grundsatzüberlegungen Konzept	I.A.	10			Dez. 09			
						Dez. 09	Aug. 09		
								Verzögerung; vertiefte technische Abklärungen nötig	Dez. 12
1450	Einführung Lexwork Neue elektronische Software zur Verwaltung und Publikation von Gesetzen und Verordnungen Datenmigration key file Umstellung auf XML Umstellung auf XML Produktiv start	I.A.	10						Dez. 11
									Jan. 11
									Apr. 11
								Verschiebegrund: Neue Projektplanung	Dez. 11
									Dez. 11

3.1.5 Finanzen in Mio. Franken Behörden und Staatskanzlei

Erfolgsrechnung	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudgets						
Aufwand	11.7	13.6	13.6	13.5	13.6	13.5
Ertrag	-3.3	-2.9	-2.9	-2.9	-2.8	-2.8
Globalbudgetsaldo	8.4	10.7	10.7	10.7	10.7	10.7
Verrechnung	-5.5	-5.8	-5.7	-5.7	-5.7	-5.7
Saldo	2.8	4.8	5.0	4.9	5.0	5.0
Finanzgrößen						
Aufwand	4.8	4.9	4.9	4.9	4.9	4.9
Ertrag	-0.4	-0.5	-0.5	-0.5	-0.3	-0.3
Verrechnungen	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8	-1.9	-1.9
Saldo	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6
Saldo total	5.5	7.5	7.6	7.6	7.6	7.6



Bemerkungen
Es ergeben sich in der Planperiode keine

nennenswerten Veränderungen.

3.2 Bau - und Justizdepartement

3.2.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen.

Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Er arbeitet dabei eng mit den angrenzenden Kantonen zusammen, um eine optimale Koordination der grenzüberschreitenden Bewegungen für seine Einwohnerinnen und Einwohner zu erzielen.

Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften.

Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung.

3.2.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.6. Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen

1.61 Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr erhöhen

1.62 Umfahrung Olten realisieren

1.63 Grossräumige Verkehrsplanung

2.1 Attraktive Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten

2.11 Gesamtüberprüfung der räumlichen Entwicklung. Ausgewogene Siedlungs- und Landschaftsräume entwickeln.

2.12 Agglomerationen entwickeln

2.3 Gefahrenpotentiale vermindern

2.31 Siedlungs- und Kulturräume vor Naturgefahren schützen

2.32 Altlasten systematisch sanieren.

3.2.3 Politische Ziele und Leistungen

Die hohe Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar.

Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden.

Das Gesamtverkehrsprojekt in Olten prägt den finanziellen Teil des Aufgabenbereichs Verkehr massgebend.

Die in den 60iger und 70iger Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben.

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
1143	Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons Projektarbeiten gemäss Plan Verschiebegrund: Projektverzögerung wegen Besitzerwechsel Projektarbeiten gemäss Plan Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons	I.A.	06		Dez. 10			Dez. 12
1190	Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn, (Grundlage RRB) Finanzierung über den Lotteriefonds über fünf Jahre mit rund 950'000.-- Publikation Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn: Publikation	I.A.	08					Dez. 12
3018	Innensanierung der St. Ursen Kirche Innensanierung der St. Ursen Kirche nach Brandfall mit denkmalpflegerischen Beiträgen des Kantons Innensanierung der St. Ursen Kirche	I.A.	11		Sep. 12			Sep. 12
1508	Neugestaltung des archäologischen Museums in Neugestaltung des archäologischen Museums in Olten	Erl.	10		Dez. 12	Dez. 10		Dez. 12
1501	Hochwasserschutz Emme Hochwasserschutz Emme Planung Biberist / Gerlafingen Genehmigung Planung Biberist / Gerlafingen Planung Wehr Biberist - Aare Planung Wehr Biberist - Aare Realisierung Biberist / Gerlafingen Realisierung Biberist / Gerlafingen Realisierung Wehr Biberist - Aare Realisierung Wehr Biberist - Aare	I.A.	09		Okt. 10	Okt. 10		Dez. 11 Dez. 13 Dez. 11 Dez. 12 Dez. 14 Dez. 17
1504	Hochwasserschutz Aare Hochwasserschutz Aare Planung Dammbauten 1. Priorität Realisierung Dammbauten 1. Priorität Verschiebegrund: Realisierung letztes Element 1. Priorität im Jahr 2011. Realisierung der drei ersten Elemente wie geplant im Jahr 2010 Planung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität Realisierung Dammbauten 1. Priorität Planung Dammbauten 1. Priorität Realisierung Dammbauten 1. Priorität Realisierung Dammbauten 1. Priorität Realisierung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	I.A.	09		Jun. 10 Dez. 10			Dez. 15 Dez. 11 Dez. 11 Dez. 11 Dez. 12 Dez. 12 Dez. 15 Dez. 15
1172	RADAV RADAV, Revision der amtlichen Vermessung Vollendung RADAV Vollendung RADAV alle Operate verifiziert und vom Bund anerkannt	I.A.	05					Dez. 11 Dez. 11 Dez. 13

Massnahmen Bau - und Justizdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
1178	Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Solothurner Gemeinden im Bereich Geographischer Informationssysteme Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Solothurner Gemeinden im Bereich Geographischer Informationssysteme. Definition Abgrenzung Synergien mit GeolG Überführung in Projekt 2948, rechtliche Umsetzung Geoinformationsgesetzgebung des Bundes	I.A.	05		Dez. 10			
1114	Agglomerationsprogramme: Rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft Antrag an RR: Entscheid über weiteres Vorgehen (RRB)	I.A.	05	Auswertung der Umfrage der Gemeinden; Antrag an RR: Entscheid über weiteres Vorgehen	Dez. 10		Entscheid RR: Weiterführen Projekt Modellentwicklung Trägerschaft	Dez. 11
1184	Deponieplanung Deponieplanung Interkantonale Koordination nördlicher Kantonsteil Interkantonale Koordination der Entsorgungsmöglichkeiten unter der Federführung des Kantons Basel Landschaft, Projektinitialisierung Richtplananpassung oberer Kantonsteil Richtplananpassung, Überführen in Projekt 1202, Richtplangesamtüberprüfung Richtplananpassung Schwarzbubenland	I.A.	05		Dez. 10		Überführen in Projekt 1202 Grundlagenarbeiten mit den Kantonen BL + BS	Dez. 11 Dez. 11
1202	Richtplangesamtüberprüfung Richtplangesamtüberprüfung RRB, B+E Verschiebegrund: Die Gesamtüberprüfung der Richtplananpassung muss aufgrund der Arbeiten auf Bundesebene verschoben werden Konzept für Richtplan-Gesamtüberprüfung RRB, B+E Richtplan Gesamtüberprüfung 2010, RRB B+E	I.A.	09		Dez. 10 Okt. 10 Dez. 10			Dez. 13
1204	Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt RRB, B+E Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt: RRB, B+E	I.A.	09		Dez. 10 Dez. 10			
1494	Agglomerationsprogramme 2. Generation Aggloprogramm 2. Generation Amtsinterner Entwurf Einreichung beim Bund Abschluss Leistungsvereinbarung	I.A.	10	Aggloprogramm 2. Generation, amtsinterner Entwurf	Okt. 10		Einreichung Aggloprogramm 2. Generation beim Bund Abschluss Leistungsvereinbarung Aggloprogramm 2. Generation	Dez. 13 Dez. 12 Dez. 13
2995	Testplanung Riedholz/Luterbach Testplanung Planungsrechtliche Umsetzung	I.A.	11				Testplanung	Dez. 12 Dez. 11 Dez. 12

Massnahmen Bau - und Justizdepartement

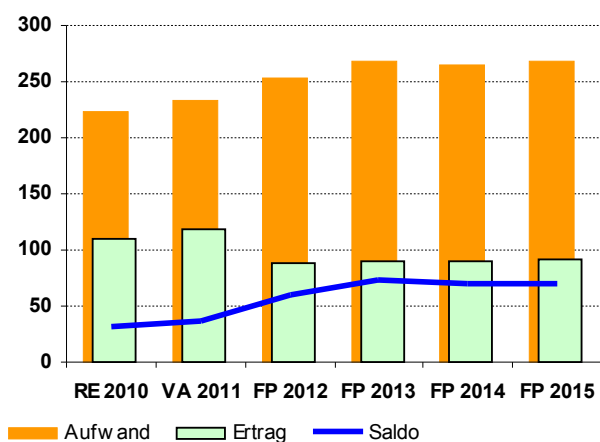
Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
1153	Vollendung der Entlastung Solothurn West im Jahr 2008 Vollendung der Entlastung Solothurn West im Jahr 2008	I.A.	05		Aug. 08			
	Inbetriebnahme			Inbetriebnahme	Aug. 08	Aug. 08		
	Bauabrechnung (ohne strittige Punkte)				Jun. 10			
1155	Entlastung Region Olten Entlastung Region Olten	I.A.	05					Dez. 13
	Baubeginn			Baubeginn	Dez. 08	Aug. 08		
	Inbetriebnahme						Inbetriebnahme	Dez. 13
	Bauabrechnung						Bauabrechnung	Dez. 15
1157	Realisierung der flankierenden Massnahmen zur Nationalstrasse A5 Realisierung der flankierenden Massnahmen zur Nationalstrasse A5	Erl.	05		Dez. 10	Dez. 10		
	Umbau Bahnhofplatz				Dez. 09	Dez. 09		
	Umbau Schöngrünkreisel, Pflugkreuzung (letzte Massnahmen)				Dez. 10	Dez. 10		
1163	Schwerverkehrskontrollzentrum Oensingen Schwerverkehrskontrollzentrum Oensingen	I.A.	05					Dez. 12
	Planaufgabe				Dez. 10			
	Verschiebegrund: Zusätzlicher Koordinationsbedarf mit 6-Spurausbau A1 Härkingen - Luterbach (siehe auch Verschiebung Richtplananpassung)							
	Richtplananpassung			Richtplananpassung	Dez. 10			
	Planaufgabe						Verschiebungsgrund: Koordination 6S LÜHä	Dez. 11
	Richtplananpassung						Richtplananpassung	Dez. 11
	Planaufgabe						Planaufgabe	Dez. 12
1510	Busoptimierung Olten und Grenchen Busoptimierung Olten und Grenchen	Erl.	09		Dez. 10	Dez. 10		
	Busoptimierung Olten und Grenchen				Dez. 10	Dez. 10		
1512	Sanierung Stadtmist Solothurn Sanierung Stadtmist Solothurn	I.A.	10					Dez. 16
	Klärung Handlungsbedarf				Dez. 10			
	Vorprojekt						Vorprojekt	Dez. 11
	Planung						Planung	Dez. 12
	Realisierung						Realisierung	Dez. 16
1520	Balsthal, Verkehrsentslastung Klus (Erschliessungsplan) Balsthal, Verkehrsentslastung Klus (Erschliessungsplan)	I.A.	10					Mrz. 12
	Planerische Vorabklärungen				Jun. 10			
	Vorprojekt, Entwurf Erschliessungsplan				Dez. 10			
	Mitwirkungsverfahren							Mrz. 12
	Bauprojekt Erschliessungsplan						Bauprojekt	Mrz. 13
3008	Teilrevision der Kantonalen Bauverordnung Teilrevision der Kantonalen Bauverordnung, Änderung anderer erlasse und Erfüllung parlamentarische Vorstösse	I.A.	11		Dez. 12			Dez. 12
	RRB / B+E							Dez. 12
1120	Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt "Schöngrün" mit Therapiezentrum "im Schache" Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt "Schöngrün" mit Therapiezentrum "im Schache" (PB 45, 46, 47, 48)	I.A.	05					Dez. 12
	RRB B+E			RRB B+E	Dez. 08	Dez. 08		
	Volksbeschluss			Volksbeschluss	Dez. 09	Sep. 09		
	RRB B+E Zusatzkredit						Zusatzkredit geschlossene Anstalt	Mrz. 11
	Realisierung						Realisierung	Dez. 12
	Fertigstellung						Fertigstellung	Dez. 14

Massnahmen Bau - und Justizdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Soll-Termin	IST-Termin	Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren				Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin
1133	Sanierung Kantonsschule Olten Sanierung Kantonsschule Olten	I.A.	05						Dez. 15
	RRB / B+E							RRB / B+E	Dez. 11
	Fertigstellung Sanierung Kantonsschule Olten								Dez. 15
1136	Neubau Fachhochschule Olten Neubau Fachhochschule Olten gemäss Ausbaugarantie FHNW-Kantone	I.A.	10						Mrz. 13
	RRB B+E (Kreditbotschaft an den Kantonsrat, Stimmvolk)					Jun. 08	Jun. 08		
	Baubewilligung			Baubewilligung		Dez. 09	Dez. 09		
	Fertigstellung März 2013							Fertigstellung März	Mrz. 13
1147	Um- und Ausbau Kantonsspital Olten Um- und Ausbau Kantonsspital Olten	I.A.	05						Dez. 12
	Neues Bettenhaus im Rohbau erstellt					Dez. 08	Dez. 08		
	Neues Bettenhaus erstellt					Dez. 09	Dez. 09		
	Fertigstellung							Fertigstellung	Dez. 12
	Neuer Behandlungstrakt B im Rohbau erstellt								Dez. 10
	Fertigstellung								Dez. 12
1149	Sanierung Bürgerspital Solothurn Sanierung Bürgerspital Solothurn	I.A.	06						
	Wettbewerb durchgeführt					Dez. 08	Dez. 08		
	Vorprojekt			Verschiebegrund: Überarbeitung Bedürfnismodell		Dez. 09			
	RRB / B+E							Verschiebungsgrund: Überarbeitung Bedürfnismodell	Jun. 10
	Erneute Bedürfnis- und Standortüberprüfung								Dez. 11
	RRB / B+E, Volksbeschluss								Dez. 12
1151	Sanierung Psychiatrische Klinik Solothurn (Schlussetappe) Sanierung Psychiatrische Klinik Solothurn (Schlussetappe)	I.A.	05			Dez. 09			
	Sanierung Haus 2 gestartet			Sanierung Haus 2 gestartet		Dez. 08	Dez. 08		
	Bauabrechnung			Bauabrechnung		Jun. 10		Erstellung der Bauabrechnung verzögert sich wegen Konkurs eines Unternehmers	Jun. 10
	Bauabrechnung								Jun. 11
1206	Neubau Berufsschule Solothurn Neubau Berufsschule Solothurn	I.A.	09						Dez. 14
	Start Wettbewerb					Okt. 09	Dez. 09		
	Vorprojekt			Vorprojekt		Dez. 10			
	RRB / B+E, Volksbeschluss								Nov.
	Realisierung							Realisierung	Dez. 14
2966	Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten	I.A.	11			Jun. 13			
	RRB / B+E, Volksbeschluss							RRB / B+E, Volksbeschluss	Feb. 11
	Fertigstellung								Jun. 13
2969	Umbau Museum Altes Zeughaus Umbau Museum Altes Zeughaus	I.A.	11			Dez. 15			
	Wettbewerb							Wettbewerb Umbau	Dez. 11
	RRB / B+E							RRB / B+E (Kreditbeschluss)	Dez. 12
	Fertigstellung							Fertigstellung	Dez. 15

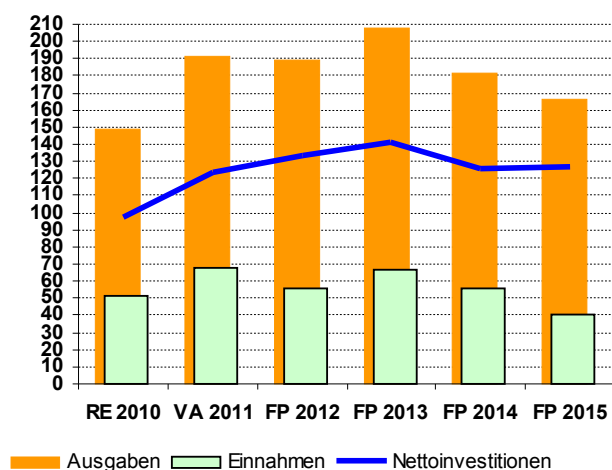
3.2.5 Finanzen (in Mio. Franken) Bau - und Justizdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudgets						
Aufwand	160.7	163.6	171.9	173.8	176.1	178.4
Ertrag	-47.3	-33.4	-36.0	-36.6	-36.9	-37.5
Globalbudgetsaldo	113.4	130.2	135.9	137.2	139.3	140.9
Verrechnungen	-24.7	-22.2	-32.5	-32.5	-32.5	-32.5
Saldo	88.7	108.0	103.4	104.6	106.7	108.4
Finanzgrössen						
Aufwand	63.2	70.0	81.4	95.2	89.6	90.3
Ertrag	-62.3	-84.8	-52.7	-53.4	-53.6	-53.7
Verrechnungen	-57.9	-56.6	-72.0	-72.8	-73.5	-74.2
Saldo	-56.9	-71.4	-43.4	-31.1	-37.5	-37.7
Saldo total	31.8	36.6	60.0	73.6	69.2	70.7

**Bemerkungen**

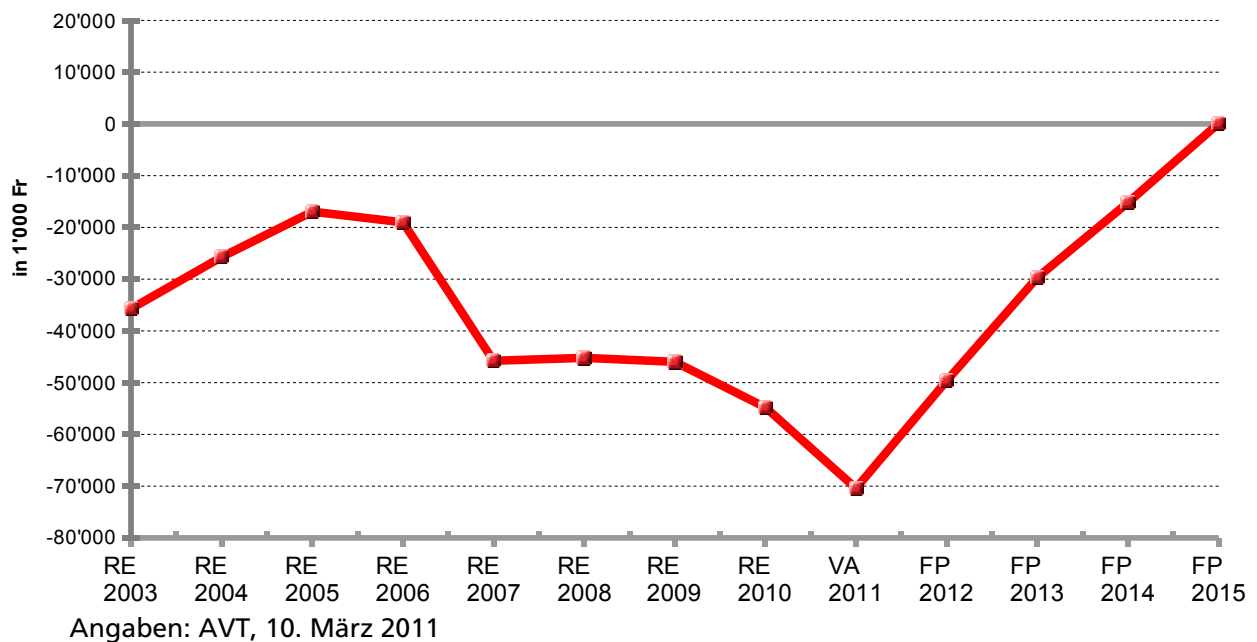
Mit der Einführung von HRM2 im Jahr 2012 werden die Nettoinvestitionen Hochbau neu linear nach Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibungen werden als Finanzgrösse ausserhalb des Globalbudgets Hochbauamt belastet und verursachen einen höheren Aufwand von rund 23.4 Mio. Fr.. Die Neubewertung der Mietzinse der soH AG nach REKOLE (Rechnungslegungsstandards der Spitäler) verursacht ab 2012 einen Minderertrag von rund 13.0 Mio. Fr..

Investitionsrechnung	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Total						
Ausgaben	148.6	191.8	189.4	208.1	181.4	166.8
Einnahmen	-51.7	-68.2	-55.7	-67.1	-55.3	-40.2
Nettoinvestitionen	96.9	123.6	133.7	141.0	126.1	126.5
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Bildung-Spitalbauten, MFK	44.0	56.6	81.9	82.1	68.7	69.5
Kantonsstrassenbau	47.8	51.5	37.8	37.9	43.1	40.0
Öffentlicher Verkehr	1.6	5.8	3.9	12.3	7.0	6.8
Umwelt	2.5	7.8	8.4	6.9	5.5	8.4
Geoinformationen	1.0	1.9	1.8	1.8	1.8	1.8

**Bemerkungen**

Die Grafik gibt die in den Planjahren hohe Investitionstätigkeit wieder (Entlastung Region Olten, FHNW Olten, Kantonsschule Olten, Justizvollzugsanstalt „im Schache“, Parkhaus Kantonsspital Olten sowie gesteigerte Investitionen im Bereich Wasserschutzbauten und öffentlichem Verkehr / Agglomerationsprogramme).

3.2.6 Entwicklung Strassenbaufonds



3.2.6.1 Entwicklung Strassenbaufonds mit Einführung HRM2

Die Einführung des neuen Rechnungslegungsstandards HRM2 und die Änderung des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung haben ab 2012 Auswirkungen auf die Spezialfinanzierungen. Gegenüber der alten Norm, nach welcher die spezialfinanzierten Investitionen sofort zu 100% abgeschrieben wurden, gelten nach den neuen Standards auch bei den spezialfinanzierten Investitionen differenzierende Regeln. Nach neuer Regelung werden alle Anlagen im Verwaltungsvermögen, auch jene der Spezialfinanzierungen, nach deren Nutzungsdauer linear mit 2.5% abgeschrieben. Im weiteren ist zu beachten, dass mit der Einführung HRM2 eine Anlagebuchhaltung geführt wird. Die Anlagen werden in den Klassen „Anlagen in Bau“ und „Anlagen in Betrieb“ geführt. Anlagen in Bau werden bis zu deren Fertigstellung nicht abgeschrieben. Gegenwärtig betrifft dies nur die Entlastung Region Olten ERO.

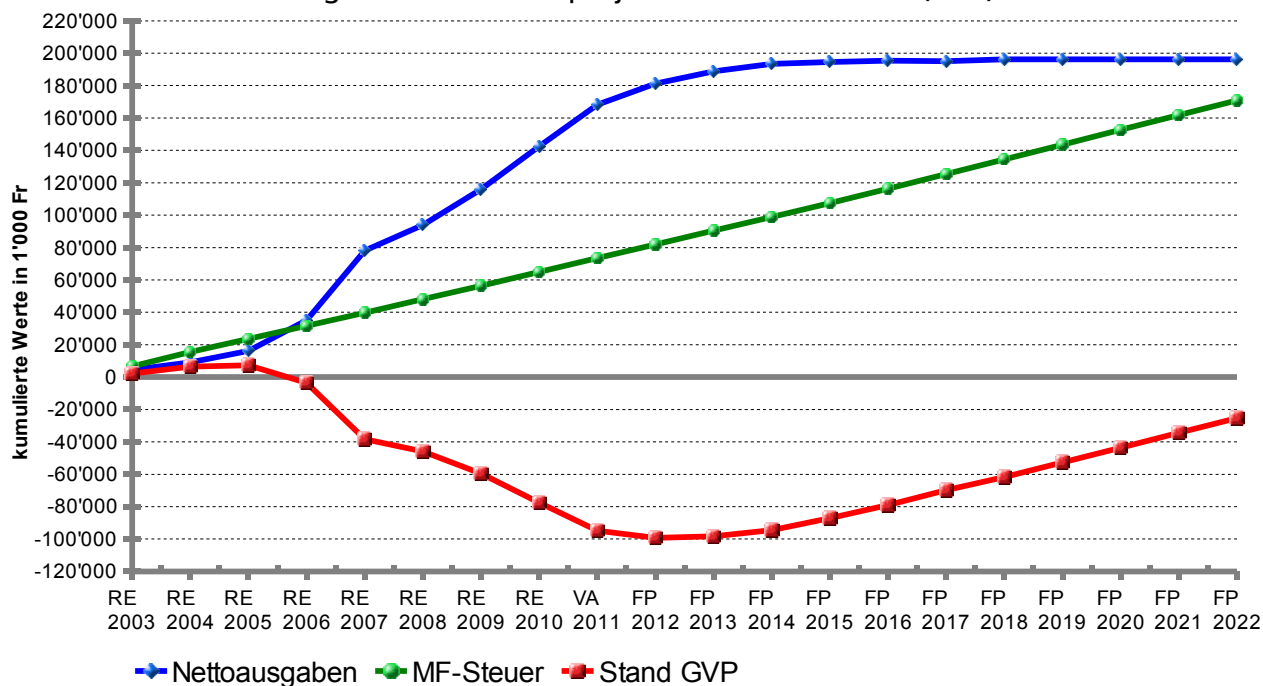
Die Darstellung der Entwicklung des Strassenbaufonds 2012 – 2015 unter Berücksichtigung der Auswirkungen von HRM2 erfolgte aufgrund des Wissenstandes zum Zeitpunkt der Erstellung des IAFP 2012 – 2015. Auf eine über die Planjahre 2012 – 2015 weitergehende Prognose der Entwicklung des Strassenbaufonds wird zurzeit aufgrund der Umstellung auf HRM2 verzichtet.

Im weiteren wird angenommen, dass unter HRM2 ab 2012 keine Verzinsung der Verschuldung der Spezialfinanzierung gegenüber dem allgemeinen Haushalt mehr erfolgt.

Der Verlustvortrag des Strassenbaufonds betrug Ende 2010 rund 54.8 Mio. Fr.. Mit der Umstellung auf HRM2 wird innerhalb der Finanzplanjahre – nach heutigem Wissensstand - die Fondsverschuldung abgetragen sein.

Gegenüber dem Ausweis des Strassenbaufonds 2012 im Vorjahr, ergibt die Berücksichtigung von HRM2 im 2012 eine Verbesserung von rund 37.0 Mio. Fr..

3.2.6.2 Stand Finanzierung Gesamtverkehrsprojekte Solothurn/Olten (GVP)



Angaben: AVT 10. März 2011

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15% erhoben. Der Zuschlag entfällt, wenn die dem Kanton anfallenden Projektkosten bezahlt sind, spätestens aber nach 20 Jahren im Jahr 2022. Mit Abschluss des Rechnungsjahres 2010 belief sich der Verlustvortrag der „Sonderrechnung Gesamtverkehrsprojekte“ auf 77.9 Mio. Fr. und wird nach Umstellung auf HRM2 in den Planjahren 2012 – 2015 einen geschätzten Tiefstand im Jahr 2012 von rund 99.2 Mio. Fr. erreichen. Der Zuschlag zur Motorfahrzeugsteuer bis ins Jahr 2022 wird nicht genügen, um die Gesamtverkehrsprojekte zu finanzieren. Im Jahr 2022 wird voraussichtlich ein Finanzierungsfehlbetrag von rund 25.4 Mio. Fr. bestehen.

3.3 Departement für Bildung und Kultur

3.3.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur mit seinen Schulen und Ämtern sorgt dafür, dass sich die Bildung in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richtet. Volksschule, Mittel- und Berufsschulen sollen den gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen folgen und entsprechend weiter entwickelt werden. Das Bildungsangebot soll dabei möglichst landesweit harmonisiert werden.

Die Chancengerechtigkeit (Equity) während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sekundarstufe II. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben, welche vom Kanton massgeblich subventioniert werden.

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert und das Kulturerbe gepflegt. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport, den Schulsport und allgemeine Bewegungsförderung unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität.

3.3.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 09 -13

1.1. Qualität der Bildung auf allen Stufensichern und weiterentwickeln

- 1.1.1 Schulleitungen der Volksschulen und kantonalen Schulen festigen
- 1.1.2 Bildungsstandort Kanton Solothurn stärken

1.2 Bildungsgerechtigkeit erhöhen und Bildungspotentiale fördern

- 1.2.1 Schuleingangsbereich neu gestalten
- 1.2.2 Tagesschulstrukturen flächendeckend ermöglichen / Familien fördern
- 1.2.3 Integration für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf optimieren (Sozio-ökonomische Benachteiligung, Fremdsprachigkeit, Hochbegabung)

1.3. Interkantonale Zusammenarbeit und Harmonisierung auf allen Schulstufen verstärken

- 1.3.1 Bildungswege interkantonale aufeinander abstimmen; Beitritte zum HARMOS-Konkordat und Sonderpädagogik-Konkordat
- 1.3.2 Lehrplan 21 einführen
- 1.3.3 Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz

3.5. Kulturelle Vielfalt pflegen

- 3.5.1 Zentralbibliothek Solothurn und Museum Altes Zeughaus infrastrukturell und konzeptionell stärken

- 3. Vermittlung von kantonalen Geschichte als Teil der Kulturpflege

3.3.3 Politische Ziele und Leistungen Departement für Bildung und Kultur

Die im IAFP 11-14 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 12-15

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere:

- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- weitere Verbesserung des Übergangs Schule/Berufswelt.

Diese notwendigen Anpassungsmassnahmen sind mitunter verantwortlich für den steigenden Kostenbedarf im Aufgabenbereich der Bildung. Als Gegenstück dazu muss die evidenzbasierte Steuerung des Bildungssystems weiter entwickelt werden. Mit dem nun vorliegenden ersten nationalen Bildungsbericht 2010 ist dazu ein wichtiger Schritt getan. Die projektierte nationale Bildungsstatistik wird dazu die Datenlage erweitern. Ziel ist ein Bildungsmonitoring, das Erkenntnis- und Datenlücken weiter schliesst und damit den politischen Entscheidungsträgern gute Grundlagen liefert für ihre Investitionen in das Bildungswesen.

Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung ist erkannt. Mit Beschluss KRB SGB 059/2007 wurde der Leistungsauftrag „Kultur und Sport“ erweitert und es wurden zusätzliche Mittel gesprochen. Zusätzlich wollen wir deshalb den Breitensport verstärkt fördern und suchen die aktive Zusammenarbeit mit den Gemeinden (lokale Bewegungs- und Sportnetze), Schulen (freiwilliger Schulsport), Sportvereinen und anderen Organisationen im Rahmen der subsidiären Projektmitfinanzierung.

Projektorientierte Fördermittel des Kantons gehen ausschliesslich zulasten des Lotterie- und Sport-Toto-Fonds (die Zahl der Unterstützungsgesuche steigt kontinuierlich). Hervorzuheben sind geplante Schwerpunktinvestitionen in die kulturellen Leuchttürme der Stadt Solothurn (Theater und Museen).

Die Einwohnergemeinde Solothurn kündigte vorsorglich per Ende 2006 den Vertrag vom 27.6./21.11.1995 über den Betrieb der Zentralbibliothek Solothurn (ZBS) zwischen Stadt und Kanton. Die ergänzenden Verhandlungen zwischen Stadt und Kanton i. S. Verteilschlüssel sind materiell abgeschlossen. Im 2011 kann die Unterzeichnung des neuen Stiftungsvertrages eingeleitet werden. Die Stiftungsform der ZBS wird beibehalten und formal so angepasst, dass der bisherige Vertrag zwischen Stadt und Kanton nicht mehr erneuert werden muss. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie klärte das Hochbauamt Möglichkeiten zur dringend nötigen Behebung des Raumbedarfes für Depot und Bibliothek. Die Arbeiten am Solothurner Namenbuch und an der kantonsgeschichte werden fortgeführt. Das Museum Altes Zeughaus muss baulich saniert werden, ebenso ist dessen wehrhistorische Sammlungspräsentation thematisch zu erneuern. Der Regierungsrat genehmigte am 10.8.2010 (RRB 2010/1432) das Museumskonzept. Für die Durchführung des Wettbewerbes „Umbau und Sanierung MAZ“ bewilligte der Kantonsrat mit Beschluss SGB 198/2009 am 26.1.2010 einen Kredit von 0.6 Mio. Fr. Zulasten des Lotteriefonds stellte der Regierungsrat zudem einen Beitrag von 2.5 Mio. Fr. für die Erneuerung der Dauerausstellung bereit. Ein besonderes Augenmerk gilt auch der Pflege der beiden Schlösser Waldegg (Feldbrunnen-St. Niklaus) und Wartenfels (Lostorf) sowie der Fortschreibung der Kantonsgeschichte.

Wir wollen weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Landeskirchen und des religiösen Friedens leisten. Dazu gehören die gesetzlich und konkordatär vorgesehenen Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen (insgesamt rund 1,0 Mio. Franken). Auf die im IAFP 06-09 vorgeschlagene Finanzierung über den Finanzausgleich Kirchgemeinden wurde im Kantonsrat nicht eingetreten.

3.3.4 Massnahmen

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel v. d. Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
651	geleitete Schulen (LP C1.1.1) Einführung geleitete Schulen ab 1.8.2006 gem. Volksabstimmung vom 24. April 2005; Übergangslösung bis Zieltermin 2010; es bedarf einer Gesetzesanpassung Aufbau der Leistungsvereinbarungen	Erl.	09		Dez. 10			
				Leistungsvereinbarungen sind zu 10 % aufgebaut.	Dez. 08	Dez. 08		
	Fortsetzung des Aufbaus der Leistungsvereinbarungen			Die Leistungsvereinbarungen sind aufgebaut.	Dez. 09	Dez. 09		
	Die kant. Schülerpauschale für die Schulleitungstätigkeit wird von heute Fr. 400 pro Schüler auf neu Fr. 560 gesetzt.			Die Schulleitungsverordnung wurde angepasst und tritt am 1.1.2011 in Kraft (RRB 2010/1603 vom 7.9.2010).	Dez. 10	Dez. 10		
671	Neukonzept Heilpädagogische Sonderschulen § 37 VSG Als Folge der NFA fallen ab 2008 die IV-Beiträge im Umfang von rund 40 Mio. Franken weg. Das DBK hat für die Heilpädagogischen Sonderschulen ein Neukonzept erarbeitet, das derzeit in Vernehmlassung ist, mit schrittweiser Umsetzung 2006 bis 2009 und Einführung Verordnungen sind teilweise angepasst	Erl.	09		Aug. 10			
				Die Grundlagen für die Verordnungen liegen vor	Dez. 08	Dez. 08		
	Verordnungen sind angepasst			Die Verordnungen wurden weiter angepasst.	Dez. 09	Dez. 09		
	Die Verordnungen sind vollständig angepasst. Wirkung ab 1.8.2011			Erledigt	Dez. 10	Dez. 10		
681	Anstellungsbedingungen Lehrpersonen Anstellungsbedingungen Lehrpersonen (Tertiarisierung, Basisstufe): Die neue Lehrkräfteausbildung an der Pädagogischen Hochschule wirkt sich auf Lehrberechtigungen aus und führt zu einer Überprüfung der Besoldungen	I.A.	09		Aug. 08			
	Projekt ZULESYS ist initiiert			Projektorganisation und Projektfreigabe sind noch offen; Lead beim Personalamt Projekt ZULESYS (Zuweisung der Lehrpersonen System Besoldung)	Dez. 08	Dez. 08		
	Arbeiten zur Anpassung GAV sind abgeschlossen			Der Lead liegt beim Personalamt.	Dez. 09	Dez. 09		
	Der GAV ist angepasst und ab 1.8.2011 wirksam.			GAV Anpassungen laufen.	Dez. 10			
	Abschluss der GAV Anpassungen							Dez. 11

Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

[illegible]

Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
696	HarmoS (LP C1.3.1) HarmoS: EDK-Bildungsstandards (2., 6., 9. Klasse). Konkordatsbeitritt ab 2008. Leistungsvergleiche der Schulen, Beteiligung am Deutschschweizer Lehrplan für die Volksschule. Vernehmlassung durchführen	I.A. 10					Aug. 15
	Volksabstimmung zum Beitritt im Sommer 2010		Die Vernehmlassung wurde durchgeführt und weiteres Vorgehen festgelegt RRB 2009/1112 22.6.2009. B+E zum Konkordatsbeitritt und Änderung der Kantonsverfassung sowie des Volksschulgesetzes mit RRB 2009/2450 15.12.2009 beschlossen.	Dez. 09	Dez. 09		
	Arbeiten zur Umsetzung des HarmoS Konkordats.		Das Solothurner Stimmvolk hat am 26.9.2010 mit 58 % dem Beitritt zum HarmoS Konkordat zugestimmt.	Dez. 10	Dez. 10		Dez. 11
	Alle Kinder im Kindergartenalter besuchen den Kindergarten						Jul. 13
700	Leistungsbewertung und Selektionsmodus im Primarschulbereich (LP C1.3.3) Volksschule: Abklärungen bezüglich der Leistungsbewertung und dem Selektionsmodus im Primarschulbereich und gegebenenfalls Einführung von Schulnoten ab der 1. Klasse. Die Volksschule regelt Selektion, Förderung und Beurteilung. Abschlusszertifikat abgestimmt auf HarmoS entwickeln.	I.A. 09					Dez. 11
	Entwicklung und Erprobung des Abschlusszertifikats		Projekt in Bearbeitung.	Dez. 08	Dez. 08		
	neue Promotionsordnung erarbeiten		Der Regierungsrat hat mit Beschluss 2009/2303 dem Schulversuch "Testlauf Abschlusszertifikat" während der Schuljahre 2010/2011 bis 2013/2014 und der Bewilligung des Verpflichtungskredites zugestimmt und B+E an den Kantonsrat verabschiedet.	Dez. 09	Dez. 09		
	Neue Promotionsordnung ist erarbeitet und in Kraft. Wirksamkeit ist mit der Sek-I-Reform gekoppelt.		Mit Verfügung vom 12.7.2010 hat das DBK das Laufbahnreglement für die Volksschule verabschiedet. Es tritt am 1.8.2011 in Kraft.	Dez. 10	Dez. 10	Mit Verfügung vom 12.7.2010 hat das DBK das Laufbahnreglement für die Volksschule verabschiedet. Es tritt am 1.8.2011 in Kraft.	Aug. 11

Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
980	Tagesschulstrukturen (LP C.1.2.2) Kantonale Rahmenbedingungen für schulergänzende Betreuungsformen sind verabschiedet. Bedarfsgerechte Angebote realisieren. B+E dem Parlament zur Verabschiedung vorlegen Der Kantonsrat hat den Gegenvorschlag des Regierungsrates abgelehnt. Die Initiative wird dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Der Kantonsrat empfiehlt dem Volk den ausformulierten Initiativtext abzulehnen (Beschluss VI 152/2007 vom 3.11.2010). Es wurde eine Abstimmungsbotschaft erarbeitet. Die Volksabstimmung findet am 13.2.2011 statt. Volksabstimmung am 13.2.2011 und Umsetzung	I.A.	10					Jul. 13
					Dez. 10	Dez. 10		
982	Familien fördern (LP C1.2.2) Standardisierte Produkte auch im Kanton Solothurn einführen (z.B. Elternbildungskurse; Zusammenarbeitsverträge mit der Schule). Ziel ist es, Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen und deren Zusammenarbeitspflicht mit der Schule Bewusst zu halten und einzufordern. Umsetzung der Schulvereinbarungen vorbereiten. Mit Weisungen DBK vom 4.2.10 zur Einführung der Schulvereinbarungen vorbereitet. Entwürfe für Schulen liegen vor. Alle Schulen haben einen Zusammenarbeitsvertrag Schule-Eltern-Kind	I.A.	10					Dez. 11 Aug. 13
					Dez. 10	Dez. 10		
								Dez. 11
								Aug. 12
986	Lehrplan 21 (LP C1.3.2) Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan für die obligatorische Volksschule der deutschsprachigen Schweiz. Einführung und Weiterbildung der Lehrpersonen. Ziele: Verbesserung der Sek-II-Anschlüsse, Abbau von Mobilitätsschranken. RRB zum Beitritt zur Verwaltungsvereinbarung über die Durchführung des Erarbeitungsprojektes für einen sprachregionalen Lehrplan Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan 21	I.A.	10					Jul. 13
				Mit RRB 2010/931 vom 25.5.2010 beschlossen.	Dez. 10			
							gem. Projektplan	Jul. 14
683	Lehrstellenmarketing Bis Ende 2008 sollte im Kanton Solothurn bei möglichst vielen Berufen eine Attestausbildung angeboten werden. Finanzbedarf keiner, da Ablösung von Anlehen. Personelle Ressourcen: Vereinbarung Lehrstellenförderung mit Gewerbeverband. Bei möglichst vielen Berufen ist eine Attestausbildung möglich. Attestausbildungen werden sukzessive eingeführt sobald die entsprechenden Vorgaben des BBT vorliegen. Attestausbildungen werden weiter nach den Vorgaben des BBT laufend eingeführt.	Erl.	09		Dez. 09			
				Attestausbildungen werden sukzessive eingeführt, sobald die entsprechenden Vorgaben des BBT vorliegen.	Dez. 08	Dez. 08		
				Attestausbildungen wurden laufend nach den Vorgaben des BBT eingeführt.	Dez. 09	Dez. 09		
				Die in der Leistungsvereinbarung mit dem Kantonalen Gewerbeverband vereinbarten Ziele wurden erfüllt.	Dez. 10	Dez. 10		

Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren
704	Case Management Berufsbildung Case Management Berufsbildung / Prävention von Jugendarbeitslosigkeit	I.A.	09		Dez. 10		
	Detaillkonzept erarbeitet; rollende Einführung gestartet CMBB-Konzept durch BBT im Oktober 2007 genehmigt. Projektorganisation installiert (DBK, Ddl, VWD). Massnahmen CMBB planmässig im Gang (u.a. Berufswahlplattform, Berufsvorbereitungsjahr, Startpunkt Wallierhof).				Dez. 08	Dez. 08	
	Weiterführung und -entwicklung der Massnahmen CMBB-Grobkonzept durch BBT im Oktober 2007 genehmigt. Projektorganisation (DBK, Ddl, VWD) installiert. Umsetzungskonzept erstellt.				Dez. 09	Dez. 09	
	Detaillkonzept umgesetzt. CM-BB Beratungsbetrieb läuft seit Mai 2010. Die massgebenden Partner sind über das Projekt informiert.				Dez. 10	Dez. 10	
	Weiterführung der Umsetzungsarbeiten gem. Vorgaben BBT.						Dez. 11
706	Wiedereinführen Lehrlingsturnen Wiedereinführen Lehrlingsturnen im BBZ Solothurn-Grenchen	I.A.	09				Dez. 11
	Wiedereinführen Lehrlingsturnen ab Schuljahr 07/08 und Realisierung der Turnhallenbauten auf die Jahre 2012/2013 Der Sportunterricht am BBZ in Solothurn wird ab dem Schuljahr 07/08 einlaufend wieder eingeführt. Der Mietvertrag für die Sporthallen (CIS) wurde angepasst und verlängert. Die Investitionspriorisierung für Turnhallebauten ist von bisher B auf A gesetzt.				Dez. 08	Dez. 08	
	Planungen für die Sporthallen in Grenchen sind in Zusammenarbeit mit der Stadt Grenchen eingeleitet. Sporthallen in Solothurn und Grenchen sind in den Investitionsplan aufgenommen. Bedarfplanungen sind erstellt.				Dez. 09	Dez. 09	
	Abklärungen mit der Stadt Grenchen betreffend Mietlösung. Abklärung von Optionen Standort Solothurn. Abklärungen mit der Stadt Grenchen (HBA) laufen. Verhandlungen für längerfristige Mietlösungen CIS-Hallen in Solothurn im Gang.				Dez. 10	Dez. 10	
	Weiterführung Abklärungen für Mietlösungen.						Dez. 11
708	Reform der Maturitätsausbildung Anpassung der Maturitätsausbildung	Erl.	09		Dez. 10		
	Die Maturitätsgänge sind gem. den Vorgaben Bund und EDK anzupassen.				Dez. 08	Dez. 08	
	Aufgrund der Vorgaben von Bund und EDK vom Juni 2007 wurden die Maturitätsgänge teilweise angepasst.				Dez. 09	Dez. 09	
	Fortsetzung der Anpassung der Maturitätslehrgänge Mit RRB 2009/2453 vom 15.12.2009 wurden die Stundentafeln der Maturitätslehrgänge an die Erkenntnisse der verschiedenen Evaluationen angepasst.				Aug. 10	Aug. 10	
	Umsetzung der Reform einlaufend ab Schuljahr 2010/2011; dazu Anpassungen an Reglementen Die Verordnungsänderungen sind beschlossen und in Kraft (RRB Nr. 2010/769 und 2010/770 vom 27.4.2010).				Aug. 10	Aug. 10	
712	Einführung bilingualer Unterricht Einführung bilingualer Unterricht an den Kantonsschulen	I.A.	09		Aug. 10		
	Stufenweise Einführung des bilingualen Unterrichts Vorarbeiten, welche die zweisprachige Maturität nach den EDK-Vorgaben an den Kantonsschulen ermöglichen, sind durchgeführt				Dez. 08	Dez. 08	
	Stufenweise Einführung des zweisprachigen Unterrichts Schulversuch für zweisprachige Maturität (D/E) an der Kantonsschule Olten vom DBK mit Beginn in den Jahren 2009-2012 bewilligt. Anerkennungsgesuch bei der EDK eingereicht.				Dez. 09	Dez. 09	
	Die zweisprachige Maturität ist an den Kantonsschulen ab 2010 möglich. Eidg. Anerkennung der bilingualen Matur an der Kanti Olten liegt vor. An der Kanti Solothurn wird der Schulversuch mit dem Schwerpunkt Fach Englisch weitergeführt.				Aug. 10	Aug. 10	
	Klärung der künftigen Angebote an der Kanti Solothurn (Schwerpunktfach Englisch, bilinguale Matur, IB)						Dez. 11

Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

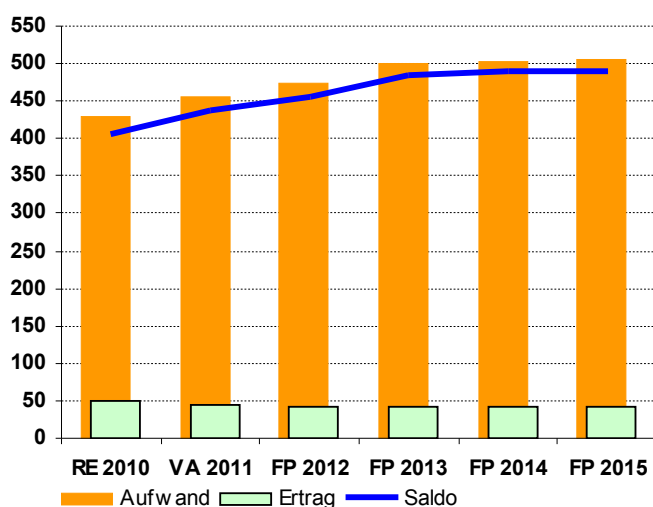
Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
984	Integration für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf optimieren (LP C1.2.3) Sozio-ökonomischer Benachteiligung, Fremdsprachigkeit, Hochbegabung begegnen. Förder- und Unterstützungsmassnahmen ab dem Kindergarten, ev. bereits im Frühbereich, teilweise neu erarbeiten, konsequent und gezielt einsetzen. Vorbereitung auf Berufs- und Mittelschulbildung mit der Reform Sek I verbessern; Weiterentw. des Bildungsangebotes Tertiärstufe Tertiärabschlussquote: Anzahl Abschlüsse Hochschulen, Fachhochschulen, höhere Berufsbildung steigern	I.A.	10	Umsetzung Reform Sek I ist vorbereitet.	Dez. 10			Jul. 13
988	Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen (LP C3.2.1) Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch bessere Integration der Jugendlichen mit schulischen, sprachlichen und sozialen Problemen in den Arbeitsmarkt. Vorbereitung auf Berufs-+Mittelschulbildung mit Reform Sek I verbessern; Weiterentw. Berufsbildungsangebot im nationalen Rahmen. Umsetzung Reform Sekundarstufe I ist vorbereitet. Weiterentwicklung Integrationskurse und Brückenangebote in Arbeit. Abschlussquote Sek-II liegt über 95 %	I.A.	10		Dez. 10	Dez. 10		Jul. 13
716	Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus (LP C3.5.1) Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus zum kulturhistorischen Museum des Kantons umgestalten. Erarbeitung Konzept Museumspolitik. Ergänzung des Leistungsauftrages MAZ. Neugestaltung Bericht der Planungskommission. Vernehmlassung durchführen und Umsetzung vorbereiten. Abteilung Kulturpflege im AKS schaffen. Der RR nahm Kenntnis vom Pflichtenheft der Planungskommission und hat den Auftrag zur Erarbeitung eines Museumskonzeptes MAZ erteilt (RRB 2009/1253 vom 30.6.09). Solothurn. Museumsverbund am 23.11.09 in Grenchen gegründet. Metallatelier und Dokumentation sind aufgebaut und gesichert. Erarbeitung Konzept z. Umbau und Sanierung MAZ erteilt; Bericht Planungskommission liegt vor, Investitionsbedarf wird abgeklärt. Museumskonzept mit RRB 2010/1432 genehmigt. Die Fassaden- und Dachrenovation ist abgeschlossen. Das Wettbewerbsprogramm Umbau liegt vor, die Geschäftsleitung wurde reorganisiert. Beginn des Umzuges der Bestände MAZ ins Depot; Wettbewerbe Umbau und Gestaltung durchführen und Preisträger bestimmen.	I.A.	10	Strategiepapier für die künftige Vermittlung kant. Geschichte mit RRB 2008/2054 vom 25.11.08 zur Kenntnis genommen.	Dez. 08	Dez. 08		Dez. 10
720	Geschichte des Kantons Solothurn im 19. und 20. Jahrhundert Geschichte des Kantons Solothurn im 19. und 20. Jahrhundert bearbeiten. Zulasten Lotter- und Sport-Toto-Fonds Produktion Teilband 19. Jahrhundert gem. Plan Die Arbeiten schreiten planmässig voran. Der Teilband 19. Jahrhundert erscheint im Winter 2009. Kreditfreigabe teilweise für Bände zum 20. Jh. beschlossen RRB Produktion Teilband 19. Jahrhundert Produktion ist mit Ausnahme der Bildredaktion abgeschlossen. Satz in Bearbeitung, Buchproduktion in Zusammenarbeit mit Drucksachverwaltung eingeleitet. Rechenschaftsbericht vom RR mit RRB 2009/509 vom 24.3.2009 zur Kenntnis genommen.	I.A.	09		Dez. 08	Dez. 08		Dez. 14

Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll- Termin	IST- Termin	Planung	Soll- Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
720	Die Abschlussarbeiten für die Herstellung von Teilband IV.2 haben sich verzögert, weil die Publikation grafische und redaktionelle Zusatzarbeit erforderte, welche in diesem Ausmass nicht voraussehbar war. Weiter hat sich die Auswahl und Beschriftung der Bilder anspruchsvoller gestaltet als geplant war. Die Buchvernissage wird im Frühjahr 2011 stattfinden.			Aug. 10	Dez. 10		
	Publikation und Buchvernissage im Frühjahr 2011						Dez. 11
	Gesamtwerk wird 2014 abgeschlossen RRB 2005/160 vom 18.1.2005						Dez. 14
724	Zentralbibliothek Solothurn (LP C3.5.1) Zentralbibliothek Solothurn als Stadt-, Regional- und Kantonsbibliothek erhalten, Erneuerung des Zusammenarbeits- und Beitragsvertrages (RRB)	I.A. 10		Dez. 10			
	Vertragsabschluss Neuer Verteiler zwischen Kanton und Stadt Solothurn ausgehandelt. Der Vertrag wird im 2009 abgeschlossen SGB 127/2008.			Dez. 08	Dez. 08		
	Vertragsabschluss Anpassung Verteilschlüssel mit der Stadt Solothurn ausgehandelt. Kantonsrat hat mit Bewilligung des GB "Kultur und Sport" davon Kenntnis genommen SGB 127/2008. Vertragsabschluss verzögert sich.			Dez. 09	Dez. 09		
	Verhandlungen mit der Stadt Solothurn abschliessen. Regionsgemeinden sind stärker einzubinden. Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Verhandlungen mit der Stadt Solothurn in Sachen Zentralbibliothek Solothurn (ZBS) kommen voran. Der Stiftungsrat der ZBS hat an seiner Junisitzung dem Planungspapier zugestimmt. Die Stiftungsform soll beibehalten werden. Der Charakter der Stiftung als Institution mit eigener Rechtspersönlichkeit wird stärker gewichtet. Die Stiftung wird fortan mit den Partnern (dem Kanton, der Stadt und den Regionsgemeinden) Leistungsvereinbarungen abschliessen. Dadurch ist es nicht notwendig, den gekündeten Vertrag vom 27. Juni/21. November 1995 über die Beitragsleistung an die ZBS durch Kanton und Stadt zu erneuern. Es ist auch vorgesehen, den Stiftungsrat zu verkleinern. Die Änderung der Statuten der Stiftung ZBS unter Federführung der Stadt Solothurn wurde eingeleitet.			Dez. 10	Dez. 10		
	Die Verträge und der Verteilschlüsse liegen im Entwurf vor und können verabschiedet werden.						Dez. 11
996	Vermittlung von kantonaler Geschichte als Teil der Kulturpflege (LP C3.5.2) Schaffung eines Netzwerkes für den Umgang mit Geschichte und mobilem Kulturgut.	I.A. 10					Jul. 13
	Konzeption des Anteils auf Schloss Waldegg zum Museum der Ambassade und Präsentation des Konzeptes vor der Waldegg-Kommission Museumsfabrik Luzern präsentierte am 5.11.2010 das Museumskonzept Schloss Waldegg "Wer zieht am Faden? Ambassadoren und Patrizier in Solothurn". Das Museumskonzept wurde gutgeheissen und die Umsetzung frei gegeben.			Dez. 10	Dez. 10		
	Museumsverbund ist eingeführt Gründungsversammlung im November 2009. Museumsverbund wird mit Beiträgen aus dem Lotteriefonds unterstützt (RRB 2010/2325). Das erste Jahrestreffen fand am 6.9.2010 im Museum Blumenstein in Solothurn statt.						Jul. 13
	Umsetzung mit einem Kostendach von KFr. 450 wird Gegenstand der Finanzplanung 2012-2014. Realisation im Jahr 2012 und 2013.						Dez. 13

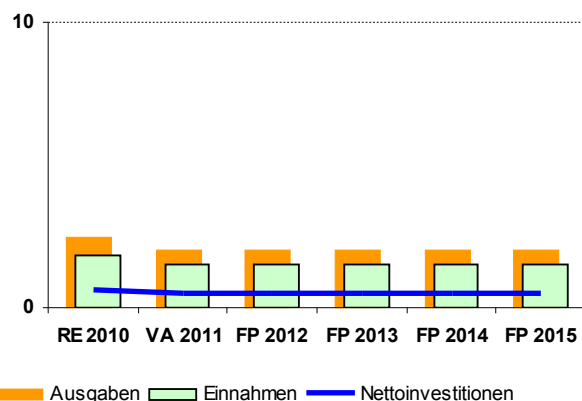
3.3.5 Finanzen in Mio. Franken Departement für Bildung und Kultur

Erfolgsrechnung	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudgets						
Aufwand	189.6	192.4	196.4	199.4	201.0	202.5
Ertrag	-42.6	-38.5	-37.2	-35.8	-35.0	-34.9
Globalbudgetsaldo	147.1	153.9	159.2	163.6	166.1	167.6
Verrechnungen	26.7	26.0	26.0	26.0	26.0	26.0
Saldo	173.8	180.0	185.2	189.6	192.0	193.6
Finanzgrössen						
Aufwand	238.8	262.5	277.1	299.8	302.0	303.4
Ertrag	-6.7	-5.8	-5.8	-5.8	-5.8	-6.1
Verrechnungen	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Saldo	232.3	256.9	271.6	294.2	296.4	297.5
Saldo total	406.2	436.9	456.8	483.8	488.5	491.0

**Bemerkungen**

Der Anstieg in den Jahren 2011 bis 2013 ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Beiträge an Gemeinden für geleitete Schulen, Umsetzung des Heilpädagogischen Konzeptes, nationale und regionale Bildungsprojekte sowie höhere Schulgelder zurückzuführen.

Investitionsrechnung	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Total						
Ausgaben	2.5	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Einnahmen	-1.8	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Nettoinvestitionen	0.6	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
Einzelne Nettoinvestitionen						
Stipendien	0.3	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5

**Bemerkungen**

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

3.4 Finanzdepartement

3.4.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Finanzdepartement ist einerseits für die Ressourcen verantwortlich. Die Querschnittsämtler im Finanz-, Informatik- und Personalbereich sind interne Dienstleister für die ganze Verwaltung. Sie nehmen Beratungs- und Koordinationsaufgaben wahr. Andererseits werden im Finanzdepartement Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne durch das Steueramt und die Amtschreibereien erledigt. Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amtschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben. Alle Dienststellen werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt.

Innerdepartementale Koordination:

Departementssekretariat

Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:

Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation;

Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne:

Kantonales Steueramt, Amtschreibereien

Administrativ unterstellte Dienststellen mit Aufsichtsfunktion:

Kantonale Finanzkontrolle, Amtschreiberei-Inspektorat

Folgende finanzielle Grössen werden im Finanzdepartement geführt:

Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen, Buchgewinne und kantonale Steuern.

3.4.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09

1.4. Nachhaltige Finanzpolitik

1.4.1 Eigenkapital und somit Handlungsspielraum erhalten

3.4.3 Politische Ziele und Leistungen Finanzdepartement

In der Planungsperiode erwarten wir aus verschiedenen Gründen eine Verschlechterung der Finanzlage.

Einerseits sehen wir auf der Ertragsseite grössere Ausfälle. Die aktuelle Wirtschaftslage hat einen Rückgang der Steuererträge der juristischen Personen zur Folge. Die Befreiung von selbst genutztem Wohneigentum von der Handänderungssteuer wird ebenfalls zu Steuerausfällen führen. Aufgrund der jährlichen Neuberechnung rechnen wir zudem mit einem Rückgang des Ertrags aus dem NFA-Ressourcenausgleich. Die vergangenen Krisenjahre fliessen ab 2012 in die Berechnungsgrundlage ein, in welchen die finanzstarken Kantone einen geringeren Beitrag beisteuern.

Andererseits erwarten wir grössere Mehrkosten. Dies infolge von Projekten im Bildungsreich, z.B. HarmoS, Tagesschulstrukturen, Fremdsprachen und Sozialpädagogik, sowie durch die jährliche Kostensteigerung im Sozial- und Gesundheitswesen. Der Kanton Solothurn kann einen grossen Teil dieser Mehrkosten nicht direkt beeinflussen.

Um das Eigenkapital und den finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten, muss die bewährte vorsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre beibehalten werden. Durch das professionelle Finanzmanagement und die solide Budgetführung wurde der Kanton Solothurn durch die Ratingagentur Standards & Poor mit dem sehr guten Rating „AA +“ bewertet. Dies trotz den verschlechterten Finanzaussichten und der Deckungslücke bei der Pensionskasse. Dieses Rating sollte der Kanton halten können. Es zwingt zu einer gesunden Finanzpolitik und ist bei allfällig notwendigen Fremdmittelaufnahmen hilfreich.

3.4.4 Massnahmen

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt				Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)	Bemerkung / Indikatoren	Bemerkungen / Indikatoren							
599	Überprüfung Staatsbeiträge (LP 1.4.1) Rollende Überprüfung der Wirksamkeit und Notwendigkeit von Staatsbeiträgen. Projekt wurde in einen Dauerauftrag umgewandelt Datenbank wird periodisch überprüft und aktualisiert Datenbank Staatsbeiträge überprüfen und aktualisieren	DA 06				Dez. 09	Dez. 09			Dez. 11
815	Änderungen WoV-Gesetzgebung Einführung neue Rechnungslegungsstandards nach HRM2 und Anpassung der WoV-Vo Festlegen Standards Detailkonzept erarbeiten WoV-Gesetz verabschieden Umsetzung Vorstoss Schneider (PPP) Review durch externen Partner Inkraftsetzung der WoV-Vo Bilanzbereinigung durchführen Produktivsetzung von HRM2 Schlussbericht zu Einführung HRM2	I.A. 11	Standard HRM2 festgelegt Konzept Aufbau Anlagebuchhaltung, Kontenplan, Rechtliches	Mrz. 09 Dez. 10	Mrz. 09 Dez. 10			RRB und KRB betreffend Rechtsgrundlage für Public-Private-Partnership-Finanzierungen (PPP-Finanzierungen) Änderungen der WoV-Vo inkraftsetzen		Jun. 12 Mrz. 11 Jun. 11 Sep. 11 Sep. 11 Dez. 11 Jan. 12 Jun. 12
1272	Beteiligungstrategie / Public Corporate Governance Zielgerichtetes Risikomanagement bei den Beteiligungen Richtlinien in WoV-Handbuch	Erl. 10		Sep. 10						
			Richtlinien erlassen mit RRB Nr. 2010/326 vom 23.2.10	Mrz. 10	Feb. 10					
2713	Reorganisation AIO und Einführung neuer Desktop Optimierung der Organisation AIO und Ablösung des Open-Desktop durch den Windows-Desktop Detailkonzept erstellen Pilotbetrieb Reorganisation AIO und Umsetzung Kundenmanagement Einführung neuer Desktop bei der ersten Dienststelle Gesamte Verwaltung umgestellt	I.A. 11						Reorganisation AIO mit Erhöhung des Pensenbestandes und Umsetzung des Kundenmanagement (Service Desk)		Dez. 12 Mrz. 11 Jun. 11 Jun. 11 Sep. 11 Dez. 12
812	Statutenrevision PKSO Anpassung an Bundesrecht und Umsetzung Vorgaben Verwaltungskommission Handlungsbedarf ermittelt Vernehmlassung B+E verfasst Beschluss Kantonsrat und Delegiertenversammlung B+E verfasst Beschluss Kantonsrat und Delegiertenversammlung	I.A. 11	Handlungsbedarf ermittelt Verschiebegrund: VK-Ablehnung Verschiebegrund: VK-Ablehnung	Dez. 09 Mrz. 10 Mrz. 10 Sep. 10	Dez. 09			B+E verfasst und VK-Beschluss		Sep. 11 Dez. 12 Mrz. 11 Sep. 11
1263	Stabilisierung Deckungsgrad Pensionskasse Massnahmen erarbeiten und Fehlbeträge zuweisen Entscheidungsgrundlagen erarbeiten Gesetz über die PKSO	I.A. 11	Verschiebegrund: Projektverzögerung	Dez. 10				Verschiebegrund: Projektverzögerung		Dez. 12 Jun. 11

Massnahmen Finanzdepartement

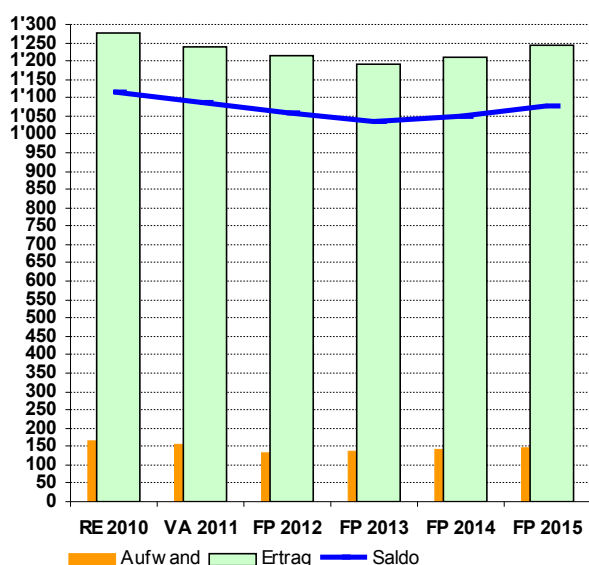
Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Soll-Termin	IST-Termin	Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren				Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin
1265	Teilrevision Gebührentarif Anpassung Tarife an aktuelle Rahmenbedingungen Kantonsratsbeschluss	I.A.	10	Kantonsratsbeschluss RG 004/2009 vom 10.11.2010	Sep. 10		Nov. 10		Jan. 11
	Inkraftsetzung								Jan. 11
1273	Überprüfung Umsetzung IT-Strategie Optimierung Umsetzung IT-Strategie und Organisation AIO Ergebnisse Überprüfung Umsetzung IT-Strategie Ergebnisse Überprüfung Organisation AIO Projektplan für Umsetzung Massnahmen	Erl.	10		Dez. 10				
					Jul. 10		Jul. 10		
					Okt. 10		Jul. 10		
					Dez. 10		Dez. 10		
2732	Teilrevision EG ZGB Anpassung des Einführungsgesetzes an die Teilrevision ZGB (Immobiliarsachenrecht) und Umsetzung in Prozesse Vernehmlassung RRB Änderung GB-Verordnung Kantonsratsbeschluss B+E verfasst Umsetzung in Amtschreibereien Inkraftsetzung	I.A.	11						Jan. 12
								Vernehmlassung der Gesetzesänderungen	Mrz. 11
									Sep. 11
									Sep. 11
									Sep. 11
									Jan. 12
									Jan. 12
496	Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage Messen der Mitarbeitendenzufriedenheit und Erarbeiten von notwendigen Verbesserungsmassnahmen Berichterstattung über 2. MAZ an RR Berichterstattung über 2. MAZ an RR 3. MAZ durchgeführt 3. MAZ ausgewertet Massnahmen aus 3. MAZ definiert Berichterstattung über 3. MAZ an RR	I.A.	11	Berichterstattung des PA an RR mit Brief vom 25.10.10	Sep. 10		Okt. 10		Dez. 14
									Sep. 11
									Dez. 13
									Jun. 14
									Dez. 14
									Sep. 15
581	Flexibler Altersrücktritt Möglichkeiten für flexiblen Altersrücktritt zwischen 58 und 67 ausarbeiten; Massnahmen mit Sozialpartnern im GAV vereinbaren (Änderung GAV) Anpassung GAV Schriftliche Zustimmung der Verbände Einführung in der Verwaltung (ohne Schulen und Spitäler) Einführung bei Schulen und Spitäler AG	I.A.	06		Mrz. 10		Mrz. 10		Sep. 13
					Mrz. 10		Mrz. 10		
					Sep. 10		Sep. 10		
									Sep. 13
583	Marktkonformität Löhne Marktkonformität der Löhne verbessern Projekt wurde in einen Dauerauftrag umgewandelt Lohnvergleich Lohnvergleich durchführen	DA	06	Lohnvergleich erstmalig erfolgt; RRB Nr. 2007/1944 vom 20.11.2007 Vergleich erfolgt künftig jährlich	Dez. 07		Nov. 07		Dez. 11
									Dez. 11
1285	Optimierung Mitarbeitendengespräch Optimierung Mitarbeitendengespräch und Leistungsgerechtigkeit GAV-Änderungen mit GAVKO verhandelt Info-Veranstaltungen in den Departementen durchgeführt Schulungen durchgeführt Schulungen durchgeführt 1. Audit zum neuen System durchgeführt 1. Audit zum neuen System durchgeführt	I.A.	11	entfällt entfällt	Jun. 10 Sep. 10		Jun. 10 Sep. 10	Verschiebegrund: Konzeptänderung Verschiebegrund: Projektverzögerung und Konzeptänderung	Mrz. 11 Mrz. 12 Sep. 13 Sep. 14
1291	Ausbildungskonzept Umsetzung des mit RRB Nr. 2009/2084 vom 17.11.2009	I.A.	11						Dez. 11

Massnahmen Finanzdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
1291	Umsetzung der Module Projektmanagement und Fachführen						Umsetzung in Zusammenarbeit mit der FHNW	Dez. 11
1297	Personalcontrolling Controlling neuer und bestehender Personalführungsinstrumente aufgebaut	Erl.	05					Dez. 12
	Weiterentwicklung Personalcontrolling mit RRB Nr. 2006/1640 vom 5.9.2006 beschlossen				Sep. 06	Sep. 06		
	Konzept Anwendung Personalrecht erarbeitet Projekt wird aus Kosten-Nutzenüberlegungen nicht mehr weiterverfolgt				Sep. 10	Dez. 10		
	Konzept Anwendung Lernendenausbildung umgesetzt Projekt wird aus Kosten-Nutzenüberlegungen nicht mehr weiterverfolgt							Dez. 12
	Konzept Einführung neuer Mitarbeitenden umgesetzt Projekt wird aus Kosten-Nutzenüberlegungen nicht mehr weiterverfolgt							Dez. 12
	Konzept Anwendung Personalrecht umgesetzt Projekt wird aus Kosten-Nutzenüberlegungen nicht mehr weiterverfolgt							Dez. 12
2662	Vereinfachung Kündigungsverfahren im Kaderbereich Die Bewährungsfrist innerhalb des Kündigungsverfahrens soll im Kaderbereich bei zerstörtem Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eliminiert werden. Konsens in GAVKO erreicht	I.A.	11					Jun. 12
	RRB						Verhandlungen in der GAVKO geführt und Konsens erreicht	Dez. 11
	GAV-Zustimmungsverfahren und Feststellungsbeschluss						RRB verabschiedet	Mrz. 12
2670	Zuweisung Lehrpersonen in Einreihungssystematik Harmonisierung der Einreihungen von Lehrpersonen im Bereich der Volks-, Mittel- und Berufsschulen mittels Einreihungssystematik (ZULESYS).	I.A.	11					Jun. 11
	RRB für Einreihungssystematik und Inkraftsetzung RRB betreffend Einreihungssystematik und Inkraftsetzung der neuen Strukturen.							Mrz. 11
	GAV-Zustimmungsverfahren und Feststellungsbeschluss							Jun. 11
2676	Anstellungsbedingungen Solothurner Spitäler AG Erweiterung der besonderen Anstellungsbedingungen im Bereich der Solothurner Spitäler AG	I.A.	11					Jun. 12
	Entwurf Verordnungsänderung ausgearbeitet							Jun. 11
	Stellungnahmeverfahren durchgeführt							Sep. 11
	RRB Verordnungsänderung							Dez. 11
	Inkraftsetzung							Jun. 12
587	Steuergesetzrevision Steuergesetzrevision zur Entlastung besonders belasteter Einkommens- und Vermögensklassen, wenn die im Legislaturplan aufgeführten Bedingungen erfüllt sind.	I.A.	11					Jan. 12
	Volksabstimmung			Volksabstimmung am 21.10.2007	Okt. 07	Okt. 07		
	Inkraftsetzung						Inkraftsetzung Entlastungen bei Vermögens- und Gewinnsteuern	Jan. 12
607	Teilrevision Steuergesetz Teilrevision Steuergesetz; Anpassungen an Bundesrecht	Erl.	10		Jun. 09			
	RRB B+E			Erledigt mit RRB Nr. 2009/2471 vom 22.12.09	Jun. 09	Dez. 09		
	Vollzugsverordnung			Kantonsratsbeschluss Nr. RG 232/2009 vom 17. März 2010	Sep. 10	Mrz. 10		
	Volksabstimmung			entfällt	Dez. 10	Dez. 10		
	Inkrafttreten							Jan. 11

3.4.5 Finanzen (in Mio. Franken) Finanzdepartement

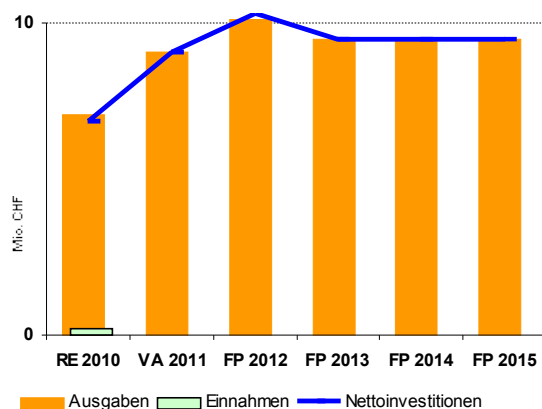
Erfolgsrechnung	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudgets						
Aufwand	78.3	80.7	83.4	83.6	83.8	84.1
Ertrag	-58.3	-56.1	-57.5	-57.4	-57.3	-57.3
Globalbudgetsaldo	20.0	24.6	25.8	26.2	26.5	26.7
Verrechnungen	-2.2	-1.6	-10.3	-10.3	-10.3	-10.3
Saldo	17.8	23.0	15.5	15.9	16.2	16.4
Finanzgrössen						
Aufwand	86.5	77.4	47.6	53.3	57.4	61.1
Ertrag	-1'220.1	-1'181.6	-1'156.5	-1'136.0	-1'154.5	-1'184.6
Verrechnungen	-1.3	-8.5	32.1	29.8	30.4	30.4
Saldo	-1'134.9	-1'112.6	-1'076.7	-1'052.9	-1'066.6	-1'093.1
Saldo total	-1'117.0	-1'089.6	-1'061.2	-1'037.0	-1'050.5	-1'076.6

**Bemerkungen**

In der Erfolgsrechnung sind aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage in den nächsten 2 – 3 Jahren mit Mindererträge bei den Steuereinnahmen Juristischer Personen zu rechnen. Zu einem anhaltenden Steuerausfall führt ab 2011 die steuerfreie Handänderung von selbst genutztem Wohneigentum.

Ausgabenseitig sind kurzfristig mit tieferen Netozinsbelastungen zu rechnen, dies ist zurückzuführen auf die guten Abschlüsse der Vorjahre und dem Kantonsanteil aus dem Erlös der überschüssigen Goldreserven von 475 Mio. Fr., welche dem Kanton 2005 zugeflossen sind und einen inzwischen abgeschlossenen Schuldenabbau ermöglichten. Die prognostizierten Defizite in der Staatsrechnung führen in den Folgejahren jedoch wieder zu einer höheren Zinsbelastung.

Investitionsrechnung	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Total						
Ausgaben	7.1	9.1	10.3	9.5	9.5	9.5
Einnahmen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	6.8	9.1	10.3	9.5	9.5	9.5
Einzelne Nettoinvestitionen						
Informationstechnologie (GR)	9.1	9.1	10.3	9.5	9.5	9.5
	-2.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

**Bemerkungen**

In der Investitionsrechnung gehen wir ausgabenseitig im Zuge der überarbeiteten IT-Strategie von einem etwas höheren Investitionsbedarf aus. In der RE10 wurden Globalbudgetreserven von 2.2 Mio. Fr. aufgelöst und als Minderausgaben ausgewiesen.

3.5 Departement des Innern

3.5.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Aufgaben des Departements des Innern lassen sich in drei unterschiedliche Bereiche aufteilen:

1. Öffentliche Sicherheit

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen Ermittlungstätigkeiten bei der Verfolgung von Straftaten, Prävention und Repression im Strassenverkehr sowie Polizeipräsenz und Interventionen im öffentlichen Raum. Weiter zählen dazu der rechtskonforme Vollzug von Haft, Strafen und Massnahmen in den kantonalen Anstalten (Schöngrün, Im Schache, Untersuchungsgefängnisse) mit dem Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft sowie das Erstellen diverser Ausweise. Des weiteren umfasst der Aufgabenbereich das Erarbeiten der Grundlagen und Konzepte zur Umsetzung der sicherheitspolitischen Ziele des Kantons und den Vollzug der zugewiesenen Aufgaben.

Repression/Ermittlungstätigkeiten	Polizei
Prävention und Intervention	Polizei und Motorfahrzeugkontrolle
Straf- und Massnahmenvollzug	Amt für Justizvollzug
Bewährungshilfe	Amt für Justizvollzug
Ausweiserteilung	Motorfahrzeugkontrolle
Technische Prüfungen	Motorfahrzeugkontrolle
Migration	Amt für öffentliche Sicherheit

2. Gesundheit

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel, Epidemien etc. sowie die Gesundheitsförderung.

3. Soziale Sicherheit

Nach der Präambel der Kantonsverfassung (KV) gilt es, eine Gesellschaftsordnung anzustreben, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit des Menschen dient. Im Legislaturplan 2009-2013 ist eines der drei Leitziele denn auch, den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kanton zu wahren. Nach Art. 22 KV strebt der Kanton in Ergänzung der privaten Initiative und Verantwortung auf dem Weg der Gesetzgebung danach, dass im Rahmen seiner Zuständigkeit und der verfügbaren Mittel die formulierten Sozialziele erreicht werden. Insbesondere geht es darum, dass Menschen, die wegen ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Lage Hilfe brauchen, die für ihre Existenz notwendige Unterstützung erhalten. Nach § 1 des Sozialgesetzes hat staatliches Handeln daher

- die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut oder soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern (Prävention)
- Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen (Allokation)
- Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überlebenshilfe zu gewähren (Intervention und Repression) und den Missbrauch von Sozialleistungen zu verhindern und zu bekämpfen (Sanktion)

3.5.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13 Departement des Innern

3.1 Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten

- 3.1.1 Ausgewogenes Modell zur Prämienverbilligung entwickeln
- 3.1.2 Ausländische Wohnbevölkerung besser integrieren
- 3.1.3 Behindertengleichstellungsgesetz umsetzen
- 3.1.4 Heimplanung überarbeiten
- 3.1.5 Eigenverantwortung stärken
- 3.1.6 Gesundheitsförderungs- und Präventionsstrategie ausarbeiten

3.3 Bedarfsgerechte Spitalversorgung sicherstellen

- 3.3.1 Leistungsorientierte Spitalfinanzierung einführen
- 3.3.2 Spitalplanung gemäss KVG erarbeiten
- 3.3.3 Neubau Bürgerspital Solothurn planen
- 3.3.4 Konzept Akut- und Übergangspflege ausarbeiten

3.4 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

- 3.4.1 Massnahmenpaket Raser umsetzen
- 3.4.2 Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) erarbeiten
- 3.4.3 Subjektive und objektive Sicherheit stärken

3.5.3 Politische Ziele und Leistungen**1. Öffentliche Sicherheit**

In dieser Periode wird das Projekt der Justizvollzugsanstalt Solothurn/JVA schwergewichtig umgesetzt. Nachdem der Kredit in der Abstimmung vom 27. September 2009 vom Volk beschlossen wurde, kann die neue Anstalt erstellt werden. Sie wird ihren Betrieb ab 2014 aufnehmen.

Das Therapiezentrum Im Schache wird infolge hoher Nachfrage nach Plätzen für Straftäter mit psychischer Störung während Jahren voll ausgelastet sein. Die Belegung der Strafanstalt Schöngrün wird wie bisher Schwankungen unterliegen, wobei sich die Zusammensetzung der Insassen als Folge der Änderungen des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches per 1.1.2007 verändert hat. Die Aufenthaltsdauer der Insassen hat tendenziell abgenommen, der Betreuungsaufwand hat zugenommen.

Die geplante Einführung des biometrischen Passes bedeutet einen Quantensprung bezüglich Sicherheit im Ausweiswesen. Die Übernahme des EU-Rechts erhöht den Prüfrhythmus für bestimmte Fahrzeugkategorien (z.B. bei Lastwagen).

Die Anforderungen an die Polizeiarbeit nehmen infolge gesellschaftlicher und rechtlicher Entwicklungen in qualitativer (rechtlich-administrativer Aufwand) und quantitativer (personeller Aufwand) Hinsicht zu. Die Spannbreite der gefragten Kompetenzen vergrössert sich zusehends. Umfassende Rechtskenntnisse und Professionalität werden unter anderem gefordert für die Umsetzung der eidgenössischen Strafprozessordnung oder den Opferhilfebereich. Für ein verhältnismässiges Handeln bei den verschiedensten Interventionen (von Ausschreitungen bei Sportveranstaltungen über den Strassenverkehr bis hin zu Gewalt im sozialen Nahbereich) ist eine hohe Sozialkompetenz gefordert. Die Verhärtung der politischen Fronten und die Emotionalisierung der Medien beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl und senken eigene Toleranzgrenzen. Gesellschaftliche und sportliche Anlässe sowie das geänderte Freizeit- und Kommunikationsverhalten können zu spontanen oder geplanten Auseinandersetzungen und Aktionen führen, welche die öffentliche Sicherheit gefährden. Hier ist entschlossenes Eingreifen und vermehrte Polizeipräsenz gefordert, was eine höhere Polizeidichte bedeutet. Dies erlaubt der Polizei rasch zu intervenieren und Ausschreitungen zu verhindern beziehungsweise zu beenden. Mit der bürgernahen Polizeiarbeit werden die Bedürfnisse der verschiedenen sozialen Gruppen ernst genommen und mittels strukturierter Kontakte mit Schulen, Gemeindebehörden, Veranstaltern, Asylzentren und Bevölkerung erhoben und entsprechend Massnahmen getroffen. Dies wirkt vorbeugend und vermittelt lokale Sicherheit. Die Polizei ist auf 16 Polizeiposten erreichbar. Mit einer neuen Vereinbarung zwischen der Kantonspolizei und den drei Stadtpolizeikorps wird eine engere und effizientere Zusammenarbeit zwischen den vier Polizeikorps sowie eine Erhöhung der spürbaren Polizeipräsenz im öffentlichen Raum angestrebt. Dieses Modell wird nach zwei Jahren einer Evaluation unterzogen.

2. Gesundheit

Die Neuausrichtung einer leistungsorientierten und bedarfsgerechten Spitalplanung basiert auf der KVG-Revision, die per 1.1.2009 in Kraft trat. Darin werden die Kantone aufgefordert, ihre Spitalplanung regelmässig zu erstellen und bis Ende 2014 anzupassen. Der Kanton Solothurn führt diese Arbeiten in Etappen aus:

- Erarbeitung eines gemeinsamen Versorgungsberichtes unter Berücksichtigung der Patientenströme (Import- / Export) durch die Gesundheitsdirektoren der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau (Bericht liegt vor).
- Ermittlung des künftigen Bedarfs an stationären Spitalleistungen im Kanton Solothurn. Der Bericht zeigt die benötigten Kapazitäten für die Jahre 2015 und 2020, vor allem auch im Hinblick auf den geplanten Neubau des Bürgerspitals Solothurn (Bericht liegt vor).
- Erarbeitung eines gemeinsamen Kriterienkataloges für die Bedarfsplanung durch die Gesundheitsdirektoren der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau (Bericht liegt vor).
- Aufgrund des ermittelten zukünftigen Bedarfs und der erarbeiteten Kriterien beurteilt der Kanton Solothurn ab Mitte 2011 die Angebote der in Frage kommenden, inner- und ausserkantonalen Spitäler und erteilt die entsprechenden Leistungsaufträge.

Ebenfalls aufgrund der KVG-Revision werden per 1.1.2012 die leistungsorientierte Spitalfinanzierung mit diagnoseabhängigen Fallpauschalen (SwissDRG) sowie die freie Spitalwahl in Kraft treten. Ein Vergleich von 62 Spitälern bzw. Spitalgruppen, die zusammen mit der Solothurner Spitäler AG (soH) im Verein Spitalbenchmark Mitglied sind, ergab, dass die soH mit den Fallkosten im Akutbereich um ca. 15% über dem Median liegt. Die soH hat deshalb im Juli 2009 unter dem Motto "Fit für 2012" Massnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beschlossen. Im Rahmen von "Fit für 2012" wurde im Oktober 2009 im Neubau des Kantonsspitals Olten eine Bettenstation geschlossen. Das Solothurner Stimmvolk hat Ende September 2010 die vom Verwaltungsrat im Februar 2010 beschlossene Massnahme „Transfer des Leistungsangebotes der Klinik Allerheiligenberg an andere soH-Standorte“ gutgeheissen. Der Umzug erfolgt im ersten Semester 2011.

Bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG wird aufgrund exogener Faktoren wie medizinischer Fortschritt und Altersstruktur der Bevölkerung mit einem jährlichen Kostenwachstum gerechnet. Die KVG-Revision führt ab 1.1.2012 zu Zusatzkosten in der Grössenordnung von 60 Mio. Franken. Dabei handelt es sich ausschliesslich um eine Entlastung der Zusatzversicherungen auf Kosten der Kantone. Zudem wird die leistungsorientierte Spitalfinanzierung dazu führen, dass ein Grossteil der Betriebsbeiträge an die soH (heutiges GB soH) neu ebenfalls in der Finanzgrösse „Spitalbehandlungen gemäss KVG“ enthalten ist. Dabei wird die heutige Abgeltung in Form von Tagespauschalen im Bereich der stationären Spitalbehandlungen durch den Anteil des Kantons Solothurn an den Fallpauschalen ersetzt.

3. Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit orientiert sich an der sozialen Nachhaltigkeit. Nachhaltiges Handeln heisst, in der Gegenwart zwar die Lebensqualität des Individuums zu fördern, aber keine irreversiblen Veränderungen vorzunehmen, welche von zukünftigen Generationen nicht gewollt sein können oder deren Folgen oder Ausgaben von den zukünftigen Generationen getragen werden müssen und damit deren Wahlfreiheiten erheblich einschränken.

Das Aufgabengebiet der sozialen Sicherheit zieht im Kanton die drittgrössten Ausgaben nach sich. Die Prämienverbilligungen an die Krankenversicherung, die Ergänzungsleistungen, Alimentenbevorschussung, Behindertenhilfe, Opferhilfe und Sozialhilfe zeigen aber, dass die finanziellen sozialen Bedarfsleistungssysteme breiteren Bevölkerungsteilen und nicht nur einer randständigen Minderheit Unterstützung bieten.

Der Kanton entwickelt seine Sozialpolitik im engeren Sinn entlang von Lebens- und Problemlagen: Kindheit und Familie, Jugend, Alter, Gleichstellung, Integration, Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit-Sucht, Pflege, Behinderung, Gewalt-Kriminalität. Daraus - aber auch aufgrund des demographischen Wandels - ergeben sich folgende Schwerpunkte:

Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie ist immer noch erschwert und behindert dadurch die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton. Familien- und schulergänzende Betreuungsangebote sind verstärkt zu fördern. Verantwortungsbewusste Einwohnergemeinden in Verbindung mit Wirtschaftsverbänden haben die Notwendigkeiten erkannt und bieten auch Hand für die frühkindliche Bildung (Förderung der Sprache und der weiteren Grundkompetenzen) vor allem für Kinder aus wirtschaftlich-, sozial- und bildungsbenachteiligten Familien.

Für Jugendliche soll künftig der Gestaltungsspielraum erweitert und somit die Selbstverantwortung gefördert werden. Dabei ist auf die individuell vorhandenen Ressourcen Rücksicht zu nehmen. Im Rahmen des Kindes- und Jugendschutzes ist Kindern und Jugendlichen die notwendige Hilfe zukommen zu lassen.

Die Sicherstellung der Pflege und das Bereitstellen von Angeboten für Menschen mit einer Behinderung sind wichtige Herausforderungen. Nach wie vor ist der Nachweis der Vollkosten und eine Subjektfinanzierung bei der Leistungserfüllung zu fordern.

Die Integration der Ausländer/innen ist nach wie vor unzureichend. Entsprechende Programme werden umgesetzt, vor allem die Sprachförderung, der interreligiöse Dialog, Willkommensveranstaltungen und der Abschluss von Integrationsvereinbarungen.

Gewalterscheinungen in unserer Gesellschaft sind rechtzeitig zu bekämpfen, schwergewichtig aber mit Präventionsmassnahmen zu verhindern und zu mindern. Das Konzept so-gegen-gewalt bildet die Grundlage, schon frühzeitig entsprechende Massnahmen anzubieten (Elternbildung, Verpflichtung von sogenannten Risikogruppen, Gewaltprävention in Schulen). Alkohol gilt als Auslöser von Aggression und Gewalt. Im Rahmen des nationalen Alkoholprogrammes sind daher auch kantonale Präventions- und Interventionsmassnahmen zu verstärken.

Aufgrund dieser Feststellungen ist eine bedarfsgerechte Bereitstellung der Versorgungsinfrastruktur zwischen Kleinräumigkeit und heutigen Anforderungen nach wie vor eine grosse Herausforderung. Grössere soziale Institutionen, die sich regional zusammenschliessen, die Sozialregionen und die weitere Vereinfachung von Verteilschlüsseln Kanton- Einwohnergemeinden in Verbindung mit einem griffigen Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden sind die richtige strukturelle Antwort auf diesen Umstand.

3.5.4 Massnahmen Departement des Innern

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
1740	Strategie Untersuchungsgefängnisse	I.A.	11					Dez. 12
	Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) erarbeitet						RRB der Strategie genehmigt	Dez. 12
1351	Pflegeversorgung koordinieren Pflegeversorgung (Übergangspflege, Spitex, Angehörigenpflege) koordinieren Neue Pflegfinanzierung ist geregelt	Erl.	05		Dez. 10			
				Grundsätzlich geregelt. Für eine Neuordnung der Pflegefinanzierung in der Langzeitpflege überwies der Kantonsrat jedoch einen Auftrag mit KRB Nr. AD 115/2010 vom 7. Dezember 2010. Dafür ist ein neues Projekt aufzunehmen (Projekt 2921)	Dez. 10	Dez. 10		
1402	Konzept nach Art. 10 IFEG Konzept nach Art. 10 IFEG (Bedarfsplanung, Qualitätssicherung in IV-Wohnheimen und Werkstätten) Konzept durch RR beschlossen	Erl.	09		Dez. 10			
				Mit RRB Nr. 2010/423 vom 8. März 2010. Vom Bundesrat mit Beschluss vom 1. Oktober 2010 genehmigt	Mrz. 10	Mrz. 10		
1405	Konzept VSEG Konzept für partnerschaftliche Zusammenarbeit mit VSEG und Einwohnergemeinden im Sozialbereich. Konzept VSEG erarbeitet	I.A.	11					Dez. 11
				Verhältnis hat sich in der Praxis verbessert	Dez. 10			
1407	Implementierung Pflegekinderkonzept	I.A.	09					Dez. 11
	Implementierung des Pflegekinderkonzeptes unter Berücksichtigung der Evaluation und der Bestrebungen des Bundes			Amtsintern liegt der Bericht vor. Die neue Bundesverordnung verzögert sich. Anpassungen werden nach Notwendigkeit vorgenommen und sollen mit Neuregelung des Bundes koordiniert werden.	Dez. 10			
1409	Altersleitbild und Heimplanung	I.A.	09					Dez. 12
	Grundzüge zum Altersleitbild und zur Heimplanung 2020 erarbeitet				Dez. 10			
1411	Volksinitiative Prämienvorbereitung B+E an den Kantonsrat verabschiedet	Erl.	09		Dez. 10			
				wurde mit RRB 2010/62 vom 12.1.2010 dem Kantonsrat zugeleitet.	Jan. 10	Jan. 10		
	Volksabstimmung Herbst 2010			Von den Stimmberechtigten abgelehnt. Abstimmungsergebnis vom 13.2.2011: 41,3 % Ja zu 58,7 % Nein.	Dez. 10	Dez. 10		
1413	Eckwerte einer Kantonalen Sozialplanung Eckwerte Planung an Kantonsrat	I.A.	09					Dez. 11
								Dez. 11
1415	Erwachsenenschutzrecht des Bundes übernehmen Neues Vormundschaftsrecht des Bundes als Erwachsenenschutz- und Betreuungsrecht über eine Revision EG ZGB übernehmen. Vernehmlassungsentwurf EG ZGB liegt vor	I.A.	09					Dez. 11
				Mit RRB Nr. 2010/2208 vom 30. November 2010 wurde das Vernehmlassungsverfahren	Aug. 10	Nov. 10		

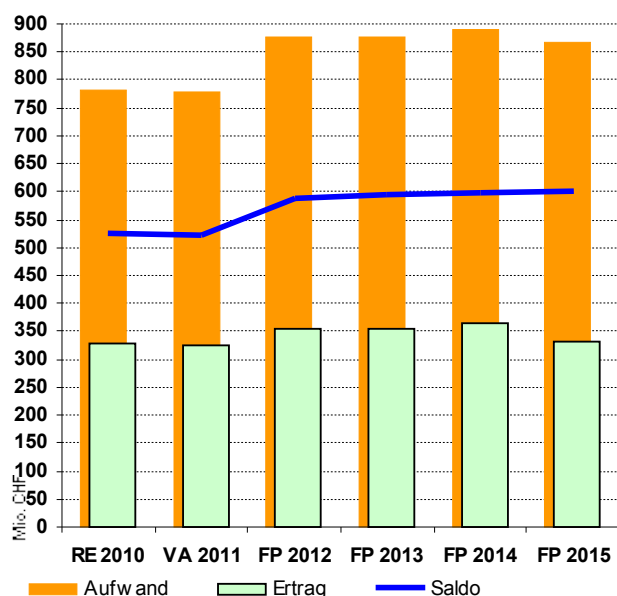
Ausnahme: Departement des Innern										
		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung			
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin			
1418	Missbrauch Sozialleistungen Konzept erarbeiten	I.A.	09						Dez. 11	
					Dez. 10					
1425	Wirtschaftlichkeit Heime und Werkstätten Konzept erarbeiten	I.A.	09					Mit Pilotheimen und einer externen Beratungsfirma soll Konzept erarbeitet werden	Dez. 12 Dez. 11	
1427	"Schwelleneffekte" bei Sozialleistungen glätten "Schwelleneffekte" Alimentenbevorschussung geglättet	I.A.	10						Dez. 12 Dez. 11	
1430	Sozialbericht 2013 Auftrag zur Erarbeitung vergeben	I.A.	09						Dez. 13	
					Dez. 10	Dez. 10				
	Zwischenbericht liegt vor Sozialbericht erarbeitet								Dez. 11 Dez. 13	
1434	Zusammenarbeit soziale Sicherheit verstärken Zusammenarbeit soziale Sicherheit mit Nachbarkantonen verstärken Informelle Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene intensivieren Sozialraum NWS anstreben	I.A.	09						Dez. 13	
								Wurde in Einzelfällen bereits intensiviert: Beispiel Opferberatung.	Dez. 11	
									Dez. 13	
1436	Aufnahme asylsuchender Menschen Aufnahme asylsuchender Menschen in den Einwohnergemeinden sichern. Aufnahme asylsuchender Menschen sichern	DA	09						Dez. 13	
								Erfüllt.	Dez. 13	
1438	Kindertagesstätten und Tagespflege Zahl der Kindertagesstätten (KITA) und Plätze in bestehenden KITA's sowie Angebot Tagespflege markant erhöhen. Angebote an und in Kindertagesstätten sowie in der Tagespflege erhöht	DA	09					In Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden und der Wirtschaft.	Dez. 13	
1777	Kinderzulagen für jedes Kind Kinderzulagen für jedes Kind, unabhängig des Erwerbsstatus der Eltern; Änderung Sozialgesetz Prinzip: Ein Kind - eine Zulage	I.A.	10						Dez. 13	
								In Koordination mit den Bemühungen auf Bundesebene.	Dez. 13	
2921	Pflegefinanzierung in der Langzeitpflege Kantonsrätlichen Auftrag umsetzen.	I.A.	11					B+E Änderung Sozialgesetz an den Kantonsrat überwiesen	Dez. 11 Okt. 11	
1386	Biometriezentrum Biometriezentrum in Betrieb	Erl.	09		Dez. 10					
				Eröffnung	Mrz. 10	Mrz. 10				
1389	Bonus-Malus-System MFK Bonus-Malus-System Motorfahrzeugsteuer	Erl.	09		Dez. 09	Sep. 09				
				In der Volksabstimmung vom 27.9.09 wurde die Einführung der Besteuerung nach der Energieetikette für Personenwagen deutlich abgelehnt.						
1393	Bedarfsgerechte Spitalversorgung sicherstellen Spitalplanung gemäss KVG 1. Etappe erarbeitet Leistungsorientierte Spitalfinanzierung eingeführt Spitalplanung gemäss KVG 2. Etappe erarbeitet	I.A.	10		Jun. 10	Dez. 10			Dez. 14 Dez. 11 Dez. 14	
				Versorgungsberichte liegen vor (vgl. RRB 2011/167 vom 24.1.11).						
1705	Planung Neubau Bürgerspital Solothurn Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen der soH mit Neubau des Bürgerspitals Solothurn erhalten. Die Planungskosten belaufen sich auf 4,8 Mio. Franken. Volksabstimmung Neubau Bürgerspital Solothurn ist erfolgt	I.A.	11						Dez. 12 Dez. 12	

Massnahmen Departement des Innern

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
1708	Akut- und Übergangspflege (Aüp) gemäss KVG einführen Akut- und Übergangspflege eingeführt	I.A.	10	VO Aüp liegt vor (vgl. RRB 2010/1024 vom 29.6.10). Konzept Businessplan durch soH erarbeitet. Tarifverhandlungen soH/santésuisse noch nicht abgeschlossen.	Dez. 10 Dez. 10	Dez. 10		
	"Aüp-Betrieb" operativ aufgenommen.						Zusammenarbeit mit Spitex institutionalisiert.	Dez. 11
1215	Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps (PB 49) Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps (PB 49) Ist-Zustand erhoben, allfällige Folgeaufträge -sofern Handlungsbedarf- erteilt Die enger ausgestaltete Zusammenarbeit der vier Polizeikorps ist evaluiert (PB 33,34)	I.A.	11	Zusammenarbeit ab Jul. 2010 vereinbart	Jul. 09 2010	Nov. 09	Bericht liegt vor	Dez. 13 Dez. 13
1305	Sicherheitsfunknetz (Polycom) Neues Sicherheitsfunknetz (Polycom) für den Kanton Solothurn; Ausschreibung / Submission Projektabschluss	Erl.	05	RRB 2010/1920 vom 15.10.2010 und RRB 2011/396 vom 22.2.2011	Dez. 10 Dez. 10	Dez. 10		
1391	Massnahmenpaket Raser umsetzen Bericht umgesetzte Massnahmen zuhanden Departement	Erl.	10				RRB 2011/91 vom 18.1.2011	Dez. 13 Jun. 11

3.5.5 Finanzen (in Mio. Franken)

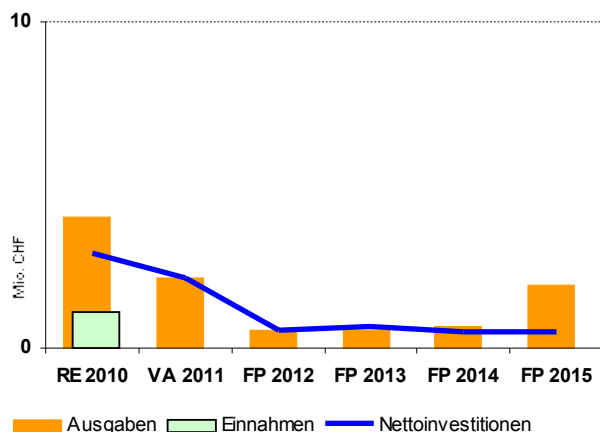
Erfolgsrechnung	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudgets						
Aufwand	365.2	361.3	197.7	191.5	183.3	173.2
Ertrag	-61.6	-65.2	-62.7	-62.6	-62.6	-62.6
Globalbudgetsaldo	303.6	296.1	135.0	128.9	120.6	110.6
Verrechnungen	2.0	2.5	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7
Saldo	305.6	298.6	134.3	128.2	119.9	109.9
Finanzgrössen						
Aufwand	418.1	416.5	678.1	698.4	720.0	743.8
Ertrag	-265.8	-260.7	-291.1	-300.8	-311.7	-323.9
Verrechnungen	66.7	66.5	67.9	68.6	69.3	70.0
Saldo	219.0	222.4	455.0	466.3	477.6	489.9
Saldo total	524.7	521.0	589.3	594.4	597.5	599.8

**Bemerkungen**

Der Wechsel bei den Spitalbehandlungen (ab 1.1.2012 von der Tages- zur Fallpauschale) bedeutet eine Strukturänderung von den Betriebsbeiträgen an die soH (heutiges GB soH) zu Beiträgen „Spitalbehandlungen gemäss KVG“ (Finanzgrösse).

Gründe für die Aufwandsteigerung von 75 Mio. Fr. zwischen der RE 2010 und dem FP 2015 sind: Soziale Sicherheit + 47 Mio. Fr. (v.a. Ergänzungsleistungen, Prämienvverbilligung), Gesundheit + 17 Mio. Fr. (Spitalbehandlungen gemäss KVG: +217 Mio. Fr., Beiträge an die soH - 200 Mio. Fr.) Öffentliche Sicherheit + 11 Mio. Fr. (Justizvollzug + 8 Mio. Fr., Polizei + 3 Mio. Fr.).

Investitionsrechnung	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Total						
Ausgaben	4.0	2.1	0.6	0.7	0.5	0.5
Einnahmen	-1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.9	2.1	0.6	0.7	0.5	0.5
Einzelne Nettoinvestitionen						
Gesundheitsamt	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Justizvollzug	0.3	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Polizei	2.2	1.6	0.6	0.7	0.5	0.5

**Bemerkungen**

Die Investitionen des Ddl sinken aufgrund der Einführung von HRM 2 von knapp 3 Mio. Fr. auf ungefähr 0,5 Mio. Fr. pro Jahr. Verschiebung von Ausgaben der Investitionrechnung in die Erfolgsrechnung.

3.6 Volkswirtschaftsdepartement

Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Energie; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit der Landwirtschaftsschule und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz; Stiftungsaufsicht und als Koordinations- und Stabsstelle das Departementsekretariat mit dem Bereich Partnerschaft nach aussen.

Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle und die Solothurner Gebäudeversicherung als selbständige Anstalten.

3.6.1 Vorgaben aus dem Legislaturplan 09 - 13

1.5 Wirtschafts- und Arbeitsort stärken

1.5.1 Wirtschaftliches Wachstum fördern

1.5.2 Soziale Absicherung des strukturellen Wandels

1.7 Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

1.7.1 Aufgabenfelder zwischen Kanton und Gemeinden sowie innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleich nach NFA-Grundsätzen neu gestalten

1.7.2 Anreize für Strukturanpassungen und Gemeindefusionen verstärken

2.2 Energie: Effizienter Einsatz fördern

2.2.1 Energieeffizient und erneuerbare Energie fördern

2.2.2 Rahmenbedingungen zur Versorgungssicherheit unterstützen

3.6.2 Politische Ziele und Leistungen

Die im IAFP 11-14 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 12-15. Die Solothurner Volkswirtschaft ist aus der Krise 2008/2009 gestärkt herausgegangen. Mit der Wachstumsstrategie will der Kanton Solothurn das Wachstum stärken und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern. Der Standort Solothurn soll seine Innovationskraft u.a. durch die Förderung von Synergien zwischen Bildung und Wirtschaft stärken.

Die Energiefachstelle unterstützt Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Die Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen soll so vermindert werden, die Verwendung eigener Ressourcen und somit eine Unabhängigkeit von Importenergie gefördert werden.

Nach der Einigung zur Übergangsfinanzierung im direkten Finanzausgleich für die Jahre 2011-2014 und den Beschlüssen des Kantonsrates vom Juni 2010 wurde im September 2010 das Projekt zur Neugestaltung der Aufgaben und des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden (NFA SO, RRB Nr. 2010/07.09.2010) gestartet. Ziel ist es, die neuen Regelungen bis 2015 in Kraft setzen zu können. Zur Sicherstellung einer möglichst erfolgreichen Umsetzung wurde die Projektorganisation als gemeinsames Projekt Kanton/Gemeinden unter Mitwirkung der Gemeindeverbände VSEG und VGS konzipiert.

Der sicherheitspolitische Bereich wird geprägt durch eine Häufung von natur-, technisch-, zivilisations- oder terroristischbedingten Ereignissen (Stürme, Hochwasser, Trockenheit, Pandemie usw.). Für den gesamten Kanton wird deshalb eine umfassende Gefahren- und Risikoanalyse erstellt. Durch spezifische Einsatzplanungen, entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln soll eine hohe Einsatzbereitschaft sichergestellt werden.

Die Stiftungsaufsicht wird aufgrund einer Vorgabe des Bundes zur Stärkung der Unabhängigkeit auf Anfang 2012 in eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgegliedert. Die Option einer späteren interkantonalen Lösung wird in der Vorlage an den Kantonsrat offen gehalten.

Dort wo sinnvoll, wollen wir die interkantonale und internationale Zusammenarbeit stärken. Die mit der Grenznahe verbundenen Chancen gilt es zu nutzen.

3.6.3 Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Soll-Termin	IST-Termin	Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel v. m. Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren				Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin
179	1.7.1 Reform Finanz- und Lastenausgleich Revision Finanz- und Lastenausgleich in den Bereichen direkter FA, indirekter FA und LA Sozialhilfe Projektorganisation implementieren Projektauftrag und -umfang definieren, Termine Projektanlauf bestimmen, beteiligte Akteure festlegen Erstellen Konzept, Modellrechnungen, Variantendiskussion, Go no go B+E erstellen Erstellen Gesetzesvorlage erstellen und verabschieden auf Stufe RR Vernehmlassung und KR-Beratung Inkraftsetzung neuer FA	I.A.	10			Mrz. 10	Sep. 10		Jan. 15
181	Neue Rechnungslegung HRM2 für Gemeinden Einführung von HRM2 für Einwohnergemeinden (1. Staffel ohne KG und BG) Projektorganisation implementieren Bestimmen der Akteure im Projekt HRM2 Phase 1 – Umsetzungskonzept Erarbeitung Konzept Vernehmlassung, Schlussbericht Genehmigung Konzept Phase 2 – Gesetzgebung Erstellung Botschaft und Entwurf Beratung Parlament Beschlussfassung Gesetzgebung Phase 3- Technik / Schulung Technische Vorbereitungsarbeiten Planung und Durchführung Schulung Finanzorgane Phase 4 – Produktivsetzung Budgetierung Voranschlag 2016 Rechnungslegung RG 2016 nach HRM2 Inkraftsetzung Gesetzgebung	I.A.	10			Mrz. 10	Dez. 10		Jan. 13
386	1.7.2 Unterstützung für strukturell schwache Gemeinden Vorstoss FdP zur Unterstützung von strukturell schwachen Gemeinden Arbeitsgruppe zusammenstellen Gemeinsame Arbeitsgruppe mit Gemeinde- und Kantonsvertreter Konzept erarbeiten Vorschläge zur Unterstützung von strukturell schwachen Gemeinden Gesetzesanpassungen	Erl.	10			Dez. 10			
						Dez. 08	Aug. 08		
						Dez. 09	Nov. 09		
				KR-Beschlüsse		Dez. 10	Mrz. 10		
129	Tierseuchen I BVD Eradikation Aufgrund der Eigenheit der Krankheit werden sich die Massnahmen um ein Jahr erstrecken (Testung der Kälber 2010 und 2011). Die geplanten Kosten verteilen sich somit auf ein Jahr mehr. Diese können voraussichtlich mit den beantragten Krediten aufgefangen werden. Jedes Tier 1x getestet BVD-frei	I.A.	09						Dez. 11
						Dez. 08	Dez. 08		
								Verschiebungsbegründung: Bekämpfungskonzept	Dez. 11
218	Tierseuchen II: Blauzungenkrankheit Die Impfung erfolgte 2010 planmässig. Die Krankheit wurde erfolgreich bekämpft. Ab 2011 gibt es keine staatlichen Impfkampagnen mehr. Wieder auftretende Krankheitsfälle müssen jedoch entschädigt werden. Geeignete Schutzmassnahmen sind getroffen	Erl.	09						Dez. 11
									Dez. 11
220	Agrarpolitik 2011 Das Projekt verzögert sich wegen nicht Zustandekommen einer Zusammenarbeit mit den Agrar-Kantonen um mindestens ein Jahr (zu unterschiedliche Systemansprüche). Vorgängig zur Einführung erfolgt die Prüfung auf Pilotbetrieben im 2010. Flächenerhebung im GIS	I.A.	09			Dez. 10			
				Verschiebungsbegründung: Entwicklung der		Dez. 10			

Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
220	GELAN Extranet Verschiebegrund: Entwicklung der Software im Verzug GELAN Extranet ist verfügbar Flächenerhebung im GIS				Dez. 10			Jun. 12 Jun. 13
234	Ressourcenprojekte (Ammoniak, bodenschonende Bewirtschaftung) Projekteingabe beim Bund Umsetzung/Finanzierung Die Finanzierung des Kantonsbeitrags läuft im Rahmen des Mehrjahresprogrammes Landwirtschaft.	Erl. 09			Dez. 10 Jun. 09 Dez. 10	Jun. 09		
238	Veterinär-gesetzgebung Veterinär-gesetz Projektplanung ist vorhanden B&E liegen vor Verordnungen liegen vor In Kraft treten Umsetzung	I.A. 09			Apr. 09 Dez. 10	Apr. 09 Dez. 10		Dez. 13 Dez. 11 Dez. 12 Dez. 13
266	Umsetzung neuer Ausbildungsmodelle Umsetzung neuer Ausbildungsmodelle Bäuerin FA und Landwirt Ausbildung zur Bäuerin FA ist überarbeitet Umstellung auf neues Ausbildungsmodell Landwirt ist abgeschlossen	I.A. 09			Dez. 10	Dez. 10		Dez. 11
283	Aufbau Bienenkompetenzzentrum am Bildungszentrum Wallierhof Konzept liegt vor Massnahmen sind umgesetzt	I.A. 10			Dez. 10 Dez. 09 Dez. 10	Sep. 10		
145	Gefahren- und Risikoanalyse Analyse der im Kanton Solothurn denkbaren Gefahren und Risiken. Priorisierung der möglichen zu treffenden Massnahmen Initialisierung Studie Initialisierung des Projektes / Studie: -Grundlagen bereitstellen -Projektauftrag eröffnet Vernehmlassung Projektauftrag Vernehmlassung bei den betroffenen Partnern abgeschlossen. Änderungsvorschläge überprüft und wo möglich und sinnvoll integriert. Genehmigung Projektauftrag Die Genehmigung des Projektauftrages per Regierungsratsbeschluss ist am 23.02.10 erfolgt. Defizitanalyse der 14 Szenarien der KomABC Die Eidgenössische Kommission für ABC-Schutz (KomABC) hat 14 Referenzszenarien aus dem Bereich ABC erstellt: - Unfall in einem schweiz. KKW - Dirty Bomb - A-Waffeneinsatz (Explosion am Boden, im grenznahen Ausland) - Anschlag auf Transport mit hochradioaktiven Abfällen - Ricin-Anschlag über Lebensmittel - Terroristischer Anschlag mit Pockenviren - Terroristischer Anschlag mit Anthrax - Pandemie - Laborunfall mit unbeabsichtigter Freisetzung aus Biosafety L3 Labor (Wird für den Kt. Solothurn nicht bearbeitet!) - Anschlag / Unfall auf / bei Transport von Chemikalien - Unfall in stationärer Anlage eines chem. Betriebes (Wird für den Kt. Solothurn nicht bearbeitet!) - Terroristischer Anschlag mit Blausäure - Terroristischer Anschlag mit Sarin - Fernwaffenangriff auf die Schweiz Die genannten Szenarien werden auf die Gegebenheiten des Kantons Solothurn angepasst und auf ihre Bewältigbarkeit hin untersucht. Per Ende Juni 10 sind die Resultate der Defizitanalyse dem Bund einzureichen	I.A. 11			Dez. 09 Jan. 10 Feb. 10 Jun. 10	Nov. 09 Jan. 10 Feb. 10 Jun. 10		Dez. 13

Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
145	Massnahmen: Kriterien und Methode Verschiebegrund: Vergl. Meilenstein 589				Dez. 10			
	Kosten - erste Beurteilung				Dez. 10	Dez. 10		
	Beurteilung der durch Ereignisse verursachten volkswirtschaftlichen Kosten (inkl. Folgekosten)							
	Interdependenzen				Dez. 10	Dez. 10		
	Untersuchung der Abhängigkeiten zwischen und der Folgen von verschiedenen möglichen Ereignissen.							
	Massnahmen: Kriterien und Methode Definition der Methode und der Kriterien zur Untersuchung der Realisierbarkeit und der Verhältnismässigkeit potenzieller Massnahmen zur Risikominderung und Katastrophenbewältigung.							Jun. 11
	Kosten – Evaluation Evaluation der Kosten für mögliche reduzierende und lindernde Massnahmen (Referenzfälle, Hochrechnungen,...).							Sep. 11
	Integration Szenarien Risiken Schweiz Überprüfung der Szenarien der Risikoanalyse Schweiz für den Kanton Solothurn und Integration in die kantonale Gefahren- und Risikoanalyse.							Sep. 11
	Massnahmen besprochen Besprechung der möglichen Massnahmen zur Risikominderung und Katastrophenbewältigung mit den umsetzenden Gremien (Einsatzkräfte, Amt für Umwelt,...). Klärung der Wirksamkeit und Realisierbarkeit.							Jun. 12
	GA - 1. Version bereit für Vernehmlassung Vorliegen der umfassenden Gefahren- und Risikoanalyse für den Kanton Solothurn, welche bei den betroffenen Ämtern und Behörden in die Vernehmlassung gegeben werden kann. Diese enthält eine Beurteilung der Eintretenswahrscheinlichkeit der Gefährdungspotenziale, Aussagen zur Realisierbarkeit, erhärteten Vorstellungen über die Kosten und der Verhältnismässigkeit der reduzierenden und behebenden Massnahmen.							Mrz. 13
	Abschluss Vernehmlassung - Abschluss und Auswertung der Vernehmlassung - Einarbeitung der relevanten Änderungsanträge und Korrekturen - Besprechung mit den Einreichern derjenigen Anträge, welche nicht berücksichtigt werden können							Sep. 13
	Entscheid über weiteres Vorgehen gefällt Der Regierungsrat hat von den vorgeschlagenen priorisierten und relevanten Massnahmen zur Risikoreduktion und Katastrophenbewältigung Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.							Dez. 13
152	Kantonale Einsatzformation (KEF) Im Rahmen der denkbaren und auch wahrscheinlichsten Katastrophen- und Notlagenszenarien gibt es eine Reihe von Aufgaben, die in keinem Ausbildungsprogramm der Partnerorganisationen enthalten sind, oder für die den Partnerorganisationen die nötigen Ressourcen fehlen. Daher drängt sich eine Prüfung der Zusammenführung spezieller kantonalen Mittel (z.B. Führungsunterstützung, Care-Bereich, Kulturgüterschutz, Information, usw...) in eine neu zu bildende kantonale Einsatzformation auf.	I.A.	10					Dez. 15
	Grund-Konzept KEF liegt vor Konzept ist erarbeitet und liegt amtsintern vor.				Dez. 09	Dez. 09		
	Abstimmung mit Partnerorganisationen Bevölkerungsschutz Verschiebegrund: Absprachen mit Partner verzögern sich				Dez. 10			
	Abstimmung mit Partnerorganisationen Bevölkerungsschutz Absprachen mit allen betroffenen Bevölkerungsschutz-Partnerorganisationen und Abstimmung der Leistungen und Mittel.							Jun. 11
	Aufbau Führung Klärung Ressourcen für die Führung der Formation							Dez. 11
	Rekrutierung Personal schrittweise Rekrutierung, Ausbildung und Aufbau von Elementen							Dez. 12

Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel v om Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
152	Aufbau Formation Zusammenführung der Elemente unter einem Kommando, Ausrüstung der Elemente mit Material Einsatzbereitschaft erstellt Eine den Bedürfnissen gerecht werdende kantonale Einsatzformation ist aufgebaut und einsatzbereit							Dez. 13 Dez. 15
159	Ausbau Führungsverbund Kanton Solothurn Die kantonale Behörde muss über den dafür KFS in allen Lagen die Bewältigung v on Krisenereignissen koordinieren und / oder führen können. Da die normalen Verbindungs- und Telematikmittel in derartigen Situationen systembedingt (Überlastung) oder durch Zerstörung ausfallen könnten, müssen für diese speziellen Anforderungen redundante Systeme zur Verfügung stehen. Ein Konzept soll daher die Bedürfnisse, Anforderungen und Konsequenzen zum Ausbau in den Bereichen Standort AZ, VESO, Vernetzung bzw. Anbindung RFS und Kommunikation im ganzen Kanton sowie Ausbau der Führungs-Standorte mit dem Nötigsten damit effizient und zeitgemäss Stabsarbeit geleistet werden kann.		I.A. 11					Dez. 18
	Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO erstellt und vernehmlasst Verschiebegrund: Diverse Stellungnahmen der Partnerorganisationen sind nicht eingetroffen				Aug. 10			
	Eingabe RRB zum Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO Verschiebegrund: Feedbacks der Partner ausstehend / Abhängigkeit zu IT-Strategie AIO				Okt. 10			
	Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO erstellt und vernehmlasst Verschiebegrund: Konkrete Feedbacks von AIO und Kapo liegen erst bis Ende Q1 vor.				Okt. 10			
	Interne Vernetzung und IT Infrastruktur VESO Der Verwaltungsschutzbau VESO ist derart ausgebaut, dass die Stabsmitglieder des KFS in der normalen Lage die Stabsarbeiten, Recherchen etc. mittels AIO-IT und entsprechender Netzwerkanbindung erledigen können. Die Arbeitsräume im VESO sind derart hergerichtet, dass die Stabsmitglieder effiziente Konzept- und Stabsarbeit verrichten können.				Dez. 10			
	Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO erstellt und vernehmlasst Das Konzept Ausbau Führungsverbund Kanton Solothurn ist erstellt und weist eine IST-/SOLL-Analyse, die Bedürfnisse gemäss Zielen des Konzeptes sowie einen Realisierungszeitplan mit den anfallenden Kosten aus. Es ist mit den betroffenen Partnern koordiniert und vernehmlasst.							Mai. 11
	Eingabe RRB zum Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO Das vernehmlasste und koordinierte Konzept zum Ausbau des Führungsverbundes im Kt. Solothurn liegt der Regierung zur Genehmigung und Aufnahme in die Budgetierung vor. Die Pressemitteilung ist aufbereitet.							Jul. 11
	Abschluss Ausbau VESO Hardware-mässig Aufbauend auf dem neu installierten Netzwerk wird ein zu den normalen Servern des AIO redundantes System im VESO eingebaut, welches den Zugriff auf die normalen Daten auch im Krisenfall zulässt (Notbetrieb, grossflächiger Stromausfall, Unterbruch der Kommunikationsnetze ausser Polcom etc.). Im VESO kann in jeder Lage effizient gearbeitet werden. Die Zellen verfügen über das im Konzept ausgewiesene IT und AV Material (Desktops/Laptops, Netzwerk, Drucker, Switches, Beamer etc.). Erste Software-Lösungen für ein effizientes Arbeiten liegen vor und können angewendet werden.							Dez. 11

Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

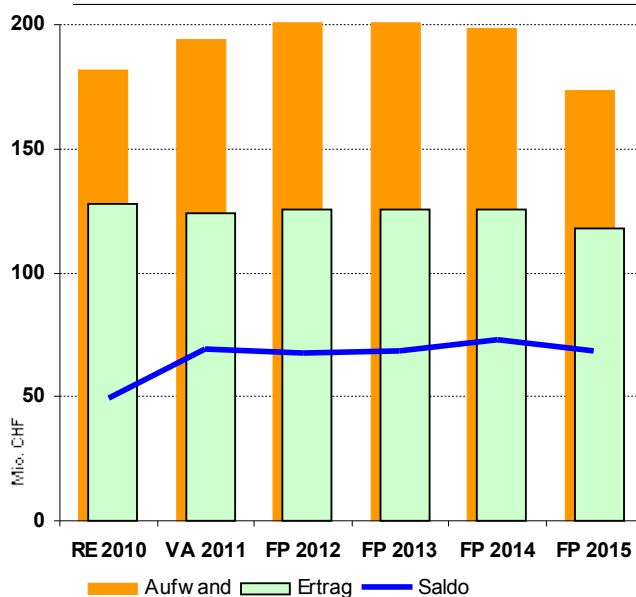
Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
159	Implementierung Führungsinformationssystem mit Stabsarbeitstool Basierend auf dem im Tm und AV Bereich sowie in der Stabsarbeitsinfrastruktur ausgebauten VESO soll den Stabsmitarbeitern durch ein einfaches, auf das Dienst- und Einsatzmodell des KFS und der RFS ausgelegte Führungsinformationssystem implementiert werden, welches ermöglicht die Stabs- und Konzeptarbeit mittels IT-Unterstützung effizient und effektiv zu gestalten. Wenn möglich soll der Datentransfer zum NARISO bereits ermöglicht sein.							Dez. 13
	Abindung der RFS in den Führungsverbund Nach der Implementierung des FIS im VESO und damit im KFS, sollen auch die RFS mit der gleichen Software direkt über Datenaustausch mit dem KFS kommunizieren können. Ein Replikationsmechanismus soll es ermöglichen den Datenabgleich zeitverzugslos zu tätigen. Voraussetzung dabei ist der Abschluss des Telekommunikationsausbaus der Führungsstandorte bei							Dez. 15
	Schaffen von Redundanzen zum fixen Kommunikationssystem des Führungsverbundes Die Kommunikation im Führungsverbund basiert einerseits auf den bestehenden Festleitungen, andererseits auf dem weitgehend krisenresistenten Polycom-Netz. Es muss dennoch mit Ausfällen einzelner Antennen oder des ganzen Netzes gerechnet werden. Dabei geht es darum entstandene Lücken gezielt schliessen zu können. Zu diesem Zweck sollen mobil eingesetzte Ersatzantennen / Relais und / oder andere notwendige und geeignete Mittel beschafft werden.							Dez. 17
	Abschluss Führungsverbund Kanton Solothurn Der Führungsverbund im Kanton Solothurn ist in allen Lagen sichergestellt. Um dies zu überprüfen findet im Jahr 2018 eine umfassende Übung im Kanton statt, bei welcher alle RFS über Polycom mit dem KFS eine entsprechende virtuelle Krisenlage bereinigen. Die Partnerorganisationen sind wo möglich in den Verbund einbezogen und beteiligen sich an der Übung. Die Systeme zum Schaffen von Redundanzen zu ausgefallenen Polycom-Antennen werden im Rahmen der Übung eingesetzt und überprüft. Der Bericht mit der Auswertung der Übung liegt vor: Entsprechend notwendige Massnahmen liegen vor.							Dez. 18
163	Bezug und Betrieb Zivilschutzkompetenzzentrum (ziko) Es geht im wesentlichen darum, das Zivilschutzausbildungszentrum zu installieren und Ausbildung zu vermitteln. Der Auslastungsgrad soll in Verbindung mit den Grundkosten (Miete, Nebenkosten, Fahrzeug und Materialpark, Abschreibungen) und Investitionen ein Steuerungstool ergeben. Mit einer Profitzenterrechnung kann parametrisiert Aufwand, Kosten und Nutzen verglichen werden. Letztendlich beeinflusst der Auslastungsgrad die Rentabilität.	I.A.	10					Dez. 11
	Auslastung zu 75% auf 220 Arbeitstage erreicht Die Grundlast soll erreicht werden, um in einer Kosten-Leistungsrechnung die Steuerungsmassnahmen abzuleiten.				Dez. 10	Dez. 10		
	Auslastung zu 75% auf 220 Arbeitstage erreicht Grundlage: Auslastung 2010 - treffen von Massnahmen zur Steuerung/Steigerung der Auslastung. Ergebnis aus einer Kosten-Leistungsrechnung.							Dez. 11
166	Ausbildung des Kantonalen Führungsstabes (KFS) Die allgemein gültigen, standardisierten Führungs- und Stabsarbeitsprozesse sind im KFS eingeführt. Der Stab wird schrittweise in der Umsetzung der Prozesse ausgebildet, um Krisen- und Katastrophenlagen optimal bewältigen zu können. Der KFS erreicht anlässlich der Übung SEISMO 2012 zufriedenstellende Resultate und zieht wo nötig seine Lehren. Das Gros der Stabsmitglieder ist auf dem Führungsinformationssystem ausgebildet und daher in der Lage die Prozesse auf diesem Tool zu durchlaufen.	I.A.	10					Dez. 14

Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel v om Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
168	Das Gros der RFS hat Grundausbildung absolviert Die Ausbildung der RFS gliedert sich in 5 Teile. Das Modul 1 beinhaltet die Grundkenntnisse zum BVS, das Modul 2 diejenigen zur Stabs- und Konzeptarbeit. Diese beiden Module stellen die Grundausbildung dar. Das Modul 3 (Stabsübung am Standort des RFS mit Unterstützung durch RZSO) und das Modul 4 (Stabsrahmenübung) sind die Ergänzungsausbildungen. Das Modul 5 (Einsatzübung mit BVS Organen) ist aus Kostengründen freiwillig.							Jan. 17
800	Standort Zivilschutzausbildungszentrum Standortwahl Zivilschutzausbildungszentrum	Erl.	10		Nov. 06			
	Standortentscheid Zivilschutzausbildungszentrum Standortentscheid RRB 2006/1508 vom 14. August 2006 zugunsten ziko in der Klus und Kündigung des Vertrages beim alten Standort Gheid per Ende Jahr.				Dez. 06	Nov. 06		
963	Weiterentwicklung Zivilschutz Weiterentwicklung Zivilschutz in folgenden Bereichen: Technik: Kommunikationsmittel Schutzbauten: Werterhaltung Bereitschaft: Alarmierung im Zivilschutz Organisation: Stützpunkte Material: Ablösung und Neuanschaffung von Material Ausbildung: Kursmodule	I.A.	10					Dez. 15
	Vorprojekt Verschiebegrund: Ablösung vom Abteilungsleiter				Aug. 10			
	Vorprojekt			Verschiebegrund: Revision BZG	Dez. 10			
	Hauptprojekt						Verschiebegrund: siehe Vorprojekt	Mrz. 11
	Vorprojekt Projektphasen ev. anpassen und Projektorganisation festlegen (ME 1) Situationsanalyse Projektziele bis auf Stufe Detailziele festlegen Zielsetzungen genehmigen (ME 2) Projekt strukturieren Tätigkeitslisten mit Verantwortlichkeiten erstellen Terminplan erstellen Besprechung der Tätigkeitslisten und des Terminplans (ME 3)							Aug. 11
	Hauptprojekt Lösungsentwurf erarbeiten Lösungsentwurf genehmigen (ME 4) Realisierung Freigabe (ME 6)							Dez. 11
								Dez. 15
4	Wildtierkorridore Berücksichtigung und Aufnahme der Wildtierkorridore in den Richtplan.	I.A.	10					Dez. 11
	Schlussbericht Wildtierkorridore				Sep. 08	Sep. 08		
	RRB durch ARP						RRB durch ARP	Dez. 12
	Umsetzung von objektbezogenen Massnahmen							Dez. 16
15	Schutzwald Schutz vor Naturgefahren: "Wald mit besonderer Schutzfunktion".	I.A.	09		Mrz. 10			
	Bereinigung Schutzwaldperimeter				Jun. 09	Dez. 09		
	Anpassung Richtplan			Verschiebegrund: Gesamtrevision Richtplan	Mrz. 10			
	Anpassung Richtplan durch ARP (Schutzwaldperimeter)							Dez. 11
90	Gesetzgebungsprojekt Volkswirtschaftsgesetz Effizientere, kundenorientiertere und vereinheitlichte Gesetzgebung im Bereich Volkswirtschaft	I.A.	10					Dez. 11
	Projektorganisation einsetzen Projektorganisation und Experten-kommission sind eingesetzt.				Dez. 09	Dez. 09		
	Studie Borner liegt vor Studie Prof. Borner zu einer wirtschaftlichen Vorwärtsstrategie des Kantons Solothurn liegt vor.				Jun. 10	Sep. 10		

3.6.4 Finanzen (in Mio. Franken) Volkswirtschaftsdepartement

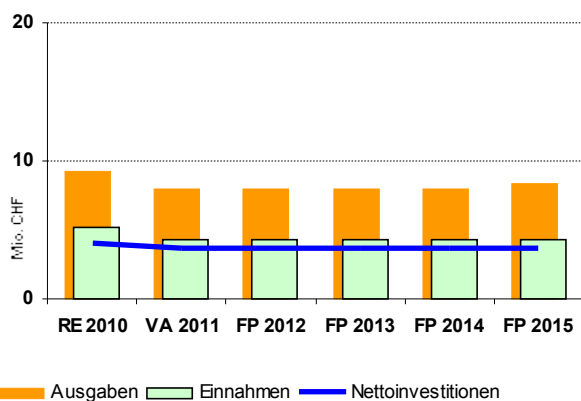
Erfolgsrechnung	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudgets						
Aufwand	147.7	146.4	142.8	143.1	143.0	141.8
Ertrag	-114.3	-110.3	-112.3	-112.4	-112.3	-111.5
Globalbudgetsaldo	33.4	36.2	30.5	30.7	30.6	30.3
Verrechnungen	10.1	10.4	7.4	7.4	7.4	7.5
Saldo	43.1	46.2	37.9	38.1	38.1	37.8
Finanzgrössen						
Aufwand	34.2	47.6	57.7	55.6	60.3	56.7
Ertrag	-13.4	-13.5	-13.3	-13.3	-13.3	-13.2
Verrechnungen	-14.9	-11.8	-14.3	-11.9	-12.4	-12.4
Saldo	6.3	22.7	30.0	30.3	34.6	31.0
Saldo total	49.4	68.8	68.0	68.5	72.6	68.8



Bemerkungen

Ab 2012 gibt der Kanton jährlich 15 Mio. Fr. mehr in den Finanzausgleich Einwohnergemeinden.

Investitionsrechnung	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Total						
Ausgaben	9.3	7.9	8.0	8.0	8.0	8.0
Einnahmen	-5.2	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3
Nettoinvestitionen	4.1	3.6	3.7	3.7	3.7	3.7
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.9	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Landwirtschaft SF Zufahrten zu Bergwegen	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Landwirtschaft	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4



Bemerkungen

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

3.7 Gerichte

3.7.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten; im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten.

Die gerichtlichen Instanzen sind:

- Das Obergericht. Es übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus, sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, letztere durch das Verwaltungs- und das Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind.
- Das Kantonale Steuergericht entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts.
- Die fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein) üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus.
- Das Haftgericht überprüft Verhaftungen und andere Zwangsmassnahmen sowie Haftentlassungsgesuche.
- Die Kantonale Schätzungskommission, als Spezialverwaltungsgericht, beurteilt Forderungen aus Enteignung, Grundeigentümerbeiträge sowie Beschwerden betreffend öffentliche Beschaffungen.

3.7.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 09 -13

Im Legislaturplan finden sich keine Vorgaben zur Justiz.

3.7.3 Politische Ziele und Leistungen

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Ebenso wird die Arbeitsweise der Gerichte durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Der rechtssuchende Bürger hat Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührentarif.

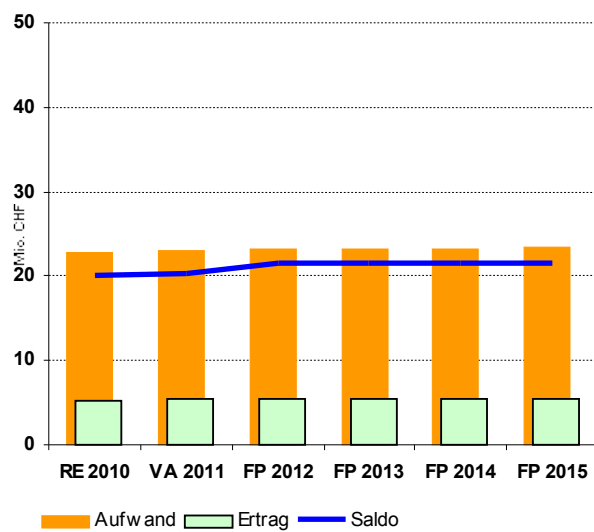
Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtssuchenden Bürger oder der rechtssuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ hochstehende Entscheidungen bieten können.

3.7.4 Massnahmen Gerichte

Massnahmen werden voraussichtlich im Personalbereich zu treffen sein. Zum einen wird die Gerichtsverwaltungskommission überprüfen, ob der für das Globalbudget 2011 ff. berechnete personelle Mehraufwand infolge der Einführung der schweizerischen Prozessordnungen ZPO und StPO die effektive Mehrbelastung abfängt. Dies wird sich im Verlauf des Jahres 2011 weisen. Zum andern sehen sich die Gerichte im Strafbereich mit erheblich höheren Fallzahlen konfrontiert. Hier wird zu ermitteln sein, ob es sich dabei um ein vorübergehendes Phänomen infolge des Pendenzenabbaus bei der Staatsanwaltschaft handelt oder ob der Arbeitsanfall nachhaltig hoch bleiben wird. Sollte letzteres der Fall sein, müssen die personellen Kapazitäten der Gerichte überprüft werden.

3.7.5 Finanzen (in Mio. Franken) Gerichte

Erfolgsrechnung	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudgets						
Aufwand	22.9	19.3	19.5	19.5	19.5	19.5
Ertrag	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	17.8	14.2	14.4	14.4	14.4	14.4
Verrechnungen	2.4	2.6	3.7	3.7	3.7	3.7
Saldo	20.2	16.8	18.1	18.1	18.1	18.1
Finanzgrössen						
Aufwand	0.0	3.7	3.7	3.7	3.7	3.7
Ertrag	-0.2	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-0.2	3.4	3.4	3.4	3.4	3.4
Saldo total	20.1	20.2	21.5	21.5	21.5	21.5

**Bemerkungen**

Bei den Gerichten ergeben sich per Saldo die oben unter Politische Ziele und Leistungen erwähnten Mehrkosten.

4. Anhang 1: Details zu den Finanzen Erfolgsrechnung

4.1 Behörden und Staatskanzlei

Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Verrechnung	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Saldo	1.0	1.0	0.9	0.9	0.9	0.9
Finanzgrösse Kantonsrat P5610						
Aufwand	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4
Dienstleistungen der Staatskanzlei P580						
Globalbudget						
Aufwand	5.7	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5
Ertrag	-0.1	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Globalbudgetsaldo	5.5	7.3	7.4	7.3	7.4	7.3
Verrechnung	-3.1	-3.3	-3.3	-3.3	-3.3	-3.3
Saldo	2.3	3.8	4.1	4.1	4.1	4.1
Finanzgrösse Regierungsrat P5620						
Aufwand	2.5	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Verrechnungen	-1.0	-1.1	-1.1	-1.1	-1.1	-1.1
Saldo	1.2	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
Finanzgrösse Berufliche Vorsorge RR (SF) P5621						
Aufwand	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Ertrag	-0.1	-0.2	-0.2	-0.2	-0.1	-0.1
Verrechnungen	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.9	-0.9
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Drucksachen/Lehrmittelverlag P582						
Globalbudget						
Aufwand	5.4	5.4	5.3	5.3	5.3	5.3
Ertrag	-3.2	-2.7	-2.7	-2.7	-2.7	-2.7
Globalbudgetsaldo	2.1	2.6	2.6	2.6	2.7	2.7
Verrechnung	-2.6	-2.6	-2.6	-2.6	-2.6	-2.6
Saldo	-0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

4.2 Bau- und Justizdepartement

Führungsunterstützung BJD P600	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	4.1	2.9	3.0	3.1	3.1	3.2
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Globalbudgetsaldo	3.9	2.7	2.9	2.9	3.0	3.0
Verrechnungen	-2.3	-2.1	-2.1	-2.1	-2.1	-2.1
Saldo	1.6	0.6	0.7	0.8	0.8	0.9
Raumplanung P6010						
Globalbudget						
Aufwand	3.1	3.4	3.2	3.2	3.3	3.3
Ertrag	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Globalbudgetsaldo	2.8	3.0	2.9	3.0	3.0	3.1
Verrechnungen	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo	3.4	3.6	3.5	3.6	3.6	3.7
Finanzgrösse Natur- und Heimatschutz (SF) P6012						
Aufwand	4.5	5.1	5.2	5.3	5.4	5.5
Ertrag	-3.4	-3.9	-4.0	-4.1	-4.2	-4.3
Verrechnungen	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Hochbau P602W						
Globalbudget						
Aufwand	35.3	34.9	35.5	36.4	38.1	37.9
Ertrag	-5.8	-6.3	-6.8	-6.9	-6.6	-6.6
Globalbudgetsaldo	29.4	28.6	28.7	29.5	31.5	31.3
Verrechnungen	-39.3	-39.3	-39.3	-39.3	-39.3	-39.3
Saldo	-9.9	-10.8	-10.7	-9.8	-7.9	-8.1
Finanzgrösse Grundstücke und Verschiedenes P6028						
Aufwand	0.0	0.1	23.5	25.9	25.9	25.9
Ertrag	-36.3	-40.8	-24.7	-25.3	-27.4	-27.4
Verrechnungen	16.8	15.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-19.5	-25.7	-1.2	0.6	-1.5	-1.5
Finanzgrösse Subventionierter Wohnungsbau P6029						
Aufwand	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-0.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Strassenbau P603W						
Globalbudget						
Aufwand	34.7	34.8	35.8	34.3	33.7	33.7
Ertrag	-3.8	-2.3	-2.8	-2.8	-2.9	-2.9
Globalbudgetsaldo	30.8	32.5	33.0	31.5	30.7	30.8
Verrechnungen	2.4	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
Saldo	33.2	35.0	35.5	34.0	33.2	33.2
Finanzgrösse Kantonsstrassenbau (SF) P6035						
Aufwand	47.8	51.5	17.8	18.6	19.5	20.4
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	47.8	51.5	17.8	18.6	19.5	20.4
Finanzgrösse Finanzierung Strassenbaufonds P6039						
Aufwand	2.0	2.2	17.4	19.0	19.5	19.2
Ertrag	-9.5	-15.7	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	-73.5	-73.0	-70.6	-71.4	-72.1	-72.8
Saldo	-7.6	-13.5	17.4	18.9	19.4	19.1

Öffentlicher Verkehr P6038A	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	49.4	51.9	55.3	57.6	58.4	60.5
Ertrag	-17.1	-16.6	-18.3	-18.9	-19.3	-19.9
Globalbudgetsaldo	32.3	35.3	37.1	38.6	39.1	40.6
Verrechnungen	3.5	7.3	0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo	35.8	42.6	37.1	38.7	39.2	40.7
Finanzgrösse ÖV Abschreibungen P6038						
Aufwand	0.0	0.0	5.4	13.8	8.5	8.3
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	5.4	13.8	8.5	8.3
Umwelt P6040						
Globalbudget						
Aufwand	12.7	14.2	14.9	14.8	14.8	14.8
Ertrag	-12.9	-1.5	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4
Globalbudgetsaldo	-0.2	12.7	13.4	13.3	13.3	13.3
Verrechnungen	4.6	3.0	2.9	2.9	2.9	2.9
Saldo	4.4	15.6	16.3	16.2	16.2	16.2
Finanzgrösse Altlastenfonds (SF) P6043						
Aufwand	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Ertrag	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Abwasserfonds (SF) P6044						
Aufwand	3.2	5.0	4.0	4.0	2.0	2.0
Ertrag	-3.2	-5.0	-4.0	-4.0	-2.0	-2.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Wasserwirtschaft GWBA P6045						
Aufwand	0.0	0.0	2.1	2.8	3.0	3.1
Ertrag	0.0	-10.5	-11.0	-11.0	-11.0	-11.0
Verrechnungen	0.0	2.7	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo	0.0	-7.8	-9.0	-8.4	-8.2	-8.1
Finanzgrösse Entsorgungsfonds (SF) P6046						
Aufwand	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Deponienachorgefonds (SF) P6047						
Aufwand	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-0.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Denkmalpflege und Archäologie P605						
Globalbudget						
Aufwand	5.0	4.4	4.6	4.7	4.7	4.7
Ertrag	-2.0	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6
Globalbudgetsaldo	2.9	2.8	3.0	3.1	3.1	3.1
Verrechnungen	0.5	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo	3.4	3.4	3.6	3.7	3.6	3.7
Geoinformationen P606						
Globalbudget						
Aufwand	1.5	1.7	3.5	3.5	3.5	3.5
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	1.5	1.7	3.5	3.5	3.5	3.5
Verrechnungen	1.6	1.7	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo	3.1	3.4	3.4	3.4	3.4	3.4

Jugendanwaltschaft P6108	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	6.5	6.5	7.0	7.0	7.0	7.1
Ertrag	-0.7	-0.5	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6
Globalbudgetsaldo	5.8	6.0	6.4	6.5	6.5	6.5
Verrechnungen	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo	6.1	6.3	6.7	6.8	6.8	6.8
Staatsanwaltschaft P6110						
Globalbudget						
Aufwand	8.5	8.9	9.1	9.3	9.5	9.8
Ertrag	-4.4	-4.0	-4.0	-4.0	-4.0	-4.0
Globalbudgetsaldo	4.2	4.9	5.1	5.3	5.5	5.8
Verrechnungen	3.3	3.3	2.2	2.2	2.2	2.2
Saldo	7.4	8.1	7.3	7.5	7.7	7.9
Finanzgrösse Staatsanwaltschaft P6111						
Aufwand	3.3	3.9	3.7	3.7	3.7	3.7
Ertrag	-7.4	-6.8	-6.8	-6.8	-6.8	-6.8
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-4.2	-2.9	-3.1	-3.1	-3.1	-3.1

4.3 Departement für Bildung und Kultur

Führungsunterstützung DBK P620	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	11.7	12.3	12.7	12.8	12.9	12.9
Ertrag	-1.3	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
Globalbudgetsaldo	10.4	11.1	11.5	11.6	11.7	11.7
Verrechnungen	-1.0	-1.1	-1.1	-1.1	-1.1	-1.1
Saldo	9.4	10.0	10.4	10.5	10.7	10.7
Finanzgrösse Schulgelder P6230						
Aufwand	74.4	76.1	77.4	80.4	82.4	82.7
Ertrag	-5.8	-4.8	-4.8	-4.8	-4.8	-5.1
Verrechnungen	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Saldo	68.8	71.5	72.8	75.8	77.8	77.8
Volksschule und Kindergarten P625W						
Globalbudget						
Aufwand	15.2	14.7	16.9	17.4	17.5	17.5
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	15.2	14.7	16.9	17.4	17.5	17.5
Verrechnungen	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	17.1	16.6	18.8	19.3	19.3	19.4
Finanzgrösse Volksschulen P6254						
Aufwand	90.8	103.0	114.0	141.5	139.8	138.8
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	90.8	103.0	114.0	141.5	139.8	138.8
Finanzgrösse Kindergarten P6256						
Aufwand	9.6	10.0	11.1	0.0	0.0	0.0
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	9.6	10.0	11.1	0.0	0.0	0.0

Finanzgrösse Sonderschulen P6257	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Aufwand	57.0	66.3	67.4	69.4	71.4	73.4
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	57.0	66.3	67.4	69.4	71.4	73.4
Finanzgrösse Musikschulen P6258						
Aufwand	4.5	4.5	4.5	5.7	5.7	5.7
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	4.5	4.5	4.5	5.7	5.7	5.7

Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen 	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	8.8	9.6	9.5	9.7	9.8	9.8
Ertrag	-1.6	-2.1	-2.0	-2.1	-2.1	-2.1
Globalbudgetsaldo	7.2	7.5	7.5	7.6	7.7	7.8
Verrechnungen	1.3	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4
Saldo	8.5	8.9	8.9	9.0	9.1	9.2
Finanzgrösse Lehrabschlussprüfungen P6262						
Aufwand	2.4	2.6	2.7	2.8	2.8	2.8
Ertrag	-0.9	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	1.5	1.6	1.7	1.8	1.8	1.8

Kultur und Sport P627

Globalbudget						
Aufwand	8.6	8.0	9.3	9.5	9.7	9.7
Ertrag	-2.1	-1.5	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Globalbudgetsaldo	6.5	6.6	7.5	7.7	7.9	7.9
Verrechnungen	1.2	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
Saldo	7.7	7.7	8.6	8.8	9.0	9.0

Mittelschulbildung P630W

Globalbudget						
Aufwand	51.4	51.1	51.4	51.4	51.1	50.9
Ertrag	-12.4	-10.5	-9.7	-8.8	-7.9	-7.9
Globalbudgetsaldo	38.9	40.5	41.7	42.6	43.2	43.0
Verrechnungen	11.8	11.5	11.5	11.5	11.5	11.5
Saldo	50.7	52.0	53.2	54.0	54.7	54.5

Fachhochschulbildung P6264

Globalbudget						
Aufwand	30.8	36.2	36.3	38.4	39.8	41.4
Ertrag	-0.3	-1.0	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Globalbudgetsaldo	30.5	35.1	35.9	38.1	39.4	41.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	30.5	35.1	35.9	38.1	39.4	41.1

Berufsschulbildung (inkl. Gesundheitsbereich) P635

Globalbudget						
Aufwand	63.2	60.4	60.3	60.2	60.2	60.2
Ertrag	-24.8	-22.0	-22.2	-21.5	-21.6	-21.6
Globalbudgetsaldo	38.4	38.3	38.1	38.6	38.6	38.6
Verrechnungen	11.5	11.2	11.2	11.2	11.2	11.2
Saldo	49.9	49.6	49.4	49.9	49.8	49.8

4.4 Finanzdepartement

Führungsunter. FD u. Amtsschreibereia	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	1.6	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7
Ertrag	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	1.6	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7
Verrechnungen	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
Saldo	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Finanzen und Statistik P6410						
Globalbudget						
Aufwand	2.6	2.7	2.8	2.8	2.8	2.8
Ertrag	-2.1	-1.4	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6
Globalbudgetsaldo	0.5	1.3	1.2	1.2	1.2	1.2
Verrechnungen	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3
Saldo	-0.7	0.0	-0.1	-0.1	-0.1	0.0
Finanzgrösse Bundesanteile P6416						
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	-339.3	-340.1	-272.5	-281.7	-287.8	-296.1
Verrechnungen	25.0	24.3	20.6	20.7	20.7	20.7
Saldo	-314.2	-315.8	-251.9	-260.9	-267.1	-275.4
Finanzgrösse Vermögenserträge P6417						
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	-19.2	-15.2	-15.6	-15.4	-15.2	-15.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-19.2	-15.2	-15.6	-15.4	-15.2	-15.0
Finanzgrösse Zinsendienst P6418						
Aufwand	15.9	13.7	10.0	15.1	20.3	25.2
Ertrag	-1.8	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Verrechnungen	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo	14.4	11.9	8.3	13.4	18.5	23.4
Finanzgrösse Rückstell./Buchgewinne P6419						
Aufwand	45.4	40.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	-37.9	-41.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	7.2	-1.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Personalwesen P6420						
Globalbudget						
Aufwand	4.3	5.1	4.9	4.9	4.9	4.9
Ertrag	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Globalbudgetsaldo	3.8	4.6	4.5	4.5	4.5	4.5
Verrechnungen	-4.7	-4.6	-4.6	-4.6	-4.6	-4.6
Saldo	-0.9	0.0	-0.2	-0.2	-0.2	-0.1
Finanzgrösse Sozialversicherungsbeiträge P6421						
Aufwand	1.4	3.8	3.8	3.8	3.8	3.8
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	-4.1	-3.8	-3.8	-3.8	-3.6	-3.6
Saldo	-2.7	0.0	0.0	0.0	0.1	0.1
Finanzgrösse Unfallkasse (SF) P6423						
Aufwand	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse GAV Krankentaggeldversicherung P6426						
Aufwand	1.4	1.6	1.4	1.4	1.4	1.4
Ertrag	-1.4	-1.6	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Steuerwesen P6430	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	27.8	27.8	28.7	28.7	28.7	28.7
Ertrag	-14.1	-14.1	-14.0	-14.0	-14.0	-14.0
Globalbudgetsaldo	13.7	13.8	14.7	14.7	14.7	14.7
Verrechnungen	8.8	9.5	9.5	9.5	9.5	9.5
Saldo	22.5	23.3	24.2	24.2	24.2	24.2
Finanzgrösse Kantonale Steuern P6432						
Aufwand	22.4	18.1	21.0	21.0	21.0	21.0
Ertrag	-858.2	-822.6	-864.9	-835.5	-848.0	-870.0
Verrechnungen	15.4	12.1	15.0	12.6	13.1	13.1
Saldo	-820.3	-792.4	-828.9	-801.9	-813.9	-835.9
Informationstechnologie P6440						
Globalbudget						
Aufwand	14.9	15.1	16.9	17.1	17.4	17.6
Ertrag	-6.1	-4.9	-6.2	-6.0	-6.0	-6.0
Globalbudgetsaldo	8.8	10.2	10.7	11.1	11.3	11.5
Verrechnungen	-9.1	-9.3	-17.9	-17.9	-17.9	-17.9
Saldo	-0.3	1.0	-7.3	-6.9	-6.6	-6.4
Finanzgrösse Abschreibungen/Verrechn. P6443						
Aufwand	0.0	0.0	11.4	11.9	10.9	9.6
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	11.4	11.9	10.9	9.6
Amtsschreiberei-Dienstleistungen P653						
Globalbudget						
Aufwand	25.9	27.0	27.1	27.1	27.1	27.1
Ertrag	-35.2	-34.9	-34.9	-34.9	-34.9	-34.9
Globalbudgetsaldo	-9.3	-7.9	-7.9	-7.9	-7.9	-7.9
Verrechnungen	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0
Saldo	-3.3	-2.0	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9
Staatsaufsichtswesen P650						
Globalbudget						
Aufwand	1.1	1.2	1.3	1.3	1.3	1.3
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Globalbudgetsaldo	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Verrechnungen	-1.0	-0.9	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
Saldo	-1.0	-0.9	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0

4.5 Departement des Innern

Gesundheit P661W	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	6.1	6.4	6.5	6.5	6.5	6.5
Ertrag	-0.3	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Globalbudgetsaldo	5.7	6.1	6.2	6.2	6.2	6.2
Verrechnungen	1.2	1.2	1.0	1.0	1.0	1.0
Saldo	6.9	7.3	7.2	7.2	7.2	7.2
Finanzgrösse Spitalbehandlungen gemäss KVG P6614						
Aufwand	45.2	47.0	252.0	255.0	258.0	261.0
Ertrag	-3.3	-3.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	41.9	44.0	252.0	255.0	258.0	261.0
Solothurn. innerkantonale Spitalversorgung P662W						
Globalbudget						
Aufwand	232.2	223.3	56.3	49.6	39.6	29.6
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	232.2	223.3	56.3	49.6	39.6	29.6
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	232.2	223.3	56.3	49.6	39.6	29.6
Soziale Sicherheit P665W						
Globalbudget						
Aufwand	8.1	8.5	8.5	8.5	8.5	8.5
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Globalbudgetsaldo	7.9	8.4	8.4	8.4	8.4	8.4
Verrechnungen	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo	8.1	8.7	8.7	8.7	8.7	8.7
Finanzgrösse Sozialversicherungen P6653						
Aufwand	307.2	312.9	364.3	380.4	398.8	419.4
Ertrag	-173.0	-163.6	-196.7	-205.5	-215.7	-227.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	134.1	149.4	167.7	174.9	183.1	192.3
Finanzgrösse Soziale Dienste und Institutionen P6654/5						
Aufwand	34.7	25.5	25.6	25.7	25.8	25.9
Ertrag	-1.8	-1.7	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Verrechnungen	-1.2	-1.4	-2.0	-2.1	-2.2	-2.3
Saldo	31.7	22.5	22.5	22.6	22.7	22.8
Finanzgrösse Sozialhilfe und Asyl P6656						
Aufwand	19.7	22.5	22.5	22.5	22.5	22.5
Ertrag	-22.6	-27.5	-26.1	-26.2	-26.3	-26.4
Verrechnungen	2.9	3.0	3.6	3.7	3.8	3.9
Saldo	0.0	-2.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Öffentliche Sicherheit P666A						
Globalbudget						
Aufwand	29.1	22.6	22.4	22.4	22.4	22.4
Ertrag	-23.3	-23.8	-21.6	-21.5	-21.5	-21.5
Globalbudgetsaldo	5.8	-1.2	0.9	0.9	0.9	0.9
Verrechnungen	3.5	3.5	3.4	3.4	3.4	3.4
Saldo	9.3	2.3	4.2	4.3	4.3	4.3

Admin. u. techn. Verkehrssicherheit P6670	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	14.0	13.8	14.3	14.3	14.3	14.3
Ertrag	-15.4	-15.8	-16.1	-16.1	-16.1	-16.1
Globalbudgetsaldo	-1.4	-2.0	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Verrechnungen	1.4	2.0	1.8	1.8	1.8	1.8
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Verkehrseinnahmen und deren Verwendung P6671						
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	-65.1	-64.9	-66.3	-67.0	-67.7	-68.4
Verrechnungen	65.1	64.9	66.3	67.0	67.7	68.4
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Justizvollzugsanstalt P6672						
Globalbudget						
Aufwand	17.2	26.2	27.3	27.9	29.4	29.4
Ertrag	-13.8	-15.5	-15.8	-15.8	-15.8	-15.8
Globalbudgetsaldo	3.4	10.7	11.5	12.0	13.6	13.6
Verrechnungen	2.9	3.6	3.3	3.3	3.3	3.3
Saldo	6.3	14.3	14.8	15.4	16.9	16.9
Finanzgrösse Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug P6679/P6669						
Aufwand	11.5	9.2	13.0	14.0	14.0	14.0
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	9.2	13.0	14.0	14.0	14.0
Polizei P668						
Globalbudget						
Aufwand	72.7	74.2	76.5	76.5	76.7	76.7
Ertrag	-24.1	-25.4	-24.8	-24.8	-24.8	-24.8
Globalbudgetsaldo	48.6	48.8	51.8	51.8	52.0	52.0
Verrechnungen	-5.8	-6.1	-8.8	-8.8	-8.8	-8.8
Saldo	42.8	42.7	43.0	43.0	43.2	43.2

4.6 Volkswirtschaftsdepartement

Führungsunterstützung VWD P680	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	1.7	1.8	1.6	1.6	1.6	1.6
Ertrag	-0.3	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	1.4	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
Verrechnungen	-0.4	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Saldo	1.0	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
Wirtschaft und Arbeit P681W						
Globalbudget						
Aufwand	27.7	26.2	22.4	22.8	22.7	22.5
Ertrag	-19.3	-17.9	-19.5	-19.6	-19.5	-19.4
Globalbudgetsaldo	8.4	8.3	3.0	3.2	3.1	3.0
Verrechnungen	2.1	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Saldo	10.4	10.2	5.0	5.2	5.1	5.0
Kantonsbeiträge AVIG P6820						
Aufwand	0.0	0.0	6.0	6.3	6.5	6.8
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	6.0	6.3	6.5	6.8

Energiefachstelle P681E	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	5.6	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
Ertrag	-3.1	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6
Globalbudgetsaldo	2.5	2.9	2.9	2.9	2.9	2.9
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	2.6	3.0	2.9	2.9	2.9	2.9
Gemeinden und Zivilstandsdienst P6850						
Globalbudget						
Aufwand	5.1	5.2	5.3	5.3	5.3	5.3
Ertrag	-2.5	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9
Globalbudgetsaldo	2.6	3.4	3.4	3.4	3.4	3.3
Verrechnungen	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Saldo	3.5	4.4	4.3	4.3	4.3	4.4
Finanzgrösse Finanzausgleich-/Fusionsbeiträge P6852						
Aufwand	0.0	0.8	0.3	0.3	4.3	0.5
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	7.5	22.5	22.5	22.5	22.5	22.5
Saldo	7.5	23.3	22.8	22.8	26.8	23.0
Finanzgrösse Finanzaus. Einwohnergemeinde P6853						
Aufwand	15.0	30.2	30.1	30.1	30.1	30.0
Ertrag	-7.9	-7.9	-7.8	-7.8	-7.8	-7.7
Verrechnungen	-7.1	-22.2	-22.2	-22.2	-22.2	-22.3
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Finanzaus. Kirchgemeinde P6854						
Aufwand	14.2	10.9	13.7	11.4	11.8	11.8
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	-14.2	-10.9	-13.7	-11.4	-11.8	-11.8
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wald, Jagd und Fischerei P690						
Globalbudget						
Aufwand	8.1	8.8	8.7	8.7	8.7	8.7
Ertrag	-5.1	-5.5	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	3.0	3.3	3.7	3.7	3.7	3.7
Verrechnungen	0.8	0.8	0.5	0.5	0.5	0.5
Saldo	3.8	4.1	4.2	4.2	4.2	4.2
Landwirtschaft P695W						
Globalbudget						
Aufwand	91.9	92.4	93.2	93.2	93.2	92.2
Ertrag	-83.1	-83.1	-84.0	-84.0	-84.0	-83.2
Globalbudgetsaldo	8.7	9.4	9.2	9.2	9.2	9.0
Verrechnungen	4.3	4.5	2.4	2.4	2.4	2.4
Saldo	13.1	13.9	11.6	11.6	11.6	11.3
Finanzgrösse Zufahrt zu Berghöfen (SF) P6955						
Aufwand	81.9	82.4	82.8	82.8	82.8	81.9
Ertrag	-78.3	-79.0	-79.7	-79.7	-79.7	-79.0
Verrechnungen	2.6	2.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	6.2	6.3	3.1	3.1	3.1	2.9
Finanzgrösse Tierseuchenkasse (SF) P6958						
Aufwand	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
Ertrag	-0.8	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7
Verrechnungen	-0.5	-0.6	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Konkordat Hochschule LW P6960						
Aufwand	0.3	0.3	2.2	2.2	2.2	2.2
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.3	0.3	2.2	2.2	2.2	2.2

Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz P6	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	7.6	7.5	7.1	7.1	7.1	7.1
Ertrag	-0.9	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Globalbudgetsaldo	6.8	7.2	6.8	6.8	6.8	6.8
Verrechnungen	2.1	2.0	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	8.8	9.2	8.8	8.8	8.8	8.8
Finanzgrösse Wehrpflichtersatz P6983						
Aufwand	3.9	3.9	3.9	3.9	3.9	3.9
Ertrag	-4.7	-4.8	-4.8	-4.8	-4.8	-4.8
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9

4.7 Gerichte

Gerichte P70	RE 2010	VA 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015
Globalbudget						
Aufwand	22.9	19.3	19.5	19.5	19.5	19.5
Ertrag	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	17.8	14.2	14.4	14.4	14.4	14.4
Verrechnungen	2.4	2.6	3.7	3.7	3.7	3.7
Saldo	20.2	16.8	18.1	18.1	18.1	18.1
Finanzgrösse Bussen, Abschreibungen P7100						
Aufwand	0.0	3.7	3.7	3.7	3.7	3.7
Ertrag	-0.2	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-0.2	3.4	3.4	3.4	3.4	3.4